In der CDU/CSU eskaliert der Streit um AfD und Pegida S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
Nr. 2 – 10. Januar 2015
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Die Entfernung von Volk und Führung wächst: Immer mehr Bürger schließen sich Protestbewegungen an

Bild: action press

Oben gegen unten

CSU-Vorschlag zur Asylpolitik: Sogar Selbstverständliches wird verteufelt

Die CSU will Asylverfahren straffen und wird dafür hart attackiert. Die Angriffe auf Pegida gleiten ins Hysterische ab.

Offenbar aufgeschreckt vom weiteren Anwachsen der Bürgerbewegung Pegida will die CSU die deutschen Asylverfahren beschleunigen. Bewerber, die aus sicheren Ländern kommen und daher offensichtlich kein Recht auf Asyl erlangen können, sollen sofort wieder abgeschoben werden.

Im Grunde fordern die Christsozialen nichts anderes, als das geltende Recht strikt anzuwenden und die Regelungen so anzupassen, dass Missbrauch schwieriger wird. Die Kommunen ächzen unter der Last der wachsenden Asylbewerberzahlen. Daher stimmte der Städte- und Gemeindebund dem CSU-Vorschlag denn auch spontan zu. SPD, Grüne und Linke dagegen zeigten sich entsetzt. Auch der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, wies die Forderung der CSU zurück.

In der Ablehnung zeigt sich entweder Realitätsverweigerung oder Heuchelei. Allem Anschein nach ist den Kritikern gar nicht daran gelegen, dass Deutschland ein den Notwendigkeiten angepasstes Asyl- und Zuwanderungsrecht erhält.

Stattdessen wollen sie daran festhalten, dass sich über eine wirklichkeitsfremde Asylpraxis der ungeregelte Zustrom fortsetzt. Die fatalen Folgen für eine Gesellschaft, die längst an die Grenzen ihrer Integrations- und Assimilierungskraft stößt, spielen augenscheinlich keine Rolle. Ins Hysterische gleiten derweil die Attacken gegen Pegida ab. Die pauschale Verdammung, die Pegida aus Staat, etablierten Parteien, Kirchen und Massenorganisationen entgegenschlägt, ermutigt linke Extremisten aus dem gewaltkriminellen Milieu zu brutalen Übergriffen gegen Pegida-Anhänger in ganz Deutschland. Außerhalb Dresdens ist offener Bürgerprotest daher kaum mehr möglich.

> Außerhalb Dresdens ist Bürgerprotest kaum mehr möglich

Im Verborgenen aber wächst der Unmut allerorten. Laut einer Umfrage im Auftrag von „Zeit-online“ aus dem Dezember haben 30 Prozent der Deutschen „voll und ganz“ Verständnis für Pegida, weitere 19 Prozent sagen „eher ja“ zu der Bewegung. Nur 13 Prozent lehnen Pegida ganz und gar ab, zehn Prozent sagen „eher nein“ und 26 Prozent antworteten immerhin mit „teils, teils“.

Damit stellt sich eine Mehrheit des Volkes ablehnend oder abwägend kritisch gegen die Position der gesamten Machtelite von Politik, etablierten Medien und Gesellschaft. Ein Zustand, der üblicherweise nur aus Diktaturen überliefert ist. Hier setzt sich ein Prozess der Entfremdung von „unten“ und „oben“ fort, der bereits mit der Sarrazin-Kontroverse sichtbar wurde, der sich im ruckartigen Aufkommen der AfD manifestiert hat und den Pegida nun auf die Straße trägt. Die Hoffnung, dass dieser Riss mit einem Abflauen der Pegida-Demonstrationen von selber wieder zuwächst, wird trügen. Der nächste Ausbruch des Protests dürfte nur noch umso heftiger ausfallen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Scheinwelt

Flaggenparaden, feierliche Worte und ergreifende Hymnen. Fast könnte man meinen, zum Jahreswechsel sei in Afghanistan das Ende eines Siegeszuges der Nato zelebriert worden. Der Isaf-Einsatz in Afghanistan ist zwar zu Ende, doch der Krieg geht weiter. Denn die afghanische Armee und Polizei, die seit dem Jahreswechsel allein für die Sicherheit am Hindukusch verantwortlich sind, werden die Aufgabe nicht bewältigen können, an der eine bis zu zeitweise 140000 Köpfe zählende internationale Streitmacht gescheitert ist. Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich im vergangenen Jahr dramatisch verschlechtert. Zwar ist es den USA und ihren Verbündeten gelungen, die Taliban in die Defensive zu drängen, aber das Ziel, aus verschiedenen ethnischen Gruppen, Clans und Stämmen eine stabile, von westlichen Werten getragene Nation zu formen, wurde verfehlt.

Hier liegt der Geburtsfehler der Mission, denn ausländisches Militär kann das gar nicht leisten. Das Land ist in jeder Hinsicht zersplittert. Statt Zusammenhalt herrschen religiöser Fanatismus, Hass, Neid und seit Generationen gepflegte Fehden. Es gibt keine demokratischen Traditionen, kein Verständnis für ein friedliches und soziales Miteinander. Aber weder Demokratie noch Frieden können mit militärischen Mitteln von außen hergestellt werden. Sie müssen von innen kommen. Das hat auch der afghanische Präsident Aschraf Ghani erkannt. Wenn er in diesem Zusammenhang allerdings von Fortschritten spricht und sogar über eine Verkürzung der zweijährigen Stationierungszeit der 12000 Nato-Militärberater in seinem Land nachdenkt, muss man annehmen, dass auch er in einer Scheinwelt lebt.

Ein Keil Washingtons

Sanktionspolitik soll deutsch-russische Allianz verhindern

Während in der Europäischen Union der Schaden, den die Russland-Sanktionen hinterlassen, immer größer wird, bauen die Vereinigten Staaten von Amerika den Handel mit der Russischen Föderation aus. Wie Präsident Wladimir Putin Ende vergangenen Jahres mitteilte, ist der Warenumsatz seines Landes mit der EU um 4,3 Prozent geschrumpft, jener mit den USA jedoch um sieben Prozent gestiegen. Die US-amerikanischen Exporte nach Russland haben während der gemeinsamen westlichen Sanktionspolitik sogar um 23 Prozent zugenommen.

Eine mögliche Erklärung bietet George Friedman, Direktor des Informationsdienstes Stratfor, der als geopolitische Sprachrohr der CIA gilt. In einem Interview wertete der US-amerikanische Politologe und Publizist das Eingreifen seines Landes in der Ukraine ganz offen als Versuch, eine Allianz zwischen Russland und Deutschland zu verhindern. Aus US-amerikanischer Sicht sei die gefährlichste politische Allianz die zwischen Russland und Deutschland. „Diese wäre ein Bündnis zwischen deutscher Technologie und Kapital und russischen Humanressourcen und Rohstoffen“, so der gebürtige Ungar.

> US-Handel mit Russland gewachsen

Für eine solche Denke in Washington spricht auch eine Neuinterpretation von Ronald Reagans in Deutschland viel gelobten Worten: „Mr. Gorbatschow, tear down this wall!“ Nach Darstellung des ehemaligen US-Botschafters John Kornblum war das eigentliche Ziel von Reagans Rede eine gezielte Abkühlung der Ost-West-Beziehungen. In Washington wurde nämlich nichts mehr gefürchtet als eigenständige Verhandlungen Bonns mit Michail Gorbatschow. Diese galt es, quasi per Notbremse zu stoppen. *Norman Hanert*

US-Polizisten wehren sich

New Yorks Bürgermeister im Streit mit seinen Gesetzeshütern

Das Zeichen war eindeutig. Als New Yorks Bürgermeister Bill de Blasio jüngst zur Trauerfeier eines erschossenen Polizisten erschien, wendeten ihm viele der anwesenden Gesetzeshüter demonstrativ den Rücken zu.

De Blasio, der mit einer Afro-Amerikanerin verheiratet ist, hatte öffentlich erklärt, dass er sogar seinem Sohn rate, im Umgang mit Polizisten vorsichtig zu sein. Als Antwort auf die von Polizisten unter zweifelhaften Umständen erschossenen US-Bürger ordnete er zudem an, dass die Gesetzeshüter zur besseren Kontrolle künftig Kameras am Körper tragen müssten. Die „Angestellten“ vom New York City Police Department (NYPD) warfen ihm daraufhin fehlende Solidarität vor – und konnten ihm bei ihrer Protestaktion ein ziemlich breites Kreuz zeigen. Denn die US-amerikanischen Polizisten sind bei ihrer täglichen Arbeit höchst erfolgreich. Das belegen die jüngst veröffentlichten Kriminalitätsstatistiken für 2013. Danach sank die Mordrate in den USA auf den tiefsten Stand seit 40 Jahren. New York etwa verzeichnete 333 gewaltsame Todesfälle. Ein Rückgang um 20 Prozent gegenüber 419 Morden im Jahre 2012. In anderen Städten wie Chicago oder Philadelphia ist es ähnlich.

> 20 Prozent weniger Morde in New York

Als Ursache wird die seit einigen Jahren angewandte Polizeitaktik „stop-and-frisk“ (Stoppen und Filzen) genannt. Dabei werden vor allem Angehörige von Minderheiten ohne konkreten Anlass auf der Straße nach Waffen oder Drogen untersucht. Derzeit allerdings dürften zwielichtige Waffenträger zumindest in New York ziemlich unbesorgt unterwegs sein. In den vergangenen Tagen nahmen dortige Polizisten offensichtlich aus Protest nur halb so viele Verdächtige fest wie sonst, berichtete die „New York Times“. In anderen Großstädten werden jetzt ähnliche Protestaktionen befürchtet. *FH*

MELDUNGEN

Störungen von Gottesdiensten

Köln/Rheydt/Villach – Zu Weihnachten ist es in mehreren Gottesdiensten zu Störungen gekommen. Im Kölner Dom führte am Morgen des ersten Weihnachtstags die Aktion einer halbnackten „Femen“-Aktivistin dazu, dass eine Messe unterbrochen werden musste. Bereits am Heiligabend stürmte in der Rheydter Marienkirche eine Gruppe minderjähriger Muslime eine Krippenfeier für Kinder und beschimpfte die Gemeindemitglieder einem Medienbericht zufolge mit den Worten „Scheiß-Christen“. Ein besonders schwerer Vorfall ereignete sich in Österreichs südlichstem Bundesland Kärnten. Vor einer Kirche in Villach wurde eine 80-jährige Frau von einem 24 Jahre alten Mann mit einem Fleischerbeil attackiert. Dabei wurde der Frau ein Teil eines Ohres abgetrennt. Der türkischstämmige Täter gab unter anderem an, Kirchenbesucher nicht zu mögen. Laut Polizeiangaben soll es sich bei dem Festgenommenen um eine psychisch kranke Person handeln. *N.H.*

Neuer Chef für Opposition

Istanbul – Die oppositionelle „Nationale Koalition für die syrischen revolutionären und oppositionellen Kräfte“ mit Sitz in Istanbul hat den 49-jährigen Arzt Chaled Chudscha zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Chudscha stammt aus Damaskus, lebt seit 29 Jahren in der Türkei und steht der türkischen Regierungspartei AKP nahe, eine Schwesterpartei der in Syrien verbotenen Muslimbruderschaft. *J.H.*

Vertrauen in Medien sinkt

Berlin – Die Glaubwürdigkeit der vierten Gewalt hat in Deutschland massiv gelitten. Bei einer Anfang Dezember durchgeführten Umfrage von Infratest Dimap gaben 63 Prozent der Deutschen an, wenig oder gar kein Vertrauen in die Ukraine-Berichterstattung deutscher Medien zu haben. Fast jeder Dritte bewertet die Berichterstattung als einseitig, 18 Prozent der Befragten gingen sogar von einer bewussten Fehlinformation durch die Medien aus. *N.H*

Sorge um Nachwuchs

Rom – Die Nachwuchssorgen der Katholischen Kirche haben dramatische Ausmaße angenommen. Das ergab eine Meinungsumfrage der Nachrichtenagentur DPA in den Bistümern Trier, Mainz, Speyer, Limburg und Fulda. „Es ist schon sehr dramatisch“, sagt der Priesterreferent des Bistums Trier, Markus Nicolay, „Wir stehen in einem fundamentalen Umbruch: Die Kirche, die wir gekannt haben, ist nicht mehr zukunftsfähig.“ Um in den Gemeinden regelmäßige Gottesdienste abhalten zu können, sei man künftig auf Laien und ausländische Priester angewiesen. Eine verbindliche Lebensentscheidung für ein Priesteramt falle vielen Menschen zunehmend schwer, heißt es. Nach einer aktuellen Statistik folgt auf zehn Priester, die in den Ruhestand gehen, nur einer nach. „Das sinkende Interesse hängt mit einer spirituellen Krise zusammen. Es wird zunehmend schwieriger, sich mit der Institution Kirche zu identifizieren“, erklärte ein Sprecher des Bistums in Mainz. *P.E.*

Ist der NSU nur ein Sündenbock?

Der Blogger »Fatalist« vertritt die These, dass Mundlos’ und Böhnhards Tod missbraucht wurde

Wurde der Tod der mutmaßlichen NSU-Mitglieder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhard ausgenutzt, um ungelöste Kriminalfälle durch scheinbare Aufklärungen zu „entsorgen“? Diese These hat der erstaunlich gut informierte Blogger „Fatalist“ aufgestellt.

Bereits seit vergangenem Juni veröffentlicht ein anonymer Blogger im Internet unter dem Pseudonym „Fatalist“ immer wieder Details aus den Ermittlungsakten zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU). Der als „NSU-Leaks“ bezeichnete Vorgang entwickelt sich inzwischen immer mehr zum Politikum. „Fatalist“ wurden anscheinend alle Dokumente aus den 620 NSU-Ordnern des Bundeskriminalamtes (BKA) zugespielt. Das Material ist offensichtlich authentisch. Untermauert mit Details aus den Akten hat „Fatalist“ mittlerweile eine brisante Arbeitsthese aufgestellt: Der Tod von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhard am 4. November 2011 sei ausgenutzt worden, um ungelöste Kriminalfälle zu „entsorgen“ – zunächst den Heilbronner Polizistenmord, dann die Reihe der „Döner-Morde“. Diese wurden nach Ansicht von „Fatalist“ vermutlich von türkischen Geheimdienstlern oder Strukturen des „tiefen Staates“ der Türkei begangen.

Anders, als dies die umfangreiche Anklageschrift im Münchner NSU-Prozess suggeriert, sind zentrale Fragen tatsächlich noch immer ungeklärt. So wurde an keinem der 26 Tatorte DNA von Mundlos oder Böhnhard gefunden. Gleiches gilt für die vier mutmaßlichen Tatwaffen, wobei an einer der Waffen sogar fremdes, bisher nicht zugeordnetes Erbmaterial sichergestellt wurde. Zunehmend unwahrscheinlich ist auch die von der Generalbundesanwaltschaft vertretene Selbstmordthese zum NSU. So weist die „Selbstmord“-Waffe keine Fingerabdrücke auf. In den Lungen von Mundlos und Böhnhard wurden obendrein keine Rußspuren gefunden, was dafür spricht, dass beide bereits tot waren, als an ihrem Auffindeort Feuer gelegt wurde.

Im Raum steht der Vorwurf, dass Beweismaterial erst herbeigeschafft und regelrecht platziert wurde, um den NSU als Popanz beziehungsweise Prügelknaben aufzubauen. In der Tat ist laut den veröffentlichten Polizeiunterlagen auffällig oft Beweismaterial erst zu einem erstaunlich späten Zeitpunkt aufgefunden worden. So sollen erst am 1. Dezember 2011 Protokollen geht nicht hervor, von welchem „Tatortberechtigten“, wo und wann die angebliche NSU-Waffe aufgefunden wurde.

Diverse Ungereimtheiten sprechen für »systematische Beweismittelfälschung«

Sehr lesenswert ist auch, was der Blogger „Fatalist“ zum Mordfall in Kassel zusammengetragen hat. Demzufolge war der in Verdacht geratene Verfassungsschützer Andreas Temme wohl weniger privat denn dienstlich am Tatort. Anders als bisher dargestellt war der Arbeitsschwerpunkt Temmes das Gebiet „Ausländer-Extremismus“ und nicht Rechtsextremismus. Interessanterweise haben die Ermittler auch herausgefunden, dass das Lokal des Opfers in der Vergangenheit schon einmal Treffpunkt eines PKK-Killerkommandos war. Durch das „NSU-Leaks“-Material wird deutlich, wie wenig sich der Vorwurf eines „strukturellen Rassismus“ bei den Ermittlungen zu den „Döner-Morden“ halten lässt. So wäre es regelrecht fahrlässig gewesen, den reichlich vorhandenen Spuren in Richtung Schutzgelderpressung durch ausländische Täter nicht nachzugehen.

Inzwischen zeigt „NSU-Leaks“ erste Auswirkungen auf die Politik. Der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach hat angekündigt, zur Überprüfung des im Raum stehenden Vorwurfes der „systematischen Beweismittelfälschung“ vom Generalbundesanwalt eine Kopie des Originalbestandes der NSU-Akten anzufordern. Noch zu keinen Konsequenzen hat der sowohl gegen den damalige BKA-Chef Jörg Zierke als auch gegen Generalbundesanwalt Harald Range erhobene Vorwurf geführt, sie hätten vor dem Bundestagsinnenausschuss wissentlich eine Falschaussage gemacht. Beide hatten bei einer Befragung am 21. November 2011 geäußert, bei einer Obduktion seien in der Lunge von Mundlos Rußspuren gefunden worden. Tatsächlich waren die Leichen von Mundlos und Böhnhardt bereits drei Tage vorher durch die Gerichtsmedizin freigegeben worden, ohne dass Rußspuren hätten nachgewiesen werden können. *Norman Hanert*



Begingen sie hier wirklich Selbstmord?: Ausgebranntes Wohnmobil, in dem die Leichen von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt am 4. November 2011 gefunden wurden Bild: pa

bei einer Untersuchung eines Rucksacks sechs „NSU-Bekenner-DVD“ entdeckt worden sein., obwohl am 5. November bereits der Inhalt des Rucksacks protokolliert und fotografiert worden war. Bemerkenswert ist auch eine Pistole der Marke Bruni, deren Eingang beim BKA erst für den 22. November protokolliert ist. Aus den ansonsten akribisch geführten

»Kein elsässisches Volk«

Paris will das Elsass in einer Großregion aufgehen lassen

Im Elsass wird der Widerstand gegen die Zwangsvereinigung der Region mit Lothringen und Champagne-Ardenne auch verbal immer schärfer. Ein Thema erhitzt die Gemüter in Frankreich seit Monaten wie kein anderes: die Verwaltungsreform, die Präsident François Hollande und sein Premier Manuel Valls verwirklichen wollen. Aus 22 Regionen sollen 13 werden.

Am vehementesten ist der Widerstand gegen die Neuorganisation im Elsass, das mit Lothringen und Champagne-Ardenne zu einer Mega-Region, die bis vor die Tore von Paris reichen würde, zusammengeschmiedet werden soll. Als einziges Zugeständnis an die Elsässer soll Straßburg Hauptstadt der neuen Großregion werden.

Über alle Parteigrenzen hinweg wehren sich die Elsässer gegen die geplante Zwangsvereinigung und gehen nach guter französischer Tradition auf die Straßen. Eine Demonstration jagt die nächste, seit Wochen schon. Einen Höhepunkt erreichte die verbale Auseinandersetzung im Oktober, als der katalanischstämmige französische Premierminister Manuel Valls in der Nationalversammlung bekanntgab, dass es „kein elsässisches Volk gebe“, nur ein französisches. Der bürgerliche Oberbürgermeister von Mülhausen, Jean Rottner, von der Union pour un mouvement populaire (Union für eine Volksbewegung, UMP), hatte daraufhin mit einem öffentlichen Brief reagiert, in dem er bezweifelte, dass der französische Premier sich solche Äußerungen bretonischen oder korsischen Parlamentariern gegenüber erlaubt hätte.

Zusammenschluss mit Lothringen und Champagne-Ardenne

Ab dem 1. Januar 2016 soll die 1982 eingeführte Teilautonomie des Elsass der Vergangenheit angehören. Ihrer Enttäuschung machten die Elsässer lautstark Luft. „Mariage forcé, divorce assuré“, rief Jean-Luc Reitzer, Abgeordneter in der Assemblée Nationale und Bürgermeister des Städtchens Altkirch: Der Zwangsheirat werde mit Sicherheit die Scheidung folgen. Aber noch hofft man, wie schon so oft in Frankreich, durch den Druck der Straße eine Änderung herbeizuführen.

Besonders erzürnt ist man im Elsass, dass mit der Bretagne und Korsika zwei Regionen ihren bisherigen Zuschnitt beibehalten können sollen, die in der Vergangenheit oft sogar mit Gewalt ihre Sonderrechte erkämpft haben. Im Elsass wird zwar auch seit einigen Jahrzehnten für mehr regionale Kompetenzen gekämpft, allerdings nicht mit Gewalt. Das Elsass ist jedoch stolz darauf, dass es die Region Frankreichs mit der größten Verbreitung einer Regionalsprache ist. Immerhin beherrschen auch dank der Arbeit des 1994 eingerichteten „Büros der Zweisprachigkeit“, das ebenfalls ein Produkt der Regionalisierung war, noch etwa sechs Zehntel der Bevölkerung die Regionalsprache Elsässisch, während in der Bretagne nicht einmal mehr jeder zehnte das Bretonische spricht. In der neuen Mega-Region Elsass-Lothringen-Champagne-Ardenne wäre das Elsässische jedoch mit einem Anteil von lediglich zehn Prozent endlich das, als das es die französische Regierung immer behandelt hat: eine Minderheitensprache. *Bodo Bost*

Statt Beweisen

Warum die USA wirklich foltern

Gerne wird von interessierter Seite versucht, die Folterungen von US-Geheimdiensten mit der Gewinnung für die Terrorbekämpfung wichtiger Informationen zu rechtfertigen. Hierfür wurden sogar bereits vorliegende Geheimdiensterkenntnisse in Geständnisse eingearbeitet, um entsprechende Erfolge vorzutäuschen. Wie inzwischen feststeht, sind jedoch operativ verwertbare Erkenntnisse für die Geheimdienstarbeit gar nicht angefallen. Trotzdem wurden rund 80 Millionen US-Dollar für ein weltweites Netz von Geheimgefängnissen samt Geisterflügen zur Verschleppung Gefangener ausgegeben. Dabei war man sich durchaus auch in den Reihen der Geheimdienstler der Tatsache bewusst, dass Folter keine verwertbaren Resultate hervorbringt.

Auf die wahre Ursache für die Folterungen durch US-Geheimdienste verweist der langjährige US-amerikanische Geheimdienstler Steven Kleinman: „Dies ist das Handbuch, um falsche Geständnisse zu bekommen, ein System, speziell abgeleitet vom Verhörmodell der Kommunisten, das keine Erkenntnisse, sondern Propaganda erzeugen sollte.“ Wie inzwischen ehemalige Geheimdienstler eingestanden haben, haben schon unmittelbar nach den Anschlägen vom 9. September 2001 Vize-Präsident Dick Cheney und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mit Nachdruck nach Beweisen für eine Verbindung Al-Kaidas mit dem Irak verlangt, um gegen letzteren vorgehen zu können. Derartige Beweise konnten die Geheimdienstler aber nicht liefern. Als Ersatz mussten per Folter erzielte Geständnisse her. Eine eigene Befragung der Gefangenen, um den Wahrheitsgehalt der Aussagen zu überprüfen, wurde der parteiübergreifenden Untersuchungskommission des US-Kongresses zu den Terroranschlägen bezeichnenderweise verweigert.

Erpresste Geständnisse

Es sind vornehmlich diese gefolterten Geständnisse, auf die sich der von der Kommission erstellte Abschlussbericht stützt. 28 Seiten des Berichts, die sich stattdessen auf Geheimdiensterkenntnisse stützen und Saudi Arabien belasten, unterliegen bis heute der Geheimhaltung. *N.H.*

Sommertheater mitten im Winter

In der Union eskaliert der Streit um AfD und Pegida – Kritik an Merkels Kurs nicht nur in Bayern

Immer heftiger wird in der Union darüber gestritten, wie mit den Dresdner Pegida-Demonstranten und der AfD umzugehen sei.

Die Zeit, die sprachgewaltige Moderatoren gern als „zwischen den Jahren“ bezeichnen, ist gemeinhin arm an politischen Neuigkeiten. Da kam es den Nachrichtenredakteuren gerade recht, dass die CSU zum bewährten Mittel des Sommertheaters griff, diesmal mitten im Winter.

Anders als sonst aber steht nicht das beliebte Stück „Viel Lärm um Nichts“ auf dem Programm. Diesmal geht es um sehr viel, nämlich um das konservative Profil der Union – und darum, ob dessen Repräsentanten in der Merkel-CDU überhaupt noch so etwas wie politische Heimat finden.

Entzündet hat sich der Streit am Aufkommen der Alternative für Deutschland und deren jüngsten Wahlerfolgen. Verstärkt wurde er durch die wöchentlichen Demonstrationen in Dresden. Wie soll man darauf reagieren? Sich mit deren Positionen kritisch, aber auch selbstkritisch auseinandersetzen? Vielleicht gar hoffen, dass auch auf dieser Seite endlich einmal ein potenzieller Koalitionspartner heranwachsen könnte? Oder sich auf den bewährten „Kampf gegen rechts“ zurückziehen, wobei „rechts“ natürlich alles ist, was nicht stramm links steht. Und wo man, wenn nötig, schnell auch mal zur Faschismuskeule greift. Am besten stets mit einem frohen Lied auf den Lippen – zum Beispiel statt „O du fröhliche“ Franz Josef Degenhardts „Spiel nicht mit den Schmuddelkindern“.

Auf genau diese Position hat sich die CDU-Chefin festgelegt, wobei man ihre Empfindsamkeit, was die Gleichsetzung mit den Montagsdemonstrationen der DDR-Endzeit betrifft, durchaus nachvollziehen kann.

Zugleich aber verdrängt sie jeden Gedanken, dass die Union, insbesondere die von ihr geführte CDU, die von AfD und Pegida artikulierten Themen immer stärker an den Rand gedrängt hat. Inzwischen aber scheint vielen Unionspolitikern klar zu werden, dass besorgte Bürger aus eben diesem Grund sich anderswo ein politisches Forum suchen. Und dass radikale Kräfte von links- und rechtsaußen da beherzt zugreifen und sich der Themen bemächtigen, die ihnen pflichtvergessene Politiker der etablierten Parteien frei Haus überlassen haben, verwundert nicht.

Dem Ärger, der sich inzwischen in der Union angestaut hat, machte nun der ehemalige Bundesminister Hans-Peter Friedrich Luft. Der CSU-Politiker, zum Auftakt der Großen Koalition aus juristisch korrekten, politisch eher unklugen und menschlich schäbigen Gründen aus dem Amt gekegelt, sieht in der von Angela Merkel betriebenen Sozialdemokratisierung der Union einen „verheerenden Fehler, der zur Spaltung des bürgerlichen Lagers führen kann“. Als Beispiele dafür, wie Frau Merkel der SPD und den Grünen ihre Lieblingsthemen weggenommen hat, nennt Friedrich den „planlosen“ Atomausstieg und die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Weitere Zeichen für den Linksruck der Partei sieht er in der Wirtschafts- und Sozialpolitik: Der Mittelstand werde durch die Energiewende zu stark belastet, statt Schutz des Eigentums gebe es immer mehr staatliche Eingriffe und Quoten, die Bürokratie ufere aus, Leistung werde nicht mehr geschätzt.

> Der Linksruck in der CDU – ein »verheerener Fehler«

Gegenwind kam ausgerechnet aus Friedrichs eigenen Reihen. Über CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt ließ die CDU-Chefin den unbotmäßigen Bayern abkanzeln: Sie wundere sich „schon sehr“ über Friedrich; der sei doch bei den Koalitionsverhandlungen dabei gewesen und müsse wissen, dass man da Kompromisse schließen müsse.

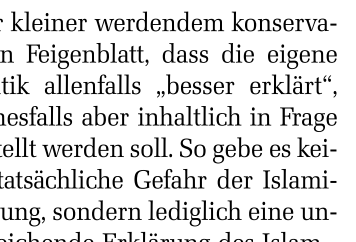
Die vormalige Bundesbauministerin hat den zu Kohls Kanzlerzeiten erlittenen Karriereknick längst überwunden und sich auf die Seite jener geschlagen, die im konservativen Flügel der Union eher den Gegner denn den Parteifreund sehen.

Einig sind sich die Anhänger einer sozialliberalen Union mit immer kleiner werdendem konservativen Feigenblatt, dass die eigene Politik allenfalls „besser erklärt“, keinesfalls aber inhaltlich in Frage gestellt werden soll. So gebe es keine tatsächliche Gefahr der Islamisierung, sondern lediglich eine unzureichende Erklärung des Islam.

Dazu Henryk M. Broder in der „Welt“: „Wenn über die Umwidmung von Kirchen in Moscheen geredet wird, wenn Weihnachtsmärkte in Wintermärkte umbenannt werden, wenn ahnungslose Ignoranten sich dafür stark machen, dass in den Weihnachtsgottesdiensten muslimische Lieder gesungen werden, wenn die Generalsekretärin der SPD den Begriff ‚Islamischer Staat‘ mit einem Bann belegen möchte, weil er die Ehre der Muslime verletzt (der Begriff und nicht das, was der IS anstellt), dann kann von der Gefahr einer Islamisierung nicht die Rede sein, dann ist sie bereits in vollem Gange.“ Und weiter: „Wenn sich eine nationale Einheitsfront formiert, in der die christlichen Kirchen, der Zentralrat der Juden, die Gewerkschaften, das Handwerk, die Arbeitgeber und die üblichen Verdächtigen aus dem Kulturbetrieb Seit' an Seit' marschieren und alle, die an dieser Prozession nicht teilnehmen wollen, zu Dumpfbacken, Nationalisten, Rassisten, Nazis und ‚Schande für Deutschland‘ erklärt werden, dann stimmt etwas nicht mit der gelebten Demokratie in unserem Land. Dann sind wir nicht auf dem Weg in eine neue DDR, sondern bereits mittendrin.“

Die Frage, wer uns da hingeführt hat, lässt er offen. Die Demonstranten in Dresden glauben, die Antwort zu wissen.

Hans-Jürgen Mahlitz



Sie verkörpern im aktuellen Streit die beiden Flügel der Union: Merkel (links) und Friedrich (rechts) Bild: ap

MELDUNGEN

Vorwürfe gegen Polizei

Bonn – Der Polizei wird vorgeworfen, die islamkritische Bonner „Bogida“-Demonstrationen am 15. Dezember und die Folgeveranstaltung am 22. Dezember gezielt behindert zu haben. So liegen etwa auf Facebook Berichte vor, dass in Bonn Polizeibeamte Bürger daran gehindert haben sollen, zum Demonstrationsort auf dem Kaiserplatz zu gelangen. So sollen sich allein beim Bogida-Organisationsteam etwa 80 Teilnehmer gemeldet haben, die nicht von der Polizei durchgelassen wurden. Der Journalist Udo Ulfkotte, der nach eigenen Angaben zahlreiche Zuschriften Betroffener erhalten hat, geht sogar davon aus, dass am 22. Dezember mehrere Hundert Personen keinen Zugang zum Demonstrationsort erhalten haben. *N.H.*

NPD bei Pegida gescheitert

Berlin – Aus Politik und Medien ist der Vorwurf zu hören, die Pegida-Demonstrationen seien rechtsextrem unterwandert. Ausgerechnet die linksextreme Zeitung „Junge Welt“ hat nun das Gegenteil festgestellt. „Zwar bemühten sich die beiden Parteien NPD und ‚Die Rechte‘, die Proteste der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) zu unterstützen und weiter anzuheizen, hatten dabei jedoch bisher nur mäßigen Erfolg“, meldete das Blatt am 29. Dezember in seinem Jahresrückblick. Eine „Gefahr“ sieht das Blatt für den Fall, dass es den „Neofaschisten“ gelingen sollte, Schulterschluss mit den deklassierten Otto Normalbürgern herbeizuführen. Allerdings irrt das Blatt, wenn es schreibt, dass „Großaufmärsche“ aufgrund von Gegenmobilisierung der Antifa und breit angelegten Blockadeaktionen nur noch schwer durchsetzbar seien. Am 5. Januar hat in Dresden die nächste Pegida-Demo statt mit knapp 20 000 Teilnehmern stattgefunden.. *H.L.*

Intolerante Mainstreamer

Studie: »Verschwörungstheoretiker« sind klüger als ihr Ruf

Fast schon inflationär bedienen sich inzwischen etablierte Massenmedien des Begriffs „Verschwörungstheoretiker“, wenn es gilt, nicht genehme Meinungen in ein schlechtes Licht zu rücken. Sei es das Phänomen der Dresdner Pegida-Demonstrationen oder Kritik an der momentan vorherrschenden Theorie zum Klimawandel, der Vorwurf „Verschwörungsthoretiker“ scheint inzwischen den Totschlagargumenten „Antisemit“ und „Ausländerfeind“ den Rang abgelaufen zu haben. Es ist nicht nur perfide, dass ein Anzweifeln einer Regierungsmeinung damit nach sich zieht, dass der Kritiker pauschal mit Spinnern gleichgesetzt wird, die an Ufos und ähnliches glauben. Der Gesellschaft wird langfristig auch jegliche Diskussionsgrundlage entzogen, wenn nicht genehme Meinungen zu pathologischen Erscheinungen abqualifiziert werden.

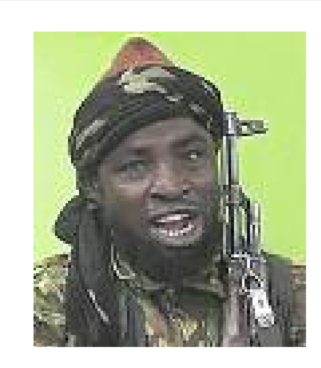
Britische Psychologen von der University of Kent haben nun versucht, wissenschaftlich fundiert herauszufinden, inwiefern sich sogenannte Verschwörungstheoretiker von Verfechtern der offiziellen Sichtweise unterscheiden. Untersucht wurden dazu Leserkommentare auf den Internetseiten der vier großen englischsprachigen Nachrichtenseiten ABC, CNN, „Independent“ und „Daily Mail“ zu den Anschlägen vom 11. September 2001. Das Resultat hat die Forscher nach eigenen Angaben einigermaßen überrascht.

Offenbar bringen „verschwörungstheoretische“ Kommentare von Lesern zum Ausdruck, was in der Bevölkerung mittlerweile als allgemeine Weisheit gilt. Auf einen Kommentar, der die offizielle Lesart stützte, kamen zwei Kommentare, die als „verschwörungstheoretisch“ eingeordnet werden konnten. Dabei reagierten Anhänger der offiziellen Version auf die Kommentare anders Denkender oftmals verärgert, angewidert oder aggressiv. Dahinter vermuten die Forscher Frustration darüber, dass die Aussagen der alteingesessenen Leitmedien nicht mehr akzeptiert werden. Im Verschwinden ist damit auch eine komfortable Position, denn wer die offizielle Norm vertritt, muss sie nicht erklären. „Verschwörungstheoretiker“ hingegen standen abweichenden Theorien oftmals offen gegenüber. Dabei herrscht der Grundtenor vor: Ich kenne die Wahrheit nicht, ich zweifele lediglich die offizielle Version der Regierung an. Anhänger der offiziellen Version hielten diese dagegen oftmals für unanfechtbar wahr.

> University of Kent verglich Verfechter mit Kritikern der offiziellen Sichtweise

Denjenigen, die abweichende Meinungen schnell mit dem Begriff „Verschwörungstheorie“ abbügeln, dürfte in den seltensten Fällen bewusst sein, dass sie eigentlich einem Propagandainstrument der CIA auf den Leim gehen. Seinen Ursprung hat die systematische Verwendung des Begriffs „Conspiracy Theory“ in dem Versuch des US-Geheimdienstes, kritische Meinungen zum Mord an John F. Kennedy in der Öffentlichkeit als Spinnerei abzutun. Der Politikwissenschaftler Lance deHaven-Smith schätzt das Lächerlichmachen von Menschen, welche die offizielle Version einer Regierung anzweifeln, inzwischen als eine der erfolgreichsten Propaganda-Initiativen aller Zeiten ein. Abzuwarten bleibt, ob der inflationäre Gebrauch diese propagandistische Allzweckwaffe nicht zunehmend abstumpfen lässt. *Norman Hanert*

Zeitzeugen



Abubakar Shekau alias Darul Tauhid – Nachdem der zweite Boko-Haram-Anführer Ibn Saleh Ibrahim bei einem Feuergefecht ums Leben kam, avancierte der ehemalige Student der Islamischen Theologie im November 2012 zum Sprecher beziehungsweise Führer des Schura-Rats der Terrormiliz. Seitdem wurde er schon mehrmals fälschlich für tot erklärt – das letzte Mal im Oktober 2014. Auf seinen Kopf ist eine Belohnung von sieben Millionen US-Dollar ausgesetzt.

Alex Sabundu Badeh – Als Generalstabschef der nigerianischen Armee ist der Luftwaffenmarschall einer der Hauptverantwortlichen für die permanenten Misserfolge im Kampf gegen die Boko Haram. Nichtsdestotrotz kanzelte er seine in- und ausländischen Kritiker unlängst mit den Worten ab: „Allen, die das Militär geißeln, sage ich: Ihr seid nicht ganz richtig im Kopf!“



Khalid al-Barnawi alias Mohammed Usman – Aufgrund seiner religiösen und politischen Differenzen mit der Boko-Haram-Führung gründete der Nigerianer Anfang 2012 die schismatische Splittergruppe Jama'atu Asarul, die vor allem durch die Entführung und Ermordung von Ausländern bekannt wurde und eng mit der al-Kaida im Islamischen Maghreb kooperiert. Die USA haben auch auf ihn ein Kopfgeld ausgesetzt, das derzeit bei fünf Millionen Dollar liegt.

Goodluck Ebele Jonathan – Der seit dem 6. Mai 2010 im Amt befindliche Staatspräsident von Nigeria äußerte schon 2012 den Verdacht, „dass sich die Sympathisanten der Terrorgruppe Boko Haram auch in den Reihen der Regierung, des Parlaments und der Gerichte“ sowie „im Polizeiapparat, im Geheimdienst und Militär“ versteckten – letztlich habe die Islamisten-Miliz also alle wichtigen Institutionen des Landes unterwandert.



Ustaz Mohammed Yusuf – In Verfolgung seines Zieles, die Scharia in ganz Nigeria einzuführen, gründete der islamische Prediger um 1995 herum eine Organisation, die heute als Boko Haram bekannt ist. Diese nahm 2009 den bewaffneten Kampf gegen den säkularen nigerianischen Staat auf. Dabei geriet Yusuf in Gefangenschaft und wurde kurz darauf unter bis heute ungeklärten Umständen „auf der Flucht aus dem Polizeigewahrsam“ erschossen.

Wie ein IS-Pendant in Nigeria

Die Terrormiliz Boko Haram strebt einen westafrikanischen Gottesstaat an

Die Terrorgruppe Boko Haram kämpft seit mehr als fünf Jahren für einen muslimischen Gottesstaat im Norden Nigerias und den angrenzenden Regionen der Nachbarländer. Sie gilt als die aktivste Dschihadisten-Miliz Afrikas und wird für den Tod von rund 13000 Menschen verantwortlich gemacht. Seit vergangenem Jahr kommt es zu einer bedrohlichen Verstärkung ihrer Aktivitäten.

Besonderes Aufsehen erregte dabei die Entführung von 276 Schulmädchen aus Chibok. Es steht zu vermuten, dass die meisten von diesen inzwischen auf dem zentralafrikanischen Sklavenmarkt verhökert wurden – für den üblichen „Stückpreis“ von neun Euro. Deutlich folgenschwerer waren allerdings die zahlreichen Bombenanschläge auf christliche Kirchen, öffentliche Einrichtungen sowie immer wieder auch Schulen und Internate. Letztere resultieren aus der kompletten Ablehnung jedweder Form von „westlicher Bildung“, worunter die Dschihadisten im Grunde alles verstehen, was nicht unter Koranunterricht fällt. Im Krieg gegen lernwillige Kinder ist der Terrorgruppe kein Mittel zu niederträchtig, wie der Einsatz von Minderjährigen als Selbstmordattentäter beweist, darunter wiederum vorrangig Mädchen.

Auffällig ist außerdem die zunehmende Gewalt gegen gemäßigte Muslime, die sich nicht mit den extrem fundamentalistischen Zielen der Miliz identifizieren. So verübte diese am 28. November einen demonstrativen Bombenanschlag auf die Moschee von Kano, bei dem bis zu 400 Menschen starben; außerdem wurde der prominente islamischen Kleriker und Boko-Haram-Kritiker Malam Alaramma Dan-Gubana ermordet.

Erklärtes Ziel der Terrororganisation ist die Errichtung eines Kalifats gemäß dem Vorbild des Islamischen Staates im Irak und Syrien – und ein solches hat ihr Anführer Abubakar Shekau ja auch schon proklamiert, nachdem er im August die Provinzhauptstadt Gwoza im Nordosten der Bundesrepublik Nigeria erobern konnte. Allerdings betrachten die „Heiligen Krieger“ dieses Gebilde nur als Kristallisationskern eines wesentlich größeren, grenzüberschreitenden westafrikanischen Gottesstaates. Deshalb operiert Boko Haram inzwischen auch in Kamerun, Mali, Niger und dem Tschad. Dabei erlangten allerdings nur die Angriffe auf die Militärstützpunkte Amchidé und Achigashiya in Kamerun vom Dezember 2014 internationale Beachtung.

Die Staatsorgane des Landes sind unterwandert

Die nigerianische Führung reagiert auf die immer massiveren Attacken der Boko Haram, die sich durchaus nicht nur gegen weiche Ziele, sondern ebenso gegen Polizei und Militär richten, mit wachsender Panik, wie das Verbot des Motorradfahrens beweist. Selbiges wurde deshalb verhängt, weil die Boko-Haram-Terroristen gerne auf solchen Gefährten angreifen.

Am gravierendsten ist jedoch das weitgehend erfolglose Agieren der Armee, für das es mehrere Gründe gibt. Zum einen sind die Streitkräfte Nigerias chronisch unterfinanziert und der Islamistenmiliz dadurch ausrüstungsmäßig unterlegen, was wiederum die Moral der Soldaten schwächt; deshalb kommt es nun auch verstärkt zu Desertionen und Meutereien, wegen denen die Justiz erst kürzlich 54 Todesurteile verhängte. Zum anderen kollaborieren offenbar einige höhere Offiziere mit Boko Haram. So wird inzwischen schon gegen neun Generäle ermittelt, die Waffen an die Terrorgruppe verkauft haben sollen. Das erzeugt eine wachsende Entfremdung zwischen den einfachen Soldaten und ihrer Führung. Sichtbarster Ausdruck derselben sind die Schüsse auf den Kommandeur der 7. Infanterie-Division, der ebenfalls im Verdacht steht, mit Boko Haram zusammenzuarbeiten.

Wolfgang Kaufmann



Allein diese Untat von Boko Haram kostete Hunderte von Menschenleben: Bombenanschlag auf die Moschee von Kano Bild: laif

Es begann zunächst gewaltfrei

Boko Haram heißt wörtlich übersetzt „Westliche Bildung ist Sünde“. Unter diesem Namen agierte die islamistische Sekte beziehungsweise Jugendorganisation des Mohammed Yusuf zunächst gewaltfrei – nicht zuletzt deshalb, weil ihr der Rückhalt in der lokalen Bevölkerung fehlte. Allerdings erfolgte dann zwischen 1995 und 2004 eine Radikalisierung, an deren Ende es zur Errichtung von Trainingslagern für „Gotteskrieger“ kam. Aber selbst das war für die nigerianische Führung noch kein Grund zum Einschreiten. Diese reagierte erst, als die Boko Haram im Juli 2009 unversehens zum bewaffneten Kampf gegen den Staat überging, in dessen Verlauf die nordöstlichen Provinzen Yobe, Borno und Adamawa im Chaos versanken.

Ein Kampf an gleich mehreren Fronten

Spätestens ab 2010 richtete sich die Gewalt der Terroristen dabei nicht mehr nur gegen die Vertreter des Regimes in Abuja, sondern ebenso gegen Christen. Vor diesem Hintergrund erfolgte dann auch die Umbenennung in „Vereinigung der Sunniten für den Ruf zum Islam und für den Dschihad“. Der Name „Boko Haram“ wird freilich trotzdem allgemein weiterverwendet, weil er einfach griffiger daherkommt.

Typisch für die Miliz ist der Kampf an mehreren Fronten: zum einen gegen Andersgläubige und moderate Muslime, die das Treiben der „Heiligen Krieger“ missbilligen, zum anderen gegen die einheimischen Sicherheitskräfte sowie die Armeen der Nachbarländer, in denen Boko Haram ebenfalls operiert. Dabei zerfällt sie in letzter Zeit verstärkt in Splittergruppen, die nicht mehr den Befehlen Abubakar Shekaus folgen. Trotzdem gilt sie als gefährlichste islamistische Terrororganisation nach den Taliban, dem IS und der al-Kaida. *W.K.*

Was sind die letzten Motive?

Boko Harams tatsächliche Natur ist unter Fachleuten umstritten

Während die Mehrheit der Fachleute von einer lupenreinen Dschihadisten-Organisation ausgeht oder gar von einer fundamentalistischen „Moslem-Sekte“ spricht, weisen Zweifler auf die kriminellen Hintergründe hin. Und tatsächlich vermittelt die nach außen so dezidiert islamistisch auftretende Terrormiliz beim genaueren Hinsehen oft eher den Eindruck eines mafiösen Netzwerkes, das die Religion nur als Feigenblatt benutzt. So können die vielen Anschläge der letzten Zeit nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich Boko Haram am Ende doch weniger auf den „Heiligen Krieg“ gegen die „Ungläubigen“ als auf Banküberfälle und Schutzgelderpressungen sowie den Sklaven- und Drogenhandel konzentriert. Gerade letzterer wurde in den vergangenen Monaten stark ausgedehnt. Die Schmuggelrouten reichen nun schon bis in den Sudan. Dazu passend treten manche Mitglieder der Gruppierung wie ganz gewöhnliche Gangster auf und ähneln weniger „Gotteskriegern“, die permanent den Namen Allahs im Munde führen und in Koranschulen oder auf den Schlachtfeldern des Nahen Ostens und Afghanistans sozialisiert wurden.

Andererseits sind da aber auch die vielen, nicht zu ignorierenden Querverbindungen in die islamische Welt und zu anderen fundamentalistischen Terrororganisationen. So hat die al-Kaida im Islamischen Maghreb die Boko Haram mit Waffen beliefert; zugleich halfen die Gefolgsleute Osama bin Ladens in der Vergangenheit beim Training der nigerianischen „Brüder“. Außerdem flossen private Hilfsgelder aus sunnitischen Ländern wie Saudi-Arabien, Kuwait und Katar.

Treibt der Islam oder kriminelle Energie die Kämpfer an?

Darüber hinaus wird oft auf die expliziten Loyalitätserklärungen des derzeitigen Boko-Haram-Chefs Abubakar Shekau an die Adresse des Islamischen Staates sowie des selbsternannten Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi verwiesen. Aber gerade an diesem Beispiel zeigt sich wieder der schwer zu erfassende Charakter der Miliz. Welchen Status soll denn nun das Kalifat in Nordostnigeria innehaben, das Shekau im Sommer 2014 proklamierte: den einer „Außenstelle“ beziehungsweise „Provinz“ des Islamischen Staates oder den eines „Gegenkalifats“? Immerhin ist es ja eisernes Gesetz im Islam, dass es nur einen religiösen und weltlichen Führer der Muslime geben kann. Die Frage nach dem Stellenwert von Shekaus Kalifat stellt sich dabei auch und gerade angesichts der Kritik an der „unislamischen“ Kampfweise der Boko Haram, die inzwischen sogar schon von der al-Kaida kommt.

Dahingegen herrscht kein Zweifel, dass die nigerianische Terrororganisation viele Methoden des Kalifats in Syrien und dem Irak kopiert. So hat sie ebenfalls schon Enthauptungsvideos produziert und ins Netz gestellt. Und es wird der Takfiri-Ideologie gehuldigt, die den „wahren Gläubigen“ das Recht zuspricht, andere Muslime zu „Ungläubigen“ zu erklären, wenn deren Vorstellungen vom Islam von den eigenen abweichen. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Retter vor dem Kollaps

Überall Mangel: Berlins Feuerwehr fürchtet um ihre Einsatzbereitschaft



Junge Bewerber oft nicht zu gebrauchen: Berliner Feuerwehr im Einsatz

Bild: action press

Das Material ist veraltet und teilweise schon marode, qualifizierter Nachwuchs wird knapp, Feuerwachen verrotten: Berlins Feuerwehr schlägt Alarm, doch die Politik sieht kaum akuten Handlungsbedarf.

Nach den Sorgen, überhaupt noch verwendungsfähige Mitarbeiter zu finden, steht Berlins Feuerwehr nun vor einem weiteren Problem. Ein großer Teil der Fahrzeuge ist hoffnungslos überaltert. Die Politik scheint den Ernst der Lage allerdings noch nicht begriffen zu haben. So ist durch eine parlamentarische Anfrage bekannt geworden, dass 59 von 159 Löschhilfsfahrzeugen und neun von 41 Drehleitern älter als 14 Jahre sind und die bei ihnen eigentlich geplante Nutzungsdauer inzwischen um vier bis sechs Jahre überschritten ist.

Mehr noch: Auch 13 Prozent der Rettungswagen gelten inzwischen als veraltet. Knapp jedes fünfte Fahrzeug kann offenbar überhaupt nicht mehr genutzt werden. Konkret werden bei der Berliner Feuerwehr 17 Prozent der Drehleitern und rund 18 Prozent der Löschfahrzeuge als nicht einsatztauglich eingestuft. Michael Schombel, der Chef der Bezirksgruppe Feuerwehr in der Gewerkschaft der Polizei, warnt angesichts dieser Zustände „vor einem Kollaps“ bei Berlins Brandbekämpfern. Wer an der Technik spare, behindere bewusst die Handlungsfähigkeit der Feuerwehr und riskiere dadurch Menschenleben, so Schombel.

Tatsächlich muss die Hauptstadt-Feuerwehr mit dem betagten Material Belastungen stemmen, die sonst wohl nur Kollegen in Metropolen wie New York bewältigen müssen. Die Marke von 1000 Einsätzen pro Tag haben die Berliner längst hinter sich gelassen, mittlerweile geht die Entwicklung zügig auf 1500 Einsätze pro Tag zu.

Die Einsatzzahlen machen deutlich, dass es einen Unterschied bedeutet, ob eine Dorffeuerwehr ein 20 Jahre altes Fahrzeug im Arsenal hat oder etwa eine Berufsfeuerwehr wie in Berlin mit horrenden Laufzeiten der Fahrzeuge. Wenn bei solchen Belastungen auch noch Technik an der Einsatzstelle ihren Geist aufgibt und erst Ersatz angefordert werden muss, geht im Notfall wertvolle Zeit verloren. Zeit, die tatsächlich Menschenleben kosten kann.

Verfall wird gefährlich: »Es geht um Menschenleben«

Wie aus der Antwort von Innenstaatssekretär Bernd Krömer (CDU) auf die parlamentarische Anfrage der Grünen hervorgeht, scheint man beim Senat die Lage allerdings nicht besonders dramatisch zu sehen. Aus dessen Sicht ist es normal, dass ein gewisser Teil der Fahrzeuge nicht einsatzfähig ist. Deswegen habe die Feuerwehr ja eine technische Reserve, so die Antwort. Auch dass ein beachtlicher Teil der Fahrzeuge inzwischen reichlich betagt ist, wird vorrangig als Frage der betriebswirtschaftlichen Abschreibung gesehen.

Was vom Senat mittlerweile für Neuanschaffungen zugesagt ist, kommt einem Tropfen auf den heißen Stein gleich: Wie aus der Parlaments-Anfrage hervorgeht, sind bis 2020 zusätzlich 48 Millionen Euro nötig, um die Fahrzeuge bei der Berliner Feuerwehr auf einen modernen Stand zu bringen. Die jährlichen sieben Millionen Euro, die im laufenden Haushalt bereitstehen, reichen allerdings gerade einmal für die Beschaffung von Ersatzteilen. Dazu ist die Überalterung des mobilen Materials nicht das einzige Problem, das zunehmend akut wird. Auch 13 der 35 regulären Feuerwachen sind in einem so schlechten baulichen Zustand, dass sie als sanierungsreif gelten.

Während diese Schwierigkeiten ohne Weiteres gelöst werden könnten, wenn der Berliner Senat genug Geld bereitstellte, herrscht angesichts einer anderen Frage weitgehende Ratlosigkeit: Die Brandbekämpfer finden unter Jugendlichen kaum noch brauchbaren Nachwuchs.

Obwohl im vergangenen Jahr 132 Ausbildungsstellen zur Verfügung standen, konnte die Feuerwehr nur 93 junge Auszubildende einstellen. Zwar waren rund 900 Bewerbungen eingegangen. Allerdings genügten nur wenige Kandidaten den Anforderungen. Viele Bewerber scheitern am Sporttest, brachten das gewünschte handwerkliche Geschick nicht mit oder erweisen sich beim allgemeinen Eignungstest als schlichtweg nicht ausbildungsfähig.

Mit dem Argument „Es geht im Notfall um Menschenleben“ haben die Verantwortlichen der Feuerwehr bisher erfolgreich eine Absenkung der Einstellungsstandards verhindern können. Als Folge sind die Personalstandards nach wie vor hoch. Politisch völlig unkorrekt gibt es allerdings auch wenige Feuerwehrleute mit Immigrationshintergrund und auch kaum Frauen. So bleibt die Arbeit bei der Feuerwehr weiterhin ein klassischer „Männerberuf“. Fraglich ist, ob die bisherige Linie einer anspruchsvollen Personalpolitik weiterhin durchgehalten wird. Bisher hatten in den Führungsetagen ausgesprochene Fachleute das Sagen, die nun allerdings altersbedingt peu à peu in die Pensionierung gehen.

Offen ist einstweilen, was mit einem Wechsel auf den Führungsposten personell nachrückt und dann eventuell zeitgeistgemäß danach ruft, das Feuerwehrpersonal müsse ein „Spiegelbild des Bevölkerungsdurchschnitts“ sein. Sollte statt Fachkenntnis künftig das Geschlecht, die ethnische Herkunft oder (in den Führungsetagen) gar das Parteibuch bei Berlins Feuerwehr das ausschlaggebende Kriterium sein, ist eine Entwicklung zu befürchten, die bereits bei Berlins Polizei zu beobachten ist: Eine massive Absenkungen der Personalstandards, um überhaupt noch Mitarbeiter zu finden.

Norman Hanert

Neujahrsruhe in Nikolskoe

Von VERA LENGSFELD

Berlin ist die Hauptstadt der Silvesterpartys. Seit 1989 gibt es die Feier am Brandenburger Tor, die von über 100 000 Menschen besucht wird, die aus der ganzen Welt kommen, um wenigstens einmal dabei zu sein.

Aber auch sonst ist jede Menge los. Entsprechend vermüllt sieht es am Neujahrstag aus. Die Silvesterabfälle vermengen sich auf den Straßen und Plätzen mit alten Weihnachtsbäumen, die zum Teil schon am 27. Dezember rigoros entsorgt werden. Die Berliner wissen, dass sie nun den ganzen Januar mit herumfliegenden Nordmanntannen oder Kiefern zu rechnen haben. Manch Exemplar hat es schon bis Ostern geschafft, der Aufmerksamkeit der Stadtreinigung zu entgehen.

Wer dem für ein paar Stunden entfliehen möchte, kann in die S-Bahn steigen, nach Wannsee fahren und in Richtung Nikolskoe wandern. Hier ist der Berliner j.w.d., janz weit draußen, und wenn gerade Schnee gefallen ist, sogar im Märchenwald. Nikolskö, wie die West-Berliner sagen, weil sie kein Russisch konnten, ist ein Ensemble von mehreren denkmalgeschützten Anlagen in einem als Gartendenkmal registrierten Buchenwald.

Namensgeber ist ein Blockhaus im russischen Stil, für die älteste Tochter König Friedrich Wilhelms III. gebaut, die den Zarensohn Nikolai geheiratet hatte. Es war vor der Entstehung der russischen Kolonie Alexandrowka das wichtigste Zeugnis der Russlandverehrung in Deutschland.

In diesem Blockhaus fasste der König den Entschluss, für die Bewohner der nahegelegenen Pfaueninsel und zweier weiterer Dörfchen auf einer benachbarten Anhöhe eine Kirche zu bauen. Heute ist der Stülerbau hoch über der Havel, der nach einem Vorbild von Schinkel entstand, fest mit der Landschaft verwachsen. Im Sommer ist die Kirche vom Fluss aus gesehen förmlich von Grün umrahmt.

Das Kircheninnere ist der einzige aus der Schinkelzeit erhaltene Raum. Die Zwiebelkuppel auf dem oktogonalen Turm schafft die Verbindung zum Blockhaus. Während die Besucher die atemberaubende Aussicht über die Havelniederung genießen, können sie zu jeder vollen Stunde ein Glockenspiel hören.

„Üb immer Treu und Redlichkeit“ ertönt, weil in den 80er Jahren genug Spenden und Lottomittel zusammenkamen, um die Kirche mit einem Glockenspiel auszurüsten. Zuvor hatte man mehrere Jahrzehnte lang Tonkonserven von Glockenspielen benutzt, nach der Teilung hauptsächlich, um ein akustisches Signal über die Mauer zu senden. Die Ohren der Ost-Berliner hat das eher nicht erreicht, weil die Grenze zu tief gestaffelt war. Am Neujahrstag lieben die Besucher hier die tiefe Stille, die von keinem Grenzhundegebell mehr gestört wird.

Wieder der Brandschutz

Prestige-Projekt »Mall of Berlin« weckt böse Erinnerungen an BER

Bis ins Weihnachtsgeschäft hinein hatte Berlins jüngster Luxus-Komplex, das Einkaufszentrum „Mall of Berlin“ am Leipziger Platz, mit massiven Problemen zu kämpfen. Bereits im September mit einem Feuerwerk und 10 000 geladenen Gästen eröffnet, sind viele Mängel noch nicht behoben, während der Generalbauunternehmer inzwischen Insolvenz beantragt hat.

Von der Pleite betroffen sind nicht nur zahlreiche Ingenieur- und Baufirmen, sondern auch etwa 30 rumänische Bauarbeiter, die bei zwei Subunternehmern beschäftigt waren und teils seit Juli keinen Lohn bekommen haben. Noch unklar ist, was die Insolvenz des Generalbauunternehmers für die Fertigstellung des Gesamtprojekts bedeutet: So sind 270 Wohnungen, die zu dem Projekt gehören, ebenso wenig fertig wie ein Hotel und Büros. Noch schwerer wiegt, dass es – ähnlich wie beim Hauptstadtflughafen BER – immer noch technische Probleme mit dem Brandschutz gibt. Monate nach der Eröffnung der „Mall“ sollen unter anderem noch immer nicht alle Rauchabzugsklappen im Dach automatisch öffnen, und auch die automatische Alarmierung der Feuerwehr wird voraussichtlich erst im Laufe des Januars funktionieren.

Bauämter sind ausgedünnt und überfordert

Folge der Mängel war unter anderem die behördliche Auflage, keine Weihnachtsmusik im Einkaufszentrum zu spielen, da im Notfall sonst kein Feueralarm zu hören sei. Obendrein mussten extra Brandwachen engagiert werden, die die Alarmierung übernehmen. Da es wiederholt sogar Fehlalarme gegeben hatte, lag schnell der Vorwurf in der Luft, „sicherheitsrelevante“ Mängel seien ignoriert worden.

Die schleppende Abarbeitung der Brandschutzmängel wird vor allem der Insolvenz des Generalübernehmers Fettchenhauer Controlling & Logistic GmbH (FCL) zugeschrieben. Insider aus der Bauwirtschaft sehen allerdings inzwischen generell ein Problem bei der Realisierung von Brandschutzanlagen. Kritisiert wird unter anderem, dass die Mitarbeiterzahl vieler Bauämter im Laufe der letzten Jahre bis „auf Kleingruppen“ reduziert worden sei.

Fachleute beklagen, dass gleichzeitig aber die Auflagen für den Brandschutz massiv verschärft worden seien. Seitdem die Prüfung an private Brandschutzbüros ausgelagert wurde, soll es in Berlin mittlerweile monatelange Wartezeiten geben, bis die von den Architekten aufgestellten Brandschutzkonzepte begutachtet werden.

N.H.

Letzte Chance

Bauprojekt könnte Olympisches Dorf retten

Wie ein „Flächendenkmal von nationaler Bedeutung“ sieht das Olympische Dorf von 1936 nicht aus. Die meisten der einst 150 Gebäude auf dem 54 Hektar großen, seit 1992 ungenutzten Areal im havelländischen Elstal (Gemeinde Wustermark) sind verschwunden, die noch vorhandenen 20 größtenteils verfallen. Nun könnte ein Wohnungsbauprojekt die Anlage vor dem endgültigen Verfall retten. Die Nürnberger Terraplan-Denkmalsanierung GmbH will auf einer 20 Hektar großen Teilfläche 500 Wohnungen errichten und dafür zunächst 31 Millionen Euro investieren. Der Bund hat 2,6 Millionen Euro aus seinem Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ zugesagt, die Gemeinde stellt 1,3 Millionen Euro für Planung und Erschließung bereit.

Zentrum der Anlage soll das historische Speisehaus der Nationen sein, in dem 100 zumeist barrierefreie Wohnungen entstehen sollen. An der wirtschaftlich tragbaren Sanierung der maroden Stahlbetonkonstruktion hängt dann auch die Realisierung des gesamten Projekts. Das Sanierungskonzept soll Mitte des Jahres vorliegen. Derzeit verhandelt die Terraplan mit der Stiftung für gesellschaftliches Engagement der Deutschen Kreditbank (DKB) über den Kauf einer acht Hektar großen Fläche am Speisehaus. Die DKB-Stiftung ist Eigentümerin des Olympischen Dorfes und setzt sich für die denkmalgerechte Landschaftspflege, Basicherungs- und Verschönerungsarbeiten am historischen Bestand sowie die museale Nutzung des Geländes ein. Obwohl sie dafür pro Jahr einen sechsstelligen Betrag aufwendet, verfällt das Dorf weiter. Das Bauprojekt gilt daher als letzte Chance, es zu retten.

»Flächendenkmal von nationaler Bedeutung«

J.H.

Verurteilte laufen frei herum

In Berlin laufen 6884 verurteilte Verbrecher frei herum, die eigentlich im Gefängnis sitzen müssten. Nach einer Mitteilung der Justizverwaltung sind davon „Schwerstkriminelle“ nicht betroffen, da sie meist aus der Untersuchungshaft nach einer Verurteilung direkt in Strafhaft kommen. Inzwischen gibt es aber auch einige Fälle von Tätern, die zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, zunächst in Freiheit blieben und der Aufforderung zum Haftantritt dann nicht folgten.

5276 Fälle betreffen Verurteilte, die zunächst eine Geldstrafe nicht bezahlt haben und die daraufhin ihre verhängte Ersatzfreiheitsstrafe nicht antraten. Allerdings treten viele Verurteilte ihre Strafe auch nicht pünktlich an. Im zweiten Halbjahr 2014 folgten nur zehn Prozent von 7152 Verurteilten ihrer Aufforderung zum Haftantritt. Einige Hundert zahlten dann doch noch die verhängte Geldstrafe, die Übrigen erschienen verspätet zum Haftantritt.

T.M.

MELDUNGEN

Türkei noch hinter China

Ankara – Derzeit sitzen in der Türkei 75 Medienvertreter hinter Gittern. Auf der weltweiten Rangliste in Bezug auf die Pressefreiheit rangiert das Land auf Platz 154 und damit sogar noch hinter Ländern wie dem Irak und China. Internationale Journalistenverbände sprechen von der Türkei bereits als dem „größten Gefängnis für Journalisten“. Auch die EU sieht dies mittlerweile kritisch. Anne Brasseur, Präsidentin der Parlamentarier-Versammlung des Europarats, erklärte, Druck auf Journalisten und Einschüchterungsversuche seien nicht hinnehmbar. Die Türkei müsse die Pressefreiheit einhalten und damit die Standards der Europäischen Menschenrechtskonvention respektieren. Inwieweit diese Entwicklung Auswirkungen auf die weiteren Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hat, ließ Brasseur offen. *U.M.*

Cameron will schnell Klarheit

London – Großbritanniens konservativer Premierminister David Cameron will die für 2017 geplante Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft seines Landes vorziehen. Je schneller er sein für den Fall seiner Wiederwahl im Mai gegebenes Versprechen einer Neuverhandlung der Mitgliedschaft Großbritanniens und eines Referendums einlösen könne, desto besser, so seine Begründung. Cameron steht unter dem Druck von Eurokritikern in seiner eigenen Partei und der Ukip. Daher will er die Beziehungen Großbritanniens zur EU neu aushandeln und dabei eine Änderung der EU-Verträge durchsetzen. Cameron tritt für einen Verbleib seines Landes in einer reformierten Union ein, hat aber erklärt, er werde „nichts ausschließen“, wenn er die gewünschten Änderungen nicht durchsetzen könne. *J.H.*

»Santa Klaus« muss nun liefern

Rumäniens neuem Staatspräsidenten Johannis schlägt eine enorme Erwartungshaltung entgegen

Der neue rumänische Präsident Klaus Johannis, ein Siebenbürger Sachse, will die grassierende Korruption im Lande bis zum Ende seiner Amtszeit beenden.

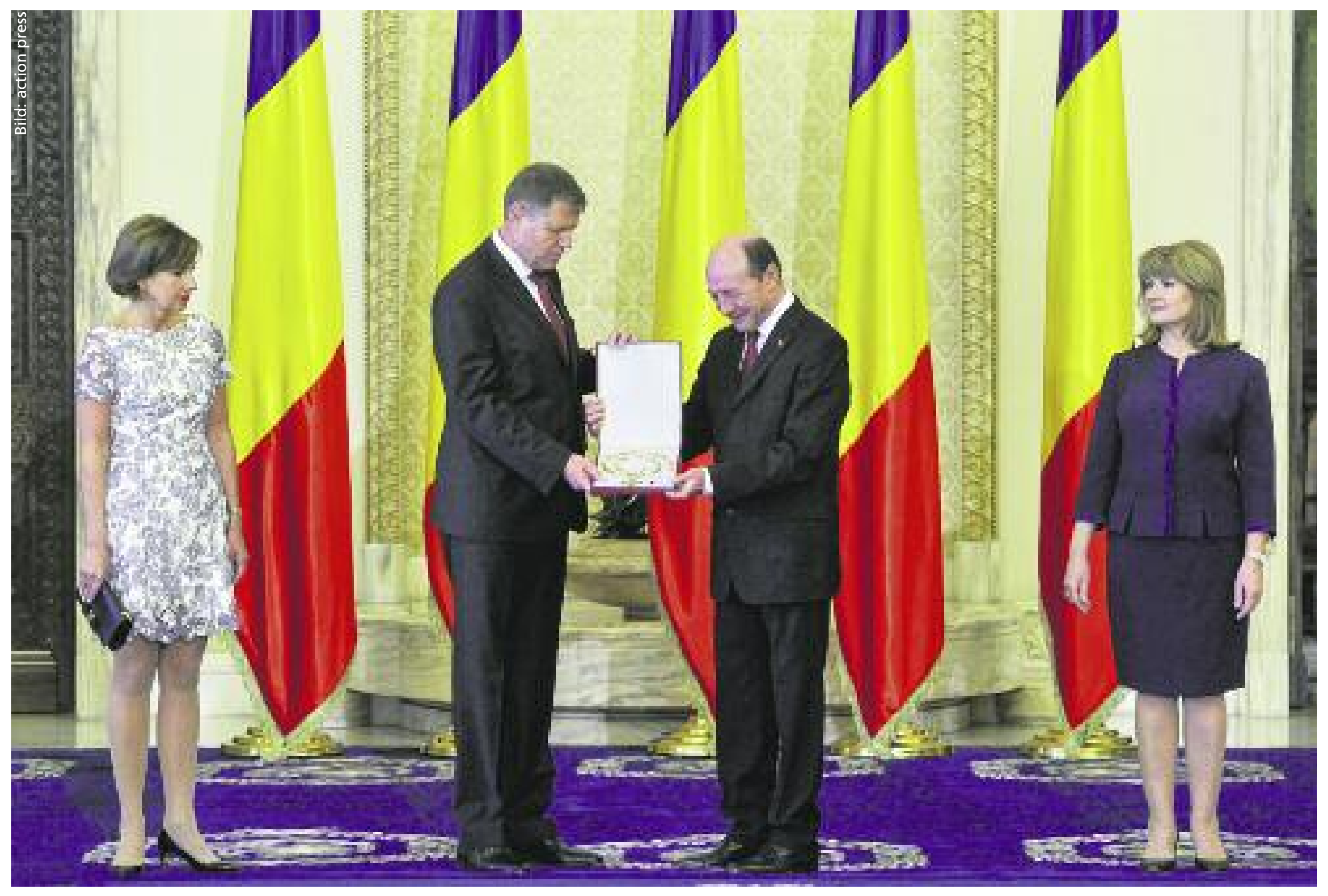
Fast taggleich 25 Jahre nach dem Sturz und der Hinrichtung des Diktators Nicolae Ceausescu wurde am 22. Dezember Klaus Johannis vor den beiden Kammern des rumänischen Parlaments als vierter Staatspräsident seit der Revolution vereidigt. Klaus Johannis schwor mit der rechten Hand auf der Bibel und schloss mit der Eidesformel: So helfe mir Gott. Anschließend segnete der Patriarch der Rumänisch-Orthodoxen Kirche, Daniel Ciobotea, den Protestanten Johannis.

Johannis, der in den kommenden fünf Jahren das höchste Staatsamt bekleiden wird, nahm in seiner ersten Ansprache auch Bezug auf die hohen Erwartungen an ihn, immerhin hatten rumänische Medien ihn sogar als „Santa Klaus“ bezeichnet. Hohe Erwartungen, sagte Johannis, könnten zu großen Ergebnissen führen. Er forderte vor den Parlamentariern durchgreifende Reformen im Bildungs- und Gesundheitswesen und in der Rentenvorsorge und versprach ein Ende der Korruption. Um dies zu erreichen, hält er eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft für notwendig: "Die legislativen Veränderungen sind bloß ein Schritt. Sie müssen von einer Veränderung der Mentalität, der Praxis, der Arbeitsweise begleitet werden“, sagte der 55-jährige ehemalige Gymnasiallehrer, der als Bürgermeister 2007 zusammen mit Luxemburg den Titel einer Kulturhauptstadt und viele Investoren in seine Heimatstadt Hermannstadt (Sibiu) geholt hatte. Er stellte dem Land eine Zukunft in Aussicht, in der die Politik die Bürger respektieren werde. Den Millionen Rumänen, die in den letzten Jahren das Land verlassen haben und denen Johannis zum großen Teil seinen Sieg verdankt, versprach er, alles zu tun, damit sie wieder gerne ins Land zurückkehren. Außenpolitisch bleiben die Mitgliedschaft in der Nato und in der EU sowie die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten vorrangig. Auch die Beziehungen Rumäniens zu Deutschland und Luxemburg, mit denen Johannis schon in den letzten Jahren sehr eng kooperiert hatte, dürften jetzt noch enger werden. Von dem Parlament fuhr Klaus Johannis zusammen mit seiner Frau Carmen ins Schloss Cotroceni, seinem Amtssitz, wo ihm der scheidende Präsident Traian Bâsescu in einer Zeremonie im Unirii-Saal die goldene Kette des Ordens „Stern von Rumänien“, das Symbol der nationalen Souveränität, übergab. Bei diesem Zeremoniell war auch das Beraterteam von Johannis dabei, darunter der ehemalige EU-Kommissar für Mehrsprachigkeit Leonard Orban und Lazar Comanescu, der ehemalige Botschafter Rumäniens in Deutschland.

Das Verbleiben seines Gegenkandidaten an der Regierungsspitze ist die größte Hypothek

Johannis, der gemeinsame Kandidat der nationalliberalen Partidul National Liberal (PNL) und der konservativen Partidul Democrat-Liberal (PD-L), hatte in der zweiten Runde der Präsidentenwahl am 16. November mit 54,5 Prozent der Stimmen gegen den sozialdemokratischen Ministerpräsident Victor Ponta gewonnen, dem Meinungsumfragen nach der ersten Runde noch einen Vorsprung von zehn Prozent prognostiziert hatten. Johannis und Ponta waren im Februar 2013 „im Ärger auseinandergegangen“, wie Johannis in seiner kürzlich erschienen Autobiographie schrieb, weil Pontas sozialdemokratische Partidul Social Democrat (PSD) damals eine vereinbarte Koalition, die Johannis zum Premier ernennen sollte, hatte platzen lassen. Trotz seiner Wahlniederlage hat es Ponta abgelehnt, als Ministerpräsident zurückzutreten. Seine Partei steht noch unter dem Schock der Niederlage. Einige führende Vertreter haben sie verlassen, vor allem weil Ponta versprechen musste, dass er die Justiz im Kampf gegen Korruption nicht mehr behindern werde. Dabei hat er gleich bei sich selbst angefangen und seinen durch ein Plagiat erworbenen Doktortitel zurückgegeben. Nach einer Regierungsumbildung – unter anderem wurde der Außenminister ausgetauscht, der wegen der schlechten Organisation der Wahl im Ausland in die Kritik geraten war – erhielt die Regierung Ponta das Vertrauen des Parlaments, obwohl die Ungarnpartei die Regierung verlassen hatte. Das Verbleiben Pontas im Amt ist die größte Hypothek des neuen Präsidenten.

Mit der Vereidigung des neuen Präsidenten endete die zehnjährige Amtszeit Bâsescus, der 2004 den mittlerweile mehrfach wegen Korruption verurteilten Sozialdemokraten Adrian Nastase geschlagen hatte. Bâsescus größter Erfolg war sicherlich die Aufnahme Rumäniens in die EU 2007. Diese war nur möglich, weil unter seiner Amtszeit die Justiz gegen politische Einflussnahme in Schutz genommen wurde. Dafür musste sich Bâsescu zwei Amtsenthebungsverfahren seiner Gegner stellen. Außerdem kam es in seiner Amtszeit zu einer unzweideutigen Verurteilung des Kommunismus. Durch ein hartes Sparprogramm in der letzten Hälfte seiner Amtszeit machte er sich viele Feinde. Er konnte dadurch aber Rumänien vor einem Staatsbankrott bewahren. Zu seinem Nachfolger Johannis pflegte der machtbewusste Bâsescu meist ein eher gespanntes Verhältnis. So hatte er in seinen Neujahrsansprachen an die Bewohner Rumäniens in den letzten Jahren zwar alle nationalen Minderheiten aufgezählt, aber die Siebenbürger Sachsen regelmäßig „vergessen“. Dies dürfte sich mit der ersten Ansprache von Klaus Johannis sicher wieder ändern. *Bodo Bost*



Wie mit seinem Ministerpräsidenten verbindet ihn auch mit seinem Vorgänger ein eher gespanntes Verhältnis: Johannis (l.) erhält von Bâsescu die goldene Kette des Ordens „Stern von Rumänien“ überreicht

Nur auf der Soldliste

Ein knappes Drittel der irakischen Soldaten sind Karteileichen

Der Kampf um die irakische Stadt Mossul, bei dem im vergangenen Juni angeblich 60 000 irakische Soldaten 1200 Kämpfern des Islamischen Staates unterlegen waren, hat auf ein grundlegendes Problem des Iraks aufmerksam gemacht. Die Armee des Landes wurde von den USA zwar mit gut 20 Milliarden US-Dollar aufgerüstet, ein beachtlicher Teil der Truppe besteht aber nur als statistische Größe auf dem Papier. Wie die „Washington Post“ unter Berufung auf den irakischen Ministerpräsidenten Haider al-Abadi berichtet, geht man in Bagdag nach vorläufigen Schätzungen davon aus, dass vom irakischen Militär Sold für mindestens 50 000 Soldaten bezahlt wird, die es gar nicht gibt. Bei einer Truppenstärke, die offiziell bisher mit 170 000 Mann angegeben wurde, besteht die irakische Armee damit zu einem knappen Drittel aus Geistersoldaten.

Vermutet wird, dass sich innerhalb der irakischen Armee ein gigantisches Betrugssystem mit Identitäten verstorbener Soldaten und sogar völlig frei erfundenen Namen etabliert hat, für die Sold bezahlt wird. Die überwiesenen Bezüge für die Karteileichen werden momentan auf mindestens 380 Millionen US-Dollar pro Jahr geschätzt, wobei weitere Überraschungen nicht ausgeschlossen sind. Die vorgelegten Zahlen seien vorläufig, es werde erwartet, dass „mehr und mehr“ hinzukämen, so der irakische Regierungschef vor dem Parlament in Bagdad. Das angesichts solcher Zustände der Islamische Staat im Irak spektakuläre Erfolge erzielt hat, ist kaum verwunderlich.

Auf einen anderen Aspekt, der sich zugunsten der Islamisten auswirkt, hat bereits im November 2014 der britische „Guardian“ aufmerksam gemacht. Wie schon die aufgekommene Diskussion um die Entsendung von Ausbildern, Waffenlieferungen und sogar den Einsatz von Bodentruppen gegen den Islamischen Staat deutlich macht, haben sich die bisherigen Luftschläge in Syrien und im Irak nicht als durchschlagender Erfolg erwiesen. Der „Guardian“ kommt nach einer Reihe von Vor-Ort-Befragungen sogar zu einem noch drastischeren Urteil: Die Luftschläge stärkten die Terrormiliz sogar. So wird eine ganze Reihe von Beispielen dafür angeführt, dass Luftangriffe der USA in Syrien bei regierungsfeindlichen Kräften zu Demotivation und sogar zum Überlaufen zum Islamischen Staat geführt haben. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Solidarität unter Muslimen. Als exemplarisch kann ein Kämpfer der Freien Syrischen Armee unweit von Homs gelten, den der „Guardian“ mit der Aussage zitiert, dass die „US-Militärkoalition ... nicht gegen Isis, sondern gegen den gesamten Islam gerichtet“ sei. „In dem Moment“, so der Kämpfer weiter, „in dem Isis die Gegend um Homs erreicht, werden wir die ersten sein, die mit ihnen zusammen kämpfen werden.“

Auch der Nutzen der US-Luftschläge ist zweifelhaft

Bemerkbar macht sich zudem auch ein Phänomen, auf das schon der Historiker Jörg Friedrich in Bezug auf die Bombenangriffe der Allierten auf Deutschland im Zweiten Weltkrieg aufmerksam gemacht hat. Die Belastungen des Luftkrieges schweißen Regierte und Regierende ein Stück zusammen. Allerdings sind die aktuellen Bombenangriffe auf IS-Stellungen mit den Flächenbombardements auf deutsche Städte nur bedingt vergleichbar, weil letztere erklärtermaßen die Demoralisierung der Zivilbevölkerung zum Ziel hatten. *Hermann Müller*

Das Eis ist gebrochen

Annäherung der USA an Kuba, weil Isolation »nicht geklappt« hat

Die überraschende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten nach 63 Jahren erbitterter Feindschaft traf in beiden Ländern auf freudige Begeisterung der Bevölkerung und ein Aufatmen der Wirtschaft. Die Glokken begannen zu läuten in Havanna, nachdem Präsident Raul Castro in einer großangekündigten Fernsehansprache am 17. Dezember die historische Wende bekanntgegeben hatte. Die Normalisierung der Beziehungen zu Kuba hatte Präsident Barack Obama bereits bei Beginn seiner Amtszeit zu einem seiner wichtigsten Ziele erklärt, weil, wie er auch jetzt in seiner Rede sagte, die Isolierung Kubas nicht geklappt habe: „Man muss etwas Neues versuchen ... Es dient weder den amerikanischen Interessen noch den Menschen in Kuba, wenn man ihr Land in den Kollaps treibt.“

Sich des erbitterten Widerstandes bei Republikanern und den politisch einflussreichen Exilkubanern in Florida bewusst, hatte der Präsident im April 2013 bei seinem Besuch im Vatikan die Unterstützung von Papst Franziskus gesucht, der als erster lateinamerikanischer Pontifex seit Langem das gleiche Interesse verfolgte. Kurz darauf begannen über 18 Monate strikt geheimer Verhandlungen in Toronto, Kanada, die kurz vor Bekanntgabe mit einem langen Telefongespräch zwischen beiden Staatsoberhäuptern – dem ersten in über sechs Jahrzehnten – ihren Abschluss fanden. Botschaften werden in Washington und Havanna in Kürze errichtet.

Beide Seiten sind sich klar, dass die ersten Schritte der Versöhnung zwischen dem kapitalistischen USA und dem kommunistischem Kuba, die füreinander so lange der Inbegriff des Bösen darstellten, nicht alle Differenzen sofort lösen können. Doch das Eis ist gebrochen. Wirtschaftssektoren wie Banken, Finanzen, Investment, Landwirtschaft, Technologie und Telekommunikation sehen jetzt gute Chancen in Kuba, à la longue auch die Autoindustrie. „Wir sind sehr ermutigt“, sagte General-Motors-Sprecher James Cain. Offizielle Reisen wie für Journalisten, professionelle Tagungen, Kunstausstellungen und Familienbesuche sind möglich geworden. Eine Zusammenarbeit auf Gebieten wie Umweltschutz, Medizin und Bekämpfung des Drogenhandels ist geplant.

Aufhebung des Embargos ist jetzt die größte Hürde

Die größte Hürde ist jetzt die Aufhebung des 1962 verhängten Embargos, das den meisten Handel und Verkehr zwischen beiden Ländern bisher verbot. Doch das Embargo kann nur der US-Kongress aufheben, und dort sind die Republikaner schon zum Kampf angetreten, vor allem die acht Exilkubaner im Kongress unter Führung des texanischen Senators Ted Cruz, der bereits erklärt hat, er wolle jeden ernannten Botschafter für Kuba blockieren. Die heftigsten Gegner der Annäherung in der mächtigen Gemeinde der Exilkubaner in Florida gehören jedoch nach neuesten Ergebnissen der älteren Generation über 65 an. Sie vergessen ihren Hass auf Fidel Castro nicht. Auch sind manche reich geworden durch Währungsschmuggel, was nun fortfallen dürfte. Die junge Generation, in Florida aufgewachsen, blickt in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit, und setzt mit Obama auf Veränderung in Kuba.

Viele Hindernisse werden noch auftauchen. Doch das sollte nicht ablenken, wie die „Los Angeles Times“ es ausdrückt, „von dem enormen Schritt, den Obama und Castro getan haben. Sie haben den feindseligen Rahmen des Kalten Krieges ersetzt durch eine Politik des 21. Jahrhunderts von Engagement und Zusammenarbeit.“ *Liselotte Millauer*

Athens Schulden haben jetzt wir

Plötzlich ist der »Grexit« kein Schreckgespenst mehr – Gründe für den abrupten Kurswechsel

Kehrtwende um 180 Grad: Auf einmal kann Griechenland den Euro verlassen, ohne dass eine Katastrophe droht, sagt Berlin. Was hat sich so dramatisch verändert?

Über Nacht war alles anders. Am Wochenende ließ die Bundesregierung das Gerücht streuen, ein Austritt Griechenlands aus dem Euro sei nunmehr „verkraftbar“. Bis vergangenen Sonnabend hatten Kanzlerin Merkel und ihr Finanzminister Schäuble jahrelang das exakte Gegenteil behauptet: Ein Griechen-Austritt („Grexit“) gefährde die Stabilität der gesamten Euro-Zone dermaßen, dass alles, wirklich alles getan werden müsse, um diesen zu verhindern.

Was hat sich geändert? Die offizielle Rechtfertigung lautet, es bestehe keine Ansteckungsgefahr mehr für andere schwache Euro-Staaten, weil Portugal oder Irland heute viel stabiler dastünden als vor zwei oder drei Jahren. Das Risiko, dass sie einem Griechen-Abgang sogleich hinterherpurzeln würden, sei inzwischen minimal.

Kritiker sind sich nicht sicher, was sie von dieser Darlegung halten sollen. Die Erfolgsmeldungen aus den übrigen Krisenländern ähneln allzu sehr den optimistischen Verlautbarungen, welche Berlin, Brüssel oder die Europäische Zentralbank (EZB) seit Jahren auch über Griechenland verbreitet haben – und die nun von ihren eigenen Autoren als falsch entlarvt worden sind, indem sie heute offen den „Grexit“ diskutieren.

Beobachter sehen in dem jähen Richtungswechsel denn auch vor allem eine Drohgebärde an die Adresse der Griechen im Hinblick auf die Wahlen am 25. Januar. Zuletzt lag die linksradikale Partei Syriza in Umfragen bei gut 30 Prozent und hat damit die regierenden Konservativen hinter sich gelassen. Syriza-Chef Alexis Tsipras hat gedroht, die Bedienung der griechischen Schulden einzustellen sowie alle Reform- und Sparanstrengungen einzustellen.



Versetzt Europa in Aufruhr: Alexis Tsipras könnte am 25. Januar die griechischen Wahlen gewinnen Bild: action press

So betrachtet wäre die „Grexit“-Drohung tatsächlich nur leere Einschüchterungs-Propaganda. Dennoch überrascht die völlig neue Offenheit, mit der an das bisherige Tabu des Austritts eines Euro-Staates gerührt wird. Etwas also muss sich doch geändert haben gegenüber dem Jahr 2010, als die ersten „Rettungsmilliarden“ für Athen flossen.

Tatsächlich hat sich die Zusammensetzung der Gläubiger des Mittelmeerlandes dramatisch verschoben. Vor fünf Jahren hielten vor allem große internationale Finanzinstitute die hellenischen Schuldtitel, angeführt von französischen Banken. Grund: Bis zum offenen Ausbruch der Finanz- und Euro-Krise waren griechische Staatsanleihen ein gutes Geschäft. Aufgrund der geringeren Bonität des Landes waren in Griechenland höhere Zinsen zu erzielen als etwa in Deutschland oder Österreich. Normalerweise spiegeln höhere Zinsen ein höheres Ausfallrisiko von Schuldtiteln wider. Im Falle Griechenlands aber wähnten sich die Kreditgeber sicher, dass ein Kreditausfall ausgeschlossen sei wegen der Zugehörigkeit des Landes zum Euro. Die hohen Zinsen erschienen als risikoloses Zusatzgeschäft.

> Banken machen Gewinne, die Bürger zahlen die Zeche

Seitdem diese scheinbare Sicherheit vom Ausbruch der Euro-Krise als Illusion hinweggespült wurde, sprangen die Regierungen der Finanzwelt bei und überführten die griechischen Milliardenschulden Schritt für Schritt in die Obhut der Euro-Partnerländer, sprich: der dortigen Steuerzahler. Wenn internationale Großbanken heute beipflichten, dass auch sie einen „Grexit“ kaum noch fürchten, kann dies nur bedeuten, dass jene Überführung der Schuldtitel von privaten in staatliche Hände ganz oder nahezu abgeschlossen ist.

Aufgrund von Größe und Gewicht der Bundesrepublik sitzen die deutschen Steuerzahler auf dem größten Posten, Schätzungen gehen von einem Gesamtvolumen von bis zu 80 Milliarden Euro aus. Ob dieses Geld per weiterem „Schuldenschnitt“ einfach gestrichen wird, ist zweitrangig. Weg sein dürfte es so oder so: Als Alternative zum harten Schnitt steht den Regierungen der Weg offen, die Rückzahlungszeiträume zu strecken. Da die Schuldsummen kaum verzinst werden, schmelzen sie so über die Jahre und Jahrzehnte fast von selbst dahin. Nur spüren die geprellten Gläubiger, also insbesondere die deutschen Steuerzahler, den Aderlass kaum, was ihn für die Verantwortlichen in Berlin politisch ungefährlicher macht.

Derweil bereitet sich die EZB offenkundig darauf vor, den Regierungen die Staatsschulden direkt abzunehmen, insbesondere denen, deren Schuldscheine am freien Markt kaum noch einer haben will, da die Rückzahlung als zweifelhaft gilt. Damit kauft die EZB quasi wertlose Papiere, was einer Produktion von reinem Inflationsgeld gleichkommt.

Anhänger solider Geldpolitik bemängeln dies aufs Schärfste. EZB-Chef Mario Draghi meint, mit mehr Geld (von weiteren tausend Milliarden ist die Rede) könne die lahmende Konjunktur wieder in Gang gebracht werden. Die Erfahrung der vergangenen Jahre lehrt indes, dass diese Rechnung nicht aufgeht.

Die Geldschwemme hat nur dafür gesorgt, dass namentlich in Ländern wie Griechenland dringend überfällige Reformen unterblieben sind. Warum sollte man sich auch anstrengen, wenn am Ende ein anderer für alle Rechnungen geradesteht?

Nutznießer sind die internationale Finanzindustrie und, wie besonders in Hellas, einige Privilegierte, wie beispielsweise die milliardenschweren Reeder, die weiter keine Steuern zahlen müssen. Leidtragende sind Millionen einfacher Griechen – und deutsche Sparer, deren Vermögen per realem Negativzins schleichend enteignet wird, damit andernorts weiter billig Schulden angehäuft werden können. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

US-Anleihen abgestoßen

Washington – Nach Angaben des US-Finanzministeriums haben sich China und Russland auch im Oktober 2014 von Vermögenswerten in den USA getrennt. So hat Russland US-Staatsanleihen in Höhe von 9,7 Milliarden Dollar auf den Markt geworfen und seinen Bestand an US-Anleihen damit auf 108 Milliarden Dollar verringert. China trennte sich von US-Staatsanleihen im Wert von 14 Milliarden Dollar. Wie aus dem Treasury International Report des Finanzministeriums hervorgeht, haben ausländische Halter im Oktober auch US-Aktien im Wert von 27,2 Milliarden US-Dollar abgestoßen, wobei allein 24 Milliarden Dollar auf die Rechnung Chinas und Russlands gehen. *N.H.*

Euro weiter auf Talfahrt

Brüssel – Der Euro fiel zur Jahreswende auf 1,203 US-Dollar und damit so tief wie seit 2010 nicht mehr. Grund für die schon seit Monaten anhaltende Schwäche der Gemeinschaftswährung sind Spekulationen über eine weitere Lockerung der Geldpolitik der Euro-Zone. EZB-Chef Mario Draghi hatte diese Spekulationen mit der Äußerung geschürt, die Zinsen seien „seit langem sehr, sehr niedrig“ und das werde wahrscheinlich noch eine Zeit so bleiben. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.047.874.945.572 €
Vorwoche: 2.047.570.936.481 €

Verschuldung pro Kopf:
25.420 €
Vorwoche: 25.417 €

(Dienstag, 6. Januar 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Trivialpatente durch TTIP

Europas Wirtschaft muss Lizenzgebühren und Verbote fürchten

Während im Vorfeld des Transatlantischen Freihandels- und Investitionsschutzabkommens (TTIP) mittlerweile über Chlorhühnchen oder eine eigene Gerichtsbarkeit für Konzerne diskutiert wird, ist es um ein extrem wichtiges Thema bisher erstaunlich still. Zwischen den Europäern und den US-Amerikanern herrschen beim Patentrecht so unterschiedliche Auffassungen, dass im Rahmen einer gemeinsamen Freihandelszone eigentlich nur eine Lösung denkbar erscheint: Eine Seite wird ihre bisherige Position völlig aufgeben müssen.

So laufen schon seit Jahren von Seiten Washingtons Bemühungen, dass in der EU die Möglichkeiten der Patentierbarkeit in gleicher Weise ausgedehnt werden wie in den USA. Sollten die Vorstöße im Zuge von TTIP Erfolg haben, droht der hiesigen Wirtschaft durch die sogenannten Trivialpatente eine extreme Herausforderung. Beim sogenannten Trivialpatent handelt es sich um ein Patent auf eine Erfindung mit minimaler Innovationshöhe, also eine so belanglose Erfindung, dass sie eigentlich keine ist.

Zumindest das Europäische Patentamt hat Vorstöße, in Europa Trivialpatente zu erlauben, in der Vergangenheit immer wieder abgewiesen. Anders ist die Lage in den USA. Vor allem große Konzerne wie Apple, Oracle und Microsoft haben beim US-Patentamt (USPTO) schon seit den 90er Jahren eine große Zahl von Patenten angemeldet, die aus europäischer Sicht eigentliche keine patentwürdigen Erfindungen schützen: „Müll, zusammengeklaute Ideen und Prozesse die seit Jahren – wenn nicht Jahrzehnten – verfügbar waren und bei denen man nicht im Traum daran gedacht hätte, dass eine Firma so dreist und abgezockt wäre, sich diese patentieren zu lassen“, so das drastische Fazit des Technik-Journalisten Sascha Pallenberg zu dem US-Phänomen Trivialpatente. Ein klassisches Feld für die mitunter auch als „Mickey Mouse-Patente“ bezeichneten „Erfindungen“ ist der Software-Bereich: Von der spaltenweisen Bearbeitung von Tabellen über das Online-Bestellen von Geschenken bis hin zum „Ungleich“-Operator in Programmen reichen Patente, die das USPTO in der Vergangenheit tatsächlich erteilt hat.

> Einführung des Patentrechts der USA durch die Hintertür

Sollten solcherart Trivialpatente über die Hintertür eines Freihandelsvertrags auch hierzulande Einzug halten, droht fast allen europäischen IT-Unternehmen, dass sie von US-Konzernen massiv zur Kasse gebeten werden. Die US-Branchenriesen haben nicht zuletzt dank ihrer Rechtsabteilungen oder spezialisierter Anwaltskanzleien mittlerweile ein riesiges Portfolio meist trivialer Patente. Für die europäische Wirtschaft würde damit ein ständiger Aderlass via Lizenzgebühren drohen. Wenn das für TTIP vorgebrachte Argument Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse tatsächlich ernst gemeint ist, dann dürfte es eigentlich nur ein Verhandlungsziel geben: die Abschaffung von Trivialpatenten. Diese schränken den Wettbewerb immer mehr ein und entwickeln sich zu einem regelrechten Wirtschaftshemmnis. Speziell gegen den Apple-Konzern wurde schon mehrfach der Vorwurf erhoben, mit Trivialpatenten nicht nur über Lizenzgebühren einfach „Kasse“ machen zu wollen, sondern Unternehmen auch schon einmal die Nutzung eines Patentes generell zu untersagen, um so unliebsame Konkurrenten gar nicht erst aufkommen zu lassen. *Norman Hanert*

Brüchige Freundschaft

Russisch-weißrussischer Wirtschaftskrieg bedroht Eurasische Union

Am 1. Januar ist die lange geplante „Eurasische Wirtschaftsunion“ Wirklichkeit geworden, und die zwischen Russland, Weißrussland, Kasachstan und Armenien geschlossenen Verträge sind in Kraft getreten. Ob dieses als Gegengewicht des Ostens zu den USA und Europäischer Union geplante Bündnis Erfolg haben wird, bezweifeln selbst Fachleute in den beteiligten Staaten.

Vor Kurzem eingesetzte Zollposten auf beiden Seiten der russisch-weißrussischen Grenze sowie ein rauer werdender Ton zwischen Minsk und Moskau lassen Zweifel an einer einheitlich agierenden Union aufkommen. Anfang Januar hatte die russische Veterinär- und Pflanzenschutzbehörde (Rosselchosnadsor) den Transit von 190 Tonnen polnischer Äpfel nach Kasachstan über russisches Territorium untersagt. Russland kontrolliert darüber hinaus an der weißrussischen Grenze alle Transitlieferungen aus Weißrussland, die für Kasachstan bestimmt sind. Moskau wirft Minsk vor, das vom Kreml verhängte Embargo gegen Lebensmittel aus dem Westen zu unterlaufen, indem die Waren in Weißrussland umgeladen und mit gefälschten Etiketten auf den russischen Markt gelangten. Im November schlug Russland dann zu: Rosselchosnadsor untersagte die Einfuhr der Milch- und Fleischprodukte von neun weißrussischen Unternehmen, im Dezember kamen weitere acht hinzu. Die russische Behörde begründete das Einfuhrverbot mit Qualitätsmängeln der weißrussischen Produkte.

Das Verhalten Moskaus erzürnte den für seine emotionalen Ausbrüche bekannten weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, der seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin denn auch eine „dumme und hirnlose Politik“ vorwarf.

> Lukaschenko droht Moskau mit Konsequenzen

Für Lukaschenko, der seit fast 20 Jahren sein Land mit harter Hand regiert, gilt es, seine Macht zu verteidigen. Im November 2015 ist Präsidentschaftswahl. Bis dahin muss es ihm gelingen, den dank großzügiger Subventionen aus Moskau konsolidierten Lebensstandard seines Landes zu halten und gleichzeitig die Abhängigkeit vom großen Bruder zu minimieren. Gut die Hälfte der weißrussischen Exporte gehen nach Russland. Infolge des durch die Sanktionen und die allgemeine Wirtschaftskrise verursachten Rubelverfalls gerät auch die weißrussische Währung unter Druck. Panikkäufe und Schlangen vor Wechselstuben waren die Folge. Um einen Ansturm auf die Banken zu verhindern, legten die Behörden kurzerhand das Internet lahm und belegten Geldwechselgeschäfte mit hohen Gebühren.

Moskau warf Lukaschenko eine Verletzung der Regeln der Zollunion vor und kündigte Konsequenzen an, falls sich der Handel zwischen den beiden Staaten nicht bald normalisieren sollte.

Mit Sanktionen gegen Mitgliedsländer der Eurasischen Wirtschaftsunion setzt Moskau die Unterstützung seiner letzten Verbündeten aufs Spiel. Harte Töne gegen die von Moskau beanspruchte Führungsrolle in dem neuen Wirtschaftsbündnis gab es zuvor auch schon aus Kasachstan. Sowohl Minsk als auch Astana haben in den Jahren ihrer Unabhängigkeit Freiheiten in einer offenen Welt erfahren, auf die sie nicht mehr verzichten wollen. Was sie nicht brauchen, ist eine Welt der Sanktionen und der Spannungen mit dem Westen, in die Moskau wegen der Ukrainekrise verwickelt ist. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Merkel in Neu

Von Frank Horns

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ... ", so sprach die Kanzlerin via TV am Silvesterabend zu uns. Ach, hätte sie nur geschwiegen, oder – noch besser – sich fünf Minuten vorher noch einmal über ihr Redemanuskript gebeugt und mittels Kanzlerinnen-Füllfederhalter einige wesentliche Korrekturen angebracht. Stattdessen schulmeisterte sie über die Pegida-Bewegung („Folgen Sie denen nicht"), biederte sich beim „transatlantischen Partner" an („gemeinsam die Herausforderung durch Russland angenommen"), knöpfte sich die gewonnene Fußball-Weltmeisterschaft ans eigene (rosenrote) Revers und vermied es dabei konsequent, auf die wirklichen Bedürfnisse der Menschen in Deutschland einzugehen.

Das alles klang so abgehoben und so unrichtig, dass es schien, als wäre der Sekt im Glase schal geworden und die Silvester-Krapfen aus Altpapier gefertigt. Wir dagegen hätten uns eine zündende Feuerwerks-Ansprache gewünscht, oder wenigstens eine – wir kennen ja unsere Kanzlerin – Wunderkerzen-Rede. Sie hätte dann etwa so geklungen:

„Liebe Mitbürgerinen und Mitbürger, das vergangene Jahr ist anders verlaufen, als wir uns das zu Silvester vor einem Jahr vorstellen konnten. Unser transatlantischer Partner hat sich als wenig zuverlässig erwiesen und mit Abhör-Affären und Großmachtgehabe gezeigt, wie wenig ihm an einer echten Partnerschaft liegt. Wir werden in Zukunft mehr unseren eigenen Stärken vertrauen. Seien Sie versichert, den Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen, TTIP genannt, werden wir fortan mit der nötigen Skepsis begegnen. Kein deutsches Unternehmen soll Einbußen erleiden, kein deutscher Arbeitnehmer wird um seinen Job fürchten müssen. Das verspreche ich Ihnen.

Die Ukraine-Krise hat zudem deutlich gezeigt, dass wir Russland nicht ausgrenzen dürfen. Unsere Hand für eine transkontinentale Partnerschaft bleibt trotz aller Differenzen ausgestreckt.

> »Ich habe verstanden und nehme Ihre Sorgen ernst«

Nun aber zum Wichtigsten von allem, nämlich zu Ihnen ganz persönlich, meine Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ich weiß, dass sehr viele von Ihnen mit der Pegida-Bewegung sympathisieren. Ja, ich habe verstanden und nehme Ihre Sorgen sehr ernst. Als Beispiel lebendiger Demokratie begrüße ich Ihr Engagement, so wie damals, als die Menschen vor 25 Jahren in der DDR auf die Straße gingen.

Folgen Sie denen nicht, die sie als Rassisten und Nazis diffamieren. Seien Sie versichert, dass eine kontrollierte und maßvolle Zuwanderungspolitik unser zukünftiges Ziel ist. Nur so lässt sich der soziale Frieden im Lande sichern. Eines ist völlig klar: Jeder Zuwanderer, woher er auch immer kommt, trägt eine Bringschuld, sich in unsere Gesellschaft einzugliedern. Dann, aber auch nur dann, ist er herzlich willkommen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen gemeinsam Kraft, Gesundheit und Gottes Segen für das neue Jahr 2015."

Eine Frage der Prioritäten

Von Norman Hanert

Während Probleme, die der hiesigen Bevölkerung auf den Nägeln brennen, häufig endlos auf die lange Bank geschoben werden, kann die etablierte Politik auch völlig anders. Vorhaben, die wichtigen Akteuren in Berlin wirklich am Herzen liegen, werden teilweise in Rekordtempo umgesetzt. So konnten bereits im Jahr 2010 viele Bürger beispielsweise verdutzt feststellen, dass die Bundesregierung innerhalb einer Woche 22,4 Milliarden Euro aus dem Ärmel schütteln konnte, um Griechenland vor der Pleite zu bewahren.

Geduld mitbringen muss dagegen oftmals die eigene Bevölkerung mit ihren Sorgen: Sei es die verfallende Infrastruktur, die ausbleibende Abschaffung des „Soli" oder das Problem Kalte Progression bei der Einkommenssteuer – stets lautete die von Berlin ausgegebene Parole: Geduld und Haushaltskonsolidierung.

Inzwischen müssen viele Bürger wie bei der Griechenland-Rettung abermals feststellen: Wenn die Politik wirklich will, dann kann sie auch. Der Bau von Containerdörfen und die Anmietung von Unterkünften für Asylbewerber in den Kommunen gehen in einem für die hiesige Politik beachtlichen Tempo über die Bühne. Ebenso kurzfristig wird abermals das dafür notwendige Geld irgendwie herbeigezaubert. Wie schon bei der Euro-Rettung greifen Politiker auch erneut auf das Argument einer angeblichen „Alternativlosigkeit" zurück.

> Die Schuldenbremse erschwert zukünftig Scheinlösungen

Kein Thema ist hingegen, dass Länder wie Italien oder Griechenland durch Aushöhlung des europäischen Asylrechts einen maßgeblichen Anteil an den steigenden Asylbewerberzahlen hierzulande haben, dass für einen beachtlichen Teil der in Deutschland bearbeiteten Asylanträge eigentlich andere EU-Länder zuständig wären. Insgesamt dürfte dies alles – zumindest unterschwellig – seinen Beitrag dazu leisten, dass viele Deutsche zunehmend den Eindruck gewinnen, ihre eigenen Belange stünden bei ihren Volksvertretern an letzter Stelle.

Es ist nämlich nicht nur die Asylproblematik, bei der die ansonsten recht schwerfällige Politik jetzt erstaunlichen Eifer entwikkelt. Sei es die Etablierung einer „Willkommenskultur" für Zuwanderer, sei es die Umsetzung der Gender-Ideologie oder der so genannte Klimaschutz – es gibt Politikfelder, die zügig und mit viel Energie beackert werden. Der hiesigen Bevölkerung bringt dies in der Regel keine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse.

Ein Festhalten an der unkontrollierten Zuwanderung bildet mit der beschlossenen Schuldenbremse eine gefährliche Kombination. Während in den vergangenen Jahrzehnten so manches Problem mit gepumptem Geld übertüncht werden konnte, wird ein Rückgriff auf derartige Scheinlösungen bald nicht mehr möglich sein.



„Willkommen in Deutschland": Für Herzensanliegen der politischen Klasse wie die „Willkommenskultur", zu der auch diese Ausstellung der Bundesministerien für Arbeit und Soziales sowie Wirtschaft und Technologie, der Bundesagentur für Arbeit, der Deutschen Welle und IQ Netzwerk gehört, ist anders als bei Bürgeranliegen noch genügend Geld vorhanden.

Bild: pa

Moment mal!



Einfach den Ton abschalten

Von Klaus Rainer Röhl

In Frankreich macht ein neuer Roman des Bestseller-Autors und Goncourt-Preisträgers Michel Houellebecq Furore: „Unterwerfung" (Soumission). Er ist gerade Anfang Dezember in deutscher Sprache bei Dumont in Köln erschienen. Darin wird das gespenstische Szenario eines islamistischen Gottesstaates in Frankreich beschworen. Der Roman greift Besorgnisse auf, die auch hier in Deutschland viele Menschen haben und in den letzten Wochen vor allem in Dresden massenhaft zum Ausdruck brachten, zum Entsetzen aller Linken und der Kanzlerin. Houellebecq zielt mit seinem Roman direkt ins Herz unserer Angst. Er erzählt vom Umbau der französischen Gesellschaft im Jahre 2022. Die bürgerlichen Parteien haben einen Pakt mit den Islamisten geschlossen und ein Moslem, Mohammed Ben Abbes, wird der neue Präsident im Elysée-Palast. In allen Einzelheiten schildert der Bestsellerautor, wie sich das Stadtbild von Paris verändert: Die Frauen dürfen statt Kleidern nur noch Hosen tragen, und alles ist dem islamischen Staat untergeordnet. Wie haben die Muslime den Sieg errungen? Weil ihre Jugendverbände, Kulturinstitute und karitativen Organisationen ihnen immer mehr Wähler zugetragen und sie einfach durch ihre große Anzahl und zielbewusste Tätigkeit für den Islam an die Macht gebracht haben.

Genau diese Ängste haben in Dresden die Islamkritiker auf die Beine gebracht, für die nicht nur die CSU-Politiker Verständnis haben, sondern Verständnis und Bereitschaft zum Dialog auch von der Kanzlerin fordern. Doch Angela Merkel lehnt jeden Dialog ab, und will auch im Kampf gegen Pegida hinter der Linkspartei, den Grünen und Sozialdemokraten nicht zurückstehen, sondern auch dort, wie beim Atomausstieg und den „erneuerbaren" Energien, die Führung übernehmen. Wird Angela Merkel nur falsch beraten? Die BeraterInnen-Frage wird allmählich zu einer ernsten Gefahr auch für ihre eigene Zukunft. Die Neujahrsansprache war der vorläufige Höhepunkt einer solchen fatalen Fehleinschätzung. Es war keine politische Polemik gegen das Neue, was in Gestalt auch einer neuen konservativen Partei wie der AfD auftritt, es war eine Schärfe und eine Bissigkeit, wie man sie von Angstbeißern kennt. Die Hetze gegen die neue Partei, die AfD und die Dresdener Demonstranten der Pegida nimmt allmählich groteske Züge an. In der Linkspartei gespieltes Entsetzen – bei denen steht immer schon der Hitler direkt vor der Tür, Stalin nie –, aber neuerdings wird die Linke noch übertroffen von Angela Merkel, die in fast der gleichen Tonlage alarmistische Panikrufe ausstößt, als sei nicht etwa die CDU, sondern gleich die ganze Demokratie Deutschlands in Gefahr.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal", fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Warum diese Aufregung der Kanzlerin? Weil in nur einer Stadt, Dresden, ein paar Mal hintereinander nicht ganz 20000 Menschen auf die Straße gegangen sind, die eben nicht Rechtsradikale, sondern ziemlich viele bürgerliche, sehr normale Bürger sind. Für die der Innenminister von NRW sofort das dümmliche Klischee von „Nazis in Nadelstreifen" zur Hand hatte.

Neu war bei den Protestierern von Dresden und ihren Anhängern quer durch Deutschland, dass sie nicht mehr stumm bleiben wollten und, den gleichgeschalteten Zeitungs- und Fernsehmedien nicht mehr trauend, sich selber lautstark zu Wort meldeten und Gleichgesinnte überall in Deutschland ansprachen, auch im Internet. Massiert im Raum Dresden, statistisch aber eine beachtenswerte Minderheit in ganz Deutschland mit seinen rund 80 Millionen Einwohnern, die man auch bei noch so großer Mühe nicht als rechtsradikal abtun kann, denn die Dresdener Pegida-Marschierer stellen Forderungen, die genauso gut von der Schwesterpartei der CDU, der CSU, stammen könnten und tatsächlich gerade an diesem Wochenende in Wildbad Kreuth von der CSU auch erhoben werden: Volle Solidarität, Asyl und Hilfe für die politischen Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten des Irak und Syriens, aber harter Kampf gegen islamistische Organisationen, die Menschen, vornehmlich Christen und Jesiden, aber auch Moslems aus ihren Wohnungen vertreiben, jeden, der sich ihnen nicht „unterwirft", barbarisch hinrichten, ihre Frauen verschleppen und vergewaltigen. Eine Verbrecher-Organisation, die sich nun ganz offen, damit auch jeder politische Volltrottel in Deutschland es versteht, „Islamischer Staat" nennt und im Irak und in Syrien einen Krieg angezettelt hat mit tausenden Toten und Millionen obdachlosen Flüchtlingen als Opfern. Davor sollen wir uns nicht fürchten? Und Maßnahmen gegen ihre weitere Ausbreitung fordern? Ist die CSU, sind die AfD und die Pegida „gegen" Asylanten und Flüchtlinge, wie mit konstanter Bosheit verbreitet wird? Die Antwort gab die CSU in Wildbad Kreuth: Volle Solidarität mit den Opfern islamistischer Gewalt, aber scharfer Kampf gegen die islamistischen Organisationen. Schluss mit der Dschihad-Agitation, der offenen Anwerbung von Killern für den „Islamischen Staat" in Deutschland. Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser. Kontrolle der mehr als 2000 Moscheen, in denen Hassprediger aller Schattierungen neue Rekruten für ihren mörderischen „heiligen" Krieg (Dschihad) anwerben.

Der Autor: Bekannt wurde Klaus Rainer Röhl als Herausgeber der linken Zeitschrift »Konkret«. Vom Parteigänger der Kommunisten wandelte er sich zum engagierten und vielbeachteten Kritiker der 68er und ihrer Nachwirkungen. Röhl wurde 1928 in Danzig geboren und lebt heute in Köln.

Die Abgrenzung von derart kriegslüsterner islamistischer Hasspropaganda, formuliert zuerst in Dresden, wiederholt sich jeden Montag und findet immer mehr Zustimmung in ganz Deutschland, deutlich messbar im Internet. Der friedliche, argumentative Kampf der Dresdener gegen diese Propaganda findet von Montag zu Montag mehr Anhänger, und die Panik im Kanzleramt in Berlin wird jedes Mal größer. Das hat seinen Grund. Das Problem ist Angela Merkel.

Erst langsam spricht sich bei den gebildeten und aufmerksamen Bürgern Deutschlands herum, dass irgendetwas an der ganzen "Merkel-Wende" nicht stimmt. Schon lange nicht stimmte. Da ist die überhastete, fast ziellose Nachahmung grüner, linker und sozialdemokratischer Forderungen und Pläne, unbedacht und unvorbereitet unter Außerachtlassung aller Wertvorstellungen, aller wirtschaftlichen Vernunft, die seit Adenauer die CDU groß gemacht haben und die nicht ohne Grund eng mit der europäischen Wirtschaft verzahnt waren: Basierend auf dem gemeinsamen Markt. Nukleare Energie, als Ergänzung für Kohle und Gas. Statt des bewährten, sicheren, in ganz Europa, den USA und der übrigen Welt benutzten Mix aus Atomenergie und konventionellen Brennstoffen gingen wir daran, nun wirklich wie die Schildbürger, die bekanntlich das Sonnenlicht in Schüsseln einfingen, Sonne mit Sonnensammlern und Wind mit Windmühlen aufzufangen: „Erneuerbare" Energie. Ein Phantom, das im gesamten übrigen Europa und der Welt als deutsche Marotte belächelt wird, künstlich am Leben erhalten mit Milliarden-Zuschüssen. So macht man sich und der Öffentlichkeit vor, dass „es" funktioniert.

Aber es funktioniert gar nichts mehr in Merkels Europa.

Was können wir, außer offen aufzutreten und stumm zu protestieren wie die Dresdener, noch tun?

Einfach den Ton abschalten, die Fernseh-Ansprachen auf stumm stellen und wach bleiben.

Verehrt wie der Messias

Vor 80 Jahren wurde der König des Rock 'n' Roll geboren – In Hessen bekam Elvis Presley als Soldat den Marsch geblasen

Als am 16. August 1977 die Nachricht vom Tod Elvis Presleys publik wurde, verbreitete sich eine Schockwelle, die nur vom Tod John F. Kennedys übertroffen wurde. Es war, als wäre der Messias gestorben.

Tatsächlich hatten Fans den „King", den König des Rock 'n' Roll, schon zu Lebzeiten regelrecht angebetet. Doch der Elvis-Kult, der sich nach seinem Tod entwickelt hat, ist einzigartig. Unzählige Fans halten ihrem Heiligen bis heute die Treue. Wer nach Las Vegas kommt, wo Elvis auf der Bühne des Hilton-Hotelkasinos seine musikalische Lehre verkündet hat, fühlt sich von Elvis-Imitatoren regelrecht verfolgt. Devotionalienhändler christlicher Symbole könnten neidisch werden auf die Umsätze, die so mancher mit Elvis-Kitsch macht vom Elvis-Wein bis zum Elvis-Geschirr. Und schließlich gibt es mit der Elvis-Heimat Graceland in Memphis/Tennessee eine wahre Pilgerstätte für die weltweite Elvis-Gemeinde.

In diesen Tagen – Elvis-Fans wissen es natürlich genau: am 8. Januar – wäre der „King" 80 Jahre alt geworden. Hätte sich solch ein Rummel um seine Person auch dann entwickelt, wenn er noch lebte? Was wäre, wenn er heute mit dem Rollator durch seine Graceland-Villa schlürfen würde, um halb taub und mit zittrigen Händen Glückwünsche zum Geburtstag entgegenzunehmen? Zugegeben: ein blasphemisches Bild. Aber würde man dann noch davor niederknien? Vielleicht hat auch Elvis ähnlich wie James Dean, Marilyn Monroe oder Michael Jackson den jetzigen Personenkult seinem frühen Tod zu verdanken.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn für die Nachkriegsjugend war er eine der ersten bedeutenden Identifikationsfiguren. Er war ein Rebell, der sich von bescheidenen Verhältnissen nach ganz oben durchschlug. Ohne jenseits der Bühne, wo seine obszönen Bewegungen Anstoß erregten, Skandale zu verursachen und ohne jegliche Alkoholprobleme war er auch von den Älteren akzeptiert, die den Rock 'n' Roll als Geistesverwirrtheit der Jugend verteufelten. Dazu sah Elvis noch verdammt gut aus. Die Mädchen himmelten ihn an, seine Elvis-Tolle und die langen Koteletten setzten einen Modetrend. „Nie zuvor war ein Sänger so sexy gewesen. Aber Elvis war nicht vulgär", bringt es Fan Ute Ettinger-Mekhail auf den Punkt.

Und schmachtvoll singen konnte er außerdem. Wer ihn erlebt hat, der schwärmt von seiner Ausstrahlung, seiner Aura. Ein vollkommener Entertainer, so heißt es, sei er gewesen im Film – in den 60ern wirkte er in 27 zumeist seichten Musikfilmen mit – wie auf der Bühne. Auch als er in seinen späteren Las-Vegas-Shows in den 70er Jahren minutenlang über seine Karateleidenschaft schwadronierte, klebten an die 2000 Zuhörer an den Lippen dieses damals schon deutlich aufgedunsenen Mannes, der bereits von seiner Medikamentensucht gezeichnet war, an der er mit 42 Jahren sterben sollte.

Abgesehen von wenigen Auftritten in Kanada konnte man Elvis außerhalb der USA live nicht erleben. Man kannte seine Stimme nur von der Platte oder dem Radio und sein Bild aus Zeitschriften und Filmen. Nur die Deutschen hatten das Glück, ihn leibhaftig zu erleben. Die Bilder, wie er am 1. Oktober 1958 mit einem lässig über die Schulter geworfene Seesack in Bremerhaven die Gangway des Truppentransporters „USS Randall" herabstieg, um in Hessen seinen Militärdienst als GI der US-Armee abzuleisten, hat sich ins kollektive Gedächtnis der damaligen Nachkriegsgeneration eingebrannt. An der Anlegestelle wartete bereits eine Meute von Fotografen, Kameraleuten, Autogrammjägern und jugendlichen Fans wie der zwölfjährige Stephan Remmler, der später als Sänger der Gruppe Trio mit dem Hit „Da Da Da" selbst ein Star wurde.

Elvis war zu diesem Zeitpunkt zwar erst seit vier Jahren Musiker, aber schon eine Legende. Neben Bill Haley mit seinem „Rock Around the Clock" von 1954 gilt Elvis als der Erfinder des „Rockabilly", einer Fusion des Blues- und Gospelgesangs der schwarzen mit der Countrymusik der weißen Bevölkerung. Daraus sollte sich die musikalische Protestbewegung entwickeln, die das Lebensgefühl der Jugendlichen in den 50er Jahren widerspiegelte wie keine andere Musikrichtung: der Rock 'n' Roll.

Die Elvis-Gemeinde hat mit dem 5. Juli 1954 das eigentliche Geburtsdatum des Rock 'n' Roll festgelegt. Damals kam ein junger Lastwagenfahrer namens Elvis Presley in das Plattenstudio „Sun Records" von Memphis, um auf eigene Kosten für Freunde und Familie eine Platte aufzunehmen. Seine flotte Interpretation der Bluesnummer „That's All Right Mama" gefiel dem Studiochef so gut, dass er es drei Tage später im Radio spielen ließ. Kaum war der letzte Ton verklungen, klingelte das Telefon heiß. „Wer ist dieser schwarze Sänger Elvis Presley?", wollten die Hörer wissen. Ein weißer Star war geboren.



Schmucke Pose: Soldat Presley vor seinem Haus in der Goethestraße von Bad Nauheim

Vier Jahre später war der Star in Friedberg bei Bad Nauheim als US-Besatzungssoldat stationiert. Obwohl er es bis zum Plattenmillionär gebracht und mit Graceland ein teures Anwesen erworben hatte, konnte er sich vor der Einberufung nicht drücken. Der Karriere tat es keinen Abbruch. Ohne offiziell einen Ton zu singen, wurde er dank der begeisterungsfähigen deutschen Jugend nur noch populärer. Sie belagerten Tag und Nacht das Bad Nauheimer Hotel Grunewald, in dem er mit Vater Vernon, Großmutter Mae und seinen Leibwächtern lebte.

US-Soldaten, die mit ihrer Familie nach Deutschland kamen, brauchten nicht in der Kaserne zu leben. Elvis machte Gebrauch davon und mietete sich später in ein Haus in der Goethestraße 14 ein, nachdem seine wilde Entourage um ein Haar das Hotel abgebrannt hätte.

Privilegien als Soldat genoss Elvis keine, wenngleich er als Jeep-Fahrer des Standort-Kommandanten keine schwierigen soldatischen Aufgaben erfüllen musste. Nebenher fand er hier seine große Liebe. 1959 lernte er auf einer seiner Partys in der Goethestraße die erst 14-jährige Offizierstochter Priscilla Beaulieu kennen. Mit der Heirat wartete er brav, bis sie 1967 volljährig wurde.

Als er Bad Nauheim 1960 verließ und seine Künstlerkarriere in den USA fortsetzte, blieben ihm die Fans treu. Die Beatles, Woodstock, Pop- und Rockmusik konnten nicht an seinem späteren Ruhm nagen. Dass er kein alternder Rock 'n' Roller war, sondern sich als Entertainer stets neu erfand, machte ihn schon zu Lebzeiten unsterblich. Dies und sein Hang zu auffälligen Kostümen förderten den Elvis-Mythos und den Fan-Zirkus nach seinem Tod.

In Bad Nauheim ist das jedes Jahr im August zu bestaunen. Im Todesmonat des „King" veranstalten die Stadt und die deutsche Elvis-Presley-Gesellschaft schon seit 13 Jahren das „Elvis-Festival", bei dem an einem Wochenende schon einmal 10 000 Fans über die beschauliche Kurstadt hergefallen sind. Für sie ist Elvis einer der Auferstandenen. *Harald Tews*



Der „King" dirigiert: Im Stadtteil Steinfurth half Presley 1959 den Bad Nauheimern, als er einen Kranwagen der US-Armee befehligte, der beim Aufstellen eines deutschen Kriegerdenkmals benötigt wurde Bilder (2): Privatarchiv

Naturkatastrophe als Gottesstrafe

Wenn Menschen vor der Natur kapitulieren – Mannheimer Museum zeigt apokalyptische Untergänge aus Sicht von Künstlern

Die Hilflosigkeit des Menschen zeigt sich, wenn die Natur ihr zerstörerisches Potenzial offenbart. Diese Tatsache, die sich immer wieder bestätigt, bildet den Hintergrund zur aktuellen Ausstellung im „Museum Weltkulturen" der Reiss-Engelhorn-Museen in Mannheim. Sie beschäftigt sich erstmalig mit den großen Menschheitskatastrophen „Von Atlantis bis heute", so der Ausstellungstitel, und demonstriert anhand vieler Beispiele, dass die Angst vor dem Unberechenbaren nach wie vor berechtigt ist, seien es Erdbeben, Vulkanausbrüche, Überschwemmungen, Tsunamis, Feuersbrünste, Hungersnöte, Kriege.

Der Besucher dieser historisch aufschlussreichen Zusammenstellung, die keinen kunstgeschichtlich relevanten Anspruch erhebt, ist denn auch beeindruckt von dem hier ausgebreiteten Faszinosum des Schreckens, wobei einige Katastrophen für ältere Besucher noch gar nicht so lange zurückzuliegen scheinen wie zum Beispiel die verhängnisvolle Flutkatastrophe in Hamburg 1963, als der damalige Innensenator Helmut Schmidt den Hilfseinsatz koordinierte, und auch der tätkräftige Einsatz von Bundeskanzler Gerhard Schröder rund 40 Jahre später im sächsischen Grimma wird bildhaft thematisiert. Diese Ereignisse gehören zum kollektiven Gedächtnis der deutschen Nation.

Die locker aufgebaute und nicht überfrachtet wirkende Mannheimer Ausstellung zeigt rund 200 Leihgaben aus 30 Museen und berühmten Privatsammlungen und ist Resultat einer Kooperation der Reiss-Engelhorn-Museen mit dem Exzellenzcluster „Asien und Europa im globalen Kontext" der Universität Heidelberg und der Technischen Universität Darmstadt. Die Schau ist global ausgerichtet, basiert auf aktuellen Forschungsergebnissen und fächert sich in die Kapitel Feuer, Erde, Wasser/Luft sowie „Faktor Mensch" auf. Historisch reicht sie weit zurück und führt bei der Aufarbeitung und bildhaften Sichtbarmachung von Katastrophen durch Kulturen und Zeiten.

Die Vorgeschichten der oft verheerenden Unglücksfälle werden als Prozess gezeigt, und es geht natürlich auch um den Umgang des Menschen mit der Natur. Offenbart diese ihren zerstörerischen Charakter, versucht der Mensch zunächst, sich und andere zu retten, sei es durch Flucht oder Hilfsmaßnahmen. Erst später mag er den desaströsen Vorgängen eine Sinngebung zuschreiben, um sie besser bewältigen zu können.

Mit bildhaften Darstellungen von Katastrophen und aussagekräftigen Objekten spricht die Ausstellung alle diese Facetten an. Ausgangspunkt ist das sagenhafte Atlantis, dessen Untergang der griechische Philosoph Platon überlieferte. Es wird an spektakuläre Vulkanausbrüche wie in Pompeji anno 79 n. Chr. erinnert – neben dem Bericht des Plinius dient hier ein Schälchen Asche als Anschauungsmaterial – und auch an ähnliche Vorgänge in Tambora (1815) und Krakatau (1883).

Aufsehenerregende Bergstürze ereigneten sich 1618 in Plurs und 1806 in Goldau, und das Erdbeben von Lissabon 1755 inspirierte Dichter wie Heinrich von Kleist. Die Überlieferungsgeschichte derartiger Geschehnisse auch in San Francisco 1906 und Kanto 1923 wird illustriert mit japanischen Holzschnitten von Erdbeben, historischen Schriften, wissenschaftlichen Instrumenten, einer Büste von Kaiser Titus, der in Pompeji Verantwortung demonstrierte, Originalberichten, Büchern, Filmen, Fotografien oder Hörbeispielen. Nebenbei wird auf Phänomene wie Säkularisierung, Medialisierung und Globalisierung aufmerksam gemacht.

Die Objekte der Schau verstehen sich als Projektionsfläche persönlich empfundener Befürchtungen oder Sehnsüchte, denn von mystischen Erklärungen großer Naturkatastrophen ist man im wissenschaftlichen Zeitalter längst abgekommen. Das leuchtend rote Ausstellungsplakat ziert eine Darstellung vom Ausbruch des Vesuvs im 18. Jahrhundert, und zur historischen Orientierung des Besuchers tragen die zahlreichen Texttafeln bei. Sie informieren über Teuerungen und Hungersnöte als Folge von Missernten, verhängnisvolle Tsunamis wie jenem von vor zehn Jahren oder über Goethes Erlebnis einer Bergkatastrophe anno 1775, die der Dichter indes als Idylle empfand.

Zahlreiche literarische Zitate belegen, wie spektakulär seinerzeit die destruktiven Naturereignisse auf die Menschen wirkten. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Nur deutet man diese Vorgänge nicht mehr als Strafe Gottes, sondern versucht, ihnen mit handfesten Rettungsmaßnahmen statt mit Abwehrzauber entgegen zu wirken. *Heide Seele*



Naturgewalt: Ausbruch des Vesuvs (Gemälde von 1771) Bild: Staatl. Kunsthalle Karlsruhe

Reiss-Engelhorn-Museen/ Museum Weltkulturen D5 Mannheim. Die Ausstellung läuft bis zum 1. März. Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr. Eintritt: 12 Euro

Der Mann hinter Carl Zeiss

Vor 175 Jahren wurde der Physiker, Unternehmer und Sozialreformer Ernst Abbe als Arbeitersohn in Eisenach geboren

Ernst Abbe ist als Begründer der modernen Mikroskopie bezeichnet worden wie auch der Weltstellung der deutschen optischen Industrie. Das ist viel und richtig, aber nicht genug. Denn Abbe war außer einem Wissenschaftler und einem Unternehmer auch ein Sozialreformer von großer Bedeutung. Mit Sinn und Verstand hat man einmal „Carl Zeiss“ sein Pseudonym genannt.

Carl Zeiss steht für Hochtechnologie, für deutsche Wirtschaftskraft sowie für arbeitnehmerfreundliche Arbeitsbedingungen und sozialreformerisches Engagement. Dass wir all dieses heute gemeinhin mit dem Namen von Carl Zeiss und nicht mit dem Ernst Abbes verbinden, ist auf die Bescheidenheit von Letzterem zurückzuführen, ein Grund mehr, diesen Mann zu ehren. Und bemerkenswerterweise geschieht und geschah dieses auch über ideologische Grenzen hinweg. So trägt die Schule, auf der er 1857 Abitur machte, seit 1922 bis zum heutigen Tag über alle Systemwechsel hinweg ununterbrochen seinen Namen.

Obwohl Abbe aus einfachen Verhältnissen stammte, gelang dem am 23. Januar 1840 in Eisenach geborenen Arbeitersohn eine erfolgreiche wissenschaftliche Karriere. Das ermöglichten ihm sein Vater, dessen Arbeitgeber sowie sein Fleiß, seine Willenskraft und seine Sparsamkeit. Nach einem Studium der Physik und Mathematik, aber auch der Philosophie und anderer naturwissenschaftlichen Fächer promovierte er 1861 mit einer Arbeit über das Thema „Erfahrungsmäßige Begründung des Satzes von der Äquivalenz zwischen Wärme und mechanischer Arbeit“. Zwei Jahre später habilitierte er sich über die „Gesetzmäßigkeit in der Vertheilung der Fehler bei Beobachtungsreihen“. Es folgte eine Lehrtätigkeit an der Universität in Jena.

Dort hatte er beruflich mit dem Universitätsmechaniker Carl Zeiss zu tun, der in ihm einen Wissenschaftler gefunden zu haben glaubte, der ihm half, die Herstellung von Mikroskopen auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Bis dahin wurde nämlich versucht, durch Ausprobieren, durch „trial and error“, durch das sogenannte Pröbeln, sich dem optimalen Mikroskop anzunähern. Zeiss forderte nun Abbe 1866 auf, auf der Basis wissenschaftlicher Berechnungen das Optimum zu erreichen. Abbes erster Versuch scheiterte, aber schließlich gab der Erfolg Zeiss Recht, mit der Beauftragung Abbes eine wissenschaftliche Herangehensweise zu wählen. 1876 nahm ein dankbarer Zeiss Abbe als Teilhaber auf.

Gute Berechnungen alleine genügten jedoch nicht. Hohe Glasqualität auf beständigem Niveau war ebenso eine Voraussetzung. Abbe gelang es, den innovativen Chemiker und Glastechniker Otto Schott in Witten an der Ruhr dazu zu bewegen, mit ihm und Zeiss 1884 als Zulieferer für die Mikroskopherstellung in Jena das „Glastechnische Laboratorium Schott & Genossen“, die heutige Schott AG, zu gründen. Finanziell unterstützt wurde das Projekt von der preußischen Regierung. Sein weiteres wissenschaftliches Schaffen widmete Abbe währenddessen weniger der Jagd nach Ruhm und Ehre denn der Optimierung der gemeinsamen Produkte.


Gründete die heute noch bestehende Carl-Zeiss-Stiftung: Ernst Abbe Bild: akg

Die gute Qualität dieser Produkte machte Abbe wie Zeiss und Schott wohlhabend. Der wirtschaftliche Aufstieg ließ Abbe jedoch seine Herkunft nicht vergessen. Er erkannte, dass er seinen Reichtum seinen Mitarbeitern verdankte, und wollte deshalb dafür Sorge tragen, dass sein Besitz langfristig über seinen Tod hinaus der Allgemeinheit diente. Hierzu wählte er den Weg einer Stiftung.

Nach dem Tode von Carl Zeiss erwarb er dessen Unternehmensanteile und brachte sein Kapital in eine Stiftung ein, der er bezeichnenderweise nicht seinen, sondern Carl Zeiss’ Namen gab. Er selber übernahm die Führung ihrer Geschäfte und gab ihr ein bemerkenswert fortschrittliches und menschenfreundliches Statut. So war dort neben dem Achtstundentag und einer Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter festgelegt, dass Arbeiter und Angestellte ohne Ansehen ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer Parteizugehörigkeit einzustellen und zu befördern seien, dass die Beschäftigten das Recht auf zwölf Tage Jahresurlaub, davon sechs bezahlte, bekamen sowie in den Genuss einer betrieblichen Kranken- und Rentenversicherung kamen und dass „die Direktoren und Geschäftsführer ... nicht mehr verdienen, als das Zehnfache vom Durchschnittslohn eines 24-jährigen gelernten Arbeiters, der eine mindestens dreijährige Dienstzeit in den Zeiss-Betrieben hinter sich hat“. Doch nicht nur die Mitarbeiter wurden von Abbe bedacht. So war die Stiftung auch außerhalb des Betriebes in Jena in vielfältiger Form gemeinnützig tätig.

Die Kombination aus wissenschaftlicher Arbeit als Physiker auf dem Gebiete der Optik, Unternehmensführung und Sorge für die Zeit danach überforderte seine Gesundheit. Schlaflosigkeit und Kopfleiden versuchte er, durch Narkotika zu bekämpfen, wobei er übertrieb. 1903 musste er die Geschäftsführung aufgeben. Nun versuchte er, seinen wissenschaftlichen Nachlass in der Weise zu ordnen, dass er die im Zuge seiner Optimierungsarbeiten angesammelten Erkenntnisse systematisch zusammenfasste. Dazu verblieb ihm aber nicht mehr die nötige Zeit. Ernst Abbe, der nach den Worten eines Freundes in seinen letzten Monaten nur noch von Opiaten und Zigaretten lebte, starb noch vor seinem 65. Geburtstag, am 14. Januar 1905. *Manuel Ruoff*

Das Rentenalter ist erreicht

Der Bundesadler wird 65 – Doch schon lange vorher war der König der Lüfte Deutschlands Nationalsymbol

Das deutsche Wappen ist das älteste heute noch bestehende europäische Hoheitszeichen. Die Wurzeln des Bundesadlers reichen bis in die Antike zurück, bis zu den goldenen Adlern der römischen Caesaren. Nach dem Untergang des weströmischen Imperiums trat das Heilige Römische Reich (deutscher Nation) dessen Nachfolge an und dessen Kaiser stellten sich in die Tradition der römischen Imperatoren. Um diesen Anspruch auf Nachfolge zu bekräftigen, soll Kaiser Karl der Große auf seinem Palast zu Aachen einen metallenen, vermutlich goldenen Adler anbringen lassen haben.

Mit dem Aufkommen des Wappenwesens wurde im 12. Jahrhundert das Gold des Adlers zur Schildfarbe und der Adler aus Gründen des Kontrastes schwarz. Wohl nach dem Vorbild von Ostrom beziehungsweise Byzanz wurde der Adler des Kaisers im 15. Jahrhundert doppelköpfig in Abgrenzung zum einköpfigen Adler der deutschen Könige.

Da Gold nicht auf Pergament haftet, wurde dazwischen das mennigfarbene Rot als Grundierung verwendet. Dadurch, dass an der Grenze zwischen dem Gold des Wappenschildes und dem Schwarz des Adlers die Goldbeschichtung abblätterte und das Rot hervorkam, entstand die rote Bewehrung des Adlers. Im Weimarer Flaggenstreit wurde diese von den Befürwortern von Schwarz-Rot-Gold als Begründung dafür angeführt, dass Rot neben Schwarz und Gold eine Wappenfarbe des Reiches gewesen sei, doch ist dieses nicht korrekt. Zum einen sind Drei- statt Zweifarbs erst mit der französischen Trikolore populär geworden und zum anderen käme niemand auf die Idee, wegen der goldenen Bewehrung des brandenburgischen oder polnischen Adlers Gold als Wappenfarbe Brandenburgs oder Polens zu bezeichnen.

Als unter dem Druck Napoleons das Heilige Römische Reich deutscher Nation 1806 unterging, versuchte der Habsburger Kaiser Franz II., wenigstens noch den Kaisertitel und das Wappen für sich zu retten. So entstand 1804 der Kaiserstaat Österreich mit dem Doppelkopfadler als Wappen.

Nach dem Ende der napoleonischen Zeit wurde das Heilige Römische Reich auf dem Wiener Kongress von 1814/15 nicht erneuert. An seine Stelle trat der lockerere Deutsche Bund. Dieser war kein Staat und hatte vorerst kein Wappen. Unter dem Druck der wachsenden Nationalbewegung wurde jedoch am 9. März 1848 der kaiserliche Doppelkopfadler ohne kaiserliche Attribute wie Krone, Zepter oder Reichsapfel zum Bundeswappen. Im Zuge der nationalliberalen 48er Revolution erlangte dieser Adler kurze Zeit größere Bedeutung. Das endete jedoch mit dem Ende der 48er Revolution.

Die Frage nach einem Nationalsymbol der Deutschen gewann erst im Zuge der Reichsgründung von 1871 wieder Bedeutung. Ihre Beantwortung hing maßgeblich mit der Antwort auf die Frage nach dem Charakter des neuen Staates zusammen. Da waren auf der einen Seite Männer wie Wilhelm I. oder sein Heroldsamtschef Rudolf von Stillfried-Rattonitz, für die das Deutsche Reich eine Art protestantisches Großpreußen sein sollte und die das Heilige Römische Reich, das sogenannte Alte Reich, als ein habsburgisch und katholisch dominiertes Staatswesen ablehnten. Und dann waren da deutsche Patrioten wie der Kronprinz Friedrich Wilhelm, der spätere Friedrich III, der in dem Deutschen Reich einen kleindeutschen Nationalstaat in der Tradition des Alten Reiches sah und wie bei der Nummerierung der Kaiser auch in der Heraldik an dessen Tradition anknüpfen wollte. So schwebte ihm als Wappen der Adler mit dem Wappen des Herrscherhauses als Brustschild vor. Damit konnte er sich jedoch ebenso wenig durchsetzen, wie mit seiner Idee, sich als Kaiser als „Friedrich IV.“ an die Durchnummerierung des Alten Reiches anzuschließen.

Zwar gelang es Stillfried-Rattonitz nicht, den preußischen Adler mit den Attributen des neuen Kaisertums zum Reichswappen zu machen, doch erhielt der Reichsadler nun das preußische Wappen zum Brustschild und die Ordenskette des höchsten preußischen Ordens. Auch hinsichtlich der Anzahl der Köpfe konnte Stillfried-Rattonitz zufrieden sein. Er hatte schon in der 48er Revolution einen Kopf gefordert wie bei den Wappen Brandenburgs und Preußens und nicht derer zwei wie bei Österreich. Mit dem einköpfigen Adler konnte jedoch auch die romantisch geprägte und am Mittelalter orientierte deutsche Nationalbewegung gut leben.

Das Ende des Kaiserreiches überlebte der Adler weitgehend unbeschadet. Der einköpfige schwarze Adler sollte weiterhin das Symbol des Reiches bleiben. Allerdings verlor er mit der Kaiserkrone, dem Brustschild mit dem Wappen Preußens und der Hohenzollern sowie der Ordenskette des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler alle Beigaben, die auf das Kaisertum der Hohenzollern und die Vorherrschaft Preußens im Reich verwiesen, denn beide waren Vergangenheit. Schlicht und modern, wie es dem Selbstverständnis der Weimarer Republik entsprach, sollte der Adler nun daherkommen. Nicht zuletzt für diese Aufgabe wurde extra das Amt des Reichskunstwarts erschaffen. Mitte der 20er Jahre erhielt das deutsche Wappen seine heute gültige Form. 1926 wurde das heutige Bundeswappen von Tobias Schwab entworfen. Im darauffolgenden Jahr wurde es bei der Reichswehr eingeführt. 1928 benutzte es die deutsche Mannschaft erstmals bei den Olympischen Sommerspielen in Amsterdam. Im selben Jahr wurde Tobias Schwabs Kreation das Wappen des Reiches.

> Die Tradition des Reichsadlers reicht bis in die Antike zurück

Wenn das deutsche Wappentier ohne Umrahmung dargestellt wird, geschieht dieses bis zum heutigen Tage meist in einer sechseckigen Stilisierung, wie beispielsweise bei der Zwei-Mark-Münze, um nur ein Beispiel zu nennen. Hierfür lieferte Sigmund von Weech 1920 den Entwurf.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten konzentrierten sich diese darauf, Schwarz-Rot-Gold durch Schwarz-Weiß-Rot zu ersetzen. Das Wappentier des Reiches versahen sie erst allmählich mit ihrem Hakenkreuz. Das kann zu dem für einen in der Bundesrepublik aufgewachsenen Historiker verblüffenden Ergebnis führen, dass ihm in einem historischen Dokument aus der Zeit des Nationalsozialismus die Unterschrift einer NS-Größe in Kombination mit dem seit Kindheitstagen vertrauten Bundesadler zu begegnen scheint.

Der Grund für diesen scheinbaren Widerspruch ist außer der partiellen Trägheit der Nationalsozialisten bei der Nationalsozialisierung der Weimarer Staatssymbolik, das Streben der zweiten deutschen Republik zumindest hinsichtlich des Wappentiers an die erste nahtlos anzuschließen. Analog zu einer Bekanntmachung des ersten Reichspräsidenten vom 11. November 1919 gab der erste Bundespräsident Theodor Heuss am 20. Januar 1950 in Abstimmung mit der Bundesregierung bekannt, „daß das Bundeswappen auf goldgelbem Grund den einköpfigen schwarzen Adler zeigt, den Kopf nach rechts gewendet, die Flügel offen, aber mit geschlossenem Gefieder, Schnabel, Zunge und Fänge von roter Farbe. Wird der Bundesadler ohne Umrahmung dargestellt, so sind das gleiche Bild und die gleichen Farben wie beim Adler im Bundeswappen zu verwenden, doch sind die Spitzen des Gefieders nach außen gerichtet.“ *M.R.*



Bild: Archiv

Das Wappentier der Bundesrepublik und der Bundespräsident, der es bekannt machte: Zwei-D-Mark-Münze „Theodor Heuss“

Als der Sturm auf Ostpreußen losbrach

Vor 70 Jahren begann die Rote Armee ihre Großoffensive, welcher die Wehrmacht kaum etwas entgegenzusetzen hatte

Am 13. Januar 1945 begann die Rote Armee ihre „Ostpreußische Strategische Angriffsoperation“, in deren Verlauf die Provinz unerwartet schnell eingekreist beziehungsweise besetzt wurde. Deshalb gestaltete sich die Evakuierung der Zivilbevölkerung äußerst schwierig und verlustreich.

„Töte den Deutschen, wo Du ihn antriffst. Schlag ihn auf der Straße, im Haus, spreng ihn mit der Granate, stich das Bajonett in ihn, die Mistgabel, spalte ihn mit dem Beil, setze ihn auf den Pfahl, zerschneide ihn mit dem Messer, schlag, wie Du kannst, aber töte ihn.“ Dass die Rotarmisten tatsächlich bereit waren, diese wirren Mordaufrufe des jüdischen Propagandisten Ilja Ehrenburg (1891–1967) zu befolgen, hatten sie bei ihrem ersten Einfall in Ostpreußen im Oktober 1944 gezeigt – auch und gerade gegenüber wehrlosen Zivilisten. Allerdings gelang es der Wehrmacht seinerzeit noch, das Schlimmste zu verhindern und die Offensive an der Memel zum Stehen zu bringen.

Danach herrschte bis Anfang 1945 Ruhe, die jedoch höchst trügerisch war, denn das sowjetische Oberkommando konzentrierte inzwischen 16 Armeen der 2. und 3. Weißrussischen Front unter Marschall Konstantin K. Rokossowski (1896–1968) und Armeegeneral Iwan D. Tschernjachowski (1906–1945) an der Grenze zu Ostpreußen. Damit warteten am Ende 130 Divisionen mit 1,67 Millionen Soldaten, die unter anderem über 3800 Panzer und Sturmgeschütze sowie 3100 Kampfflugzeuge verfügten, auf den Befehl zum Losschlagen. Und das wusste die deutsche Feindaufklärung unter Generalmajor Reinhard Gehlen (1902–1979) auch, doch Adolf Hitler, der Ende 1944 ganz und gar auf die Ardennenoffensive im Westen fixiert war, tat deren Meldungen mit der realitätsblinden Bemerkung ab, der angebliche sowjetische Aufmarsch im Osten sei „der größte Bluff seit Dschingis Khan“. Deshalb hatte er auch fünf Panzerdivisionen und andere dringend benötigte Einheiten aus Ostpreußen abgezogen, um sie in die vermeintliche Entscheidungsschlacht gegen die Angloamerikaner zu werfen, so dass auf deutscher Seite schließlich nur noch 35 Infanterie- und 16 Panzer- beziehungsweise Panzergrenadierdivisionen mit 1363 Panzern standen. Zudem handelte es sich bei einem Teil der 580 000 verfügbaren Kämpfer bloß um Volkssturm-Männer beziehungsweise Hitlerjungen.

Gleichzeitig wurde praktisch nichts unternommen, um die über zwei Millionen Zivilisten aus Ostpreußen zu evakuieren. Für Gauleiter Erich Koch (1896–1986) stand nämlich fest, dass es den vorhandenen Wehrmachtseinheiten, also der Heeresgruppe Mitte mit der 2. und 4. Armee unter Generaloberst Walter Weiß (1890–1967) beziehungsweise General der Infanterie Friedrich Hoßbach (1894–1980) sowie der 3. Panzerarmee unter Generaloberst Erhardt Raus (1889–1956), auf jeden Fall gelingen werde, einen Angriff – so er denn überhaupt erfolgen sollte – aufzuhalten.

Die sowjetische Offensive zur Eroberung Ostpreußens begann am 13. Januar 1945 fast zeitgleich mit den anderen Winteroffensiven Josef Stalins, nachdem die Temperatur auf minus 20 Grad gefallen war, was den Panzerkolonnen der Roten Armee ein schnelles Vorankommen auf dem gefrorenen Boden garantierte. Unmittelbar zuvor hatte der Befehlshaber der 3. Weißrussischen Front noch einen Tagesbefehl erlassen, in dem es hieß: „Gnade gibt es nicht – für niemanden ... Es ist unnötig, von den Soldaten der Roten Armee zu fordern, dass Gnade geübt wird. Sie lodern vor Hass und Rachsucht. Das Land der Faschisten muss zur Wüste werden.“ Und tatsächlich brach nun ein Inferno sondergleichen über Ostpreußen herein, das umso schlimmer ausfiel, als der 560 Kilometer lange Verteidigungsring der Heeresgruppe Mitte unerwartet schnell eingedrückt wurde, obwohl man durch die Meldungen von Überläufern wusste, wann der Angriff erfolgen sollte, was den rechtzeitigen Bezug der vorbereiteten „Großkampfstellung“ hinter der Frontlinie ermöglichte.

Zuerst stieß die 3. Weißrussische Front zwischen Schloßberg und der Rominter Heide nach Westen vor, um die 3. Panzerarmee zu zerschlagen und das Kurische Haff und Königsberg sowie das Samland zu erreichen, was am Ende auch gelang, obwohl die Wehrmacht noch Verstärkungen aus Kurland heranführte. Danach begann die 2. Weißrussische Front am 14. Januar ihre Mlawa-Elbinger-Operation, in deren Verlauf sie aus den Narew-Brückenköpfen heraus eine tiefe Umfassungsbewegung in Richtung Elbing durchführte und die 2. Armee abdrängte. Dabei legten die russischen Panzer bis zu 70 Kilometer am Tag zurück. Währenddessen wich die 4. Armee mit Einverständnis Hitlers auf die ostpreußische Seen-Linie bei Lötzen zurück, da ihr die Einkesselung drohte. Das reichte Hoßbach jedoch nicht aus, weshalb er am 24. Januar den Entschluss fasste, nach Westen durchzubrechen, um sich mit den Truppen an der Weichsel zu vereinigen. Daraufhin wurde Hoßbach am 30. Januar von Hitler seines Postens enthoben und durch den General der Infanterie Friedrich-Wilhelm Müller (1897–1947) ersetzt, der strikten Befehl hatte, die Front in Ostpreußen zu halten. Ebenso verlor der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Generaloberst Georg-Hans Reinhardt (1887–1963), sein Kommando – ihm folgte Generaloberst Lothar Rendulic (1887–1971).

Allerdings konnten diese Personalentscheidungen Hitlers nicht mehr verhindern, dass zahlreiche ostpreußische Städte wie Insterburg, Tilsit, Allenstein und Mohrungen in die Hände der Russen fielen und die 5. sowjetische Garde-Panzer-Armee dann schließlich auch am 26. Januar bei Tolkemit zum Frischen Haff durchstieß, womit die Landverbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich fast gänzlich unterbrochen war. Andererseits ermöglichte der von oben erzwungene Widerstand noch die Rettung von rund 1,4 Millionen Flüchtlingen. Obwohl deren Evakuierung wegen der Fehleinschätzung Kochs und anderer NSDAP-Größen viel zu spät begonnen hatte, konnten sie über das zugefrorene Frische Haff und die schmale Landzunge der Frischen Nehrung nach Westen gelangen oder den Hafen von Pillau erreichen, von wo aus der Abtransport auf dem Seeweg erfolgte. Dabei entkamen freilich nicht alle: Schätzungen zufolge starben um die 310 000 ostpreußische Zivilisten auf der Flucht oder wurden sofort bei der Ankunft der Roten Armee in ihren Wohnorten ermordet. Darüber hinaus mussten weitere 500 000 im nunmehr sowjetisch besetzten Ostpreußen verbleiben. *Wolfgang Kaufmann*



„Hier ist es, das verdammte Deutschland“: Rotarmisten beim Überschreiten der deutschen Ostgrenze Bild: imago

Ostpreußischer Vertriebener mit Liebe zum Fußball

Udo Lattek gewann als Vereinstrainer die deutsche Meisterschaft, den DFB-Pokal und alle drei Wettbewerbe im Europapokal

Mit Udo Lattek hatte einer der erfolgreichsten Fußballtrainer Deutschlands, ja der Welt eigentlich Bauer werden wollen. Flucht und Vertreibung vereitelten jedoch diesen Plan des am 16. Januar 1935 in Bosemb, Kreis Sensburg geborenen Ostpreußen. Nach Westdeutschland verschlagen, versuchte er dort durch Bildung den gesellschaftlichen Aufstieg. Schule und Studium in Münster folgte eine Tätigkeit als Gymnasiallehrer. Der Pädagoge entschloss sich dann jedoch, sein Hobby zum Beruf zu machen. Über die Leichtathletik hatte der junge Mann schließlich zum Fußball gefunden. Die Begeisterung für die schönste Nebensache der Welt war jedoch größer als seine spielerischen Fähigkeiten, und so wechselte er schneller als andere an den Spielfeldrand. Gerade einmal 31 Jahre alt, nahm er als Assistent von Bundestrainer Helmut Schön an der Weltmeisterschaft 1966 in England teil.

Am 16 Januar wird der in Bosemb, Kreis Sensburg geborene Sportler 80 Jahre alt

Auf die zahlreichen Bayern in der DFB-Auswahl um Franz Beckenbauer machte Lattek so viel Eindruck, dass ihr Fußballklub auf ihr Betreiben hin den Ostpreußen 1970 als Vereinstrainer engagierte. Als Bayern-München-Trainer holte der vormalige Betreuer der Jugendauswahl des Deutschen Fußballbundes die Jugendnationalspieler Paul Breitner, Uli Hoeneß und Rainer Zobel an die Isar. Nach dem DFB-Pokal 1971 gewann die Lattek-Truppe 1972, 1973 und 1974 die Deutsche Meisterschaft. 1974 gewann Bayern München auch als erste deutsche Mannschaft den Europapokal der Landesmeister. Kein Wunder bei diesem Erfolg, dass die Bayern auch den Kern der Nationalmannschaft bildeten, als die Deutschen in jenem legendären Jahr die Weltmeisterschaft im eigenen Land gewannen. Nach diesem Erfolgsrausch des Jahres 1974 waren die Bayern-Spieler auch durch den Motivationskünstler Lattek kaum noch zu motivieren. 1974/75 spielten sie die schlechteste Bundesliga-Saison der Vereinsgeschichte und ihr Trainer wurde entlassen.

Lattek trat beim damals amtierenden Meister Borussia Mönchengladbach die Nachfolge von Hennes Weisweiler an. Mit dem Import aus Bayern konnten die Borussen 1976 und 1977 den Meistertitel verteidigen und gewannen 1979 den Uefa-Pokal. Anschließend überließ Lattek seinen Trainerposten seinem bisherigen Spieler Jupp Heynckes und wechselte von den Gladbacher zu den Dortmunder Borussen.

Nach zwei unspektakulären Jahren mit den Dortmundern im Bundesliga-Mittelmaß verlor Lattek 1981 seinen damals erst 15-jährigen Sohn Dirk durch Leukämie. Das nahm er zum Anlass für einen Tapetenwechsel: „Ich brauchte eine neue Aufgabe, Barcelona war schon damals der schwierigste Klub, der mich 24 Stunden am Tag gefordert und dadurch auch abgelenkt hat.“ Mit den Katalanen gewann er 1982 den Europapokal der Pokalsieger. Doch war sein Verhältnis zu seinen Stars Diego Maradona und Bernd Schuster schlecht. Möglicherweise war es Maradona, der dafür sorgte, dass sein Landsmann Cesar Luis Menotti, mit dem die Argentinier 1978 Weltmeister im eigenen Land geworden waren, 1983 Latteks Posten bekam.

So wie einst Lattek als Bayern-Trainer den Jugendnationalspieler Hoeneß nach München geholt hatte, holte nun Hoeneß als Bayern-Manager den geschassten Barcelona-Coach ein zweites Mal an die Isar. Mit dem Gewinn der Meisterschaften 1985, 1986 und 1987 sowie des DFB-Pokals 1984 und 1986 konnte Lattek an alte Triumphe anknüpfen. Trotzdem endete Latteks Engagement bei den Bayern abermals unharmonisch. Lattek wollte einen Zwei-, Hoeneß nur einen Einjahresvertrag. Das Ergebnis war gar kein Vertrag. Lattek verkündete seinen Rückzug als Trainer.

In Köln, wo er nun wohnte, wollte er zukünftig als Sportdirektor für den 1. FC arbeiten. Nach nur sieben Monaten kündigte er jedoch den Fünfjahresvertrag wegen Rivalitäten mit dem Trainer Christoph Daum. 1990 wurde Daum entlassen und Lattek kehrte als Sportdirektor zu den Geißböcken zurück. Diesmal war es der Verein, der bereits nach wenigen Monaten die Zusammenarbeit beendete. 1992 trainierte Lattek für ein halbes Jahr Schalke 04. Anschließend erklärte er seinen Rückzug vom aktiven Fußballgeschäft. Trotzdem ließ sich Lattek von Borussia Dortmund, als die Borussen 2000 vom Abstieg aus der Ersten Liga bedroht waren, für die letzten Spieltage der Saison reaktivieren. Wenn Latteks Neigung zu Kurzzeit-Comebacks auch nicht unbedingt seinem Image förderlich war, so war sein (vorerst) letztes doch wenigstens erfolgreich. Der Klassenerhalt gelang, und mit ihm wurde Lattek nach dem Abpfiff des letzten Spieles der Saison frenetisch im Westfalenstadion gefeiert.

Der erklärte Freund des Zentrums gegen Vertreibungen blieb auch nach seinem Rückzug vom aktiven Geschäft als Kolumnist und Fernsehkommentator seinem Sport weiterhin verbunden. Nachdem er 2010 einen Schlaganfall erlitten hatte und sich 2001 und 2012 zwei Gehirnoperationen zur Entfernung gutartiger Tumore hatte unterziehen müssen, gab seine Ehefrau 2013 bekannt, dass er an Parkinson leidet. *Manuel Ruoff*



Immer mit Engagement bei der Sache: Udo Lattek beim Bundesligaspiel Stuttgart gegen Dortmund am 29. April 2000 Bild: action press

»Ja, wo leben wir denn hier«

Zu: Die Nervosität wächst (Nr. 51/52)

Am letzten Sonntag wurde im Radio über die Bildung einer 20-köpfigen Sonderkommission aufgrund des Brandanschlages auf Flüchtlingsunterkünfte in Vorra (Bayern) berichtet. „Ausländerfeindliche Parolen“ und „Nazi-Schmierereien“ lassen sogleich eine Soko zu, da es ja sonst nicht zur Willkommenskultur passt.

Wer aber sagt uns, dass es vielleicht eine falsche Verdächtigung ist? Es könnten ja auch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes oder ausländische Mitbürger gewesen sein, denen der Zuzug nicht passt. Was, Sie meinen, das gäbe es nicht? Ich sag dazu nur: NSU.

Wenn aber vornehmlich Afrikaner im Görlitzer Park, bei denen Asylverfahren anhängig sind, mit Drogen handeln und Bürger beschimpfen, und wenn man auf Spielplätzen Drogenbesteck findet, wird eine Soko aus politischen Gründen wieder aufgelöst.

Dafür verteilt die Polizei unter den wachsamen Augen der Dealer Handzettel, wo dann drauf steht, dass man als Bürger lieber den Park meiden sollte. Oder es werden die Büsche (unter Polizeischutz) durch die Bezirksverwaltung abgeschnitten, damit Dealer nicht mehr den ganzen Platz haben, um die Drogen zu verstekken. Ja, wo leben wir denn hier?

Die Frage stellt man sich auch, wenn Bürger in Dresden eine genehmigte Demoroute friedlich ablaufen, dafür aber die „Antifanten“, Kirche oder möglicherweise bezahlte Gegner der Pegida diese Route behindern und die Polizei nicht den Weg freiräumt. Oder wenn die öffentlich-rechtlichen Medien die Pegida in die rechte Ecke stellen und die Politik dies nur allzu gerne aufnimmt, um ins gleiche Horn zu blasen. Oder wenn der Bundespräsident und die Kanzlerin sich einmal dem Volk stellen würden, um sich die Ängste und Sorgen anzuhören, anstatt nur alle Demonstranten als „Schande für Deutschland“ zu bezeichnen.

Leider wird auf das Volk nicht gehört.

Maik Bialek, Wittenberg

Mangel an politischer Bildung

Zu: Die Nervosität wächst (Nr. 51/52)

Wenn den herrschenden Politikern die Wünsche und Gedanken aus dem Volk heraus nicht gefallen, reagieren sie – wie gewohnt auch der Bundespräsident Joachim Gauck – diesem Teil des Volkes gegenüber mit Diskussionsverweigerung oder sprechen meinungsdiktierend von reinem Populismus. Willkommenskultur wird auf Fremde bezogen, nicht auf die eigene gesprächsuchende Bevölkerung.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik kennt jedoch diesen negativ gemeinten Begriff nicht. Es spricht dagegen klar von der politischen Willensbildung des Volkes und nennt dabei die Parteien nur an zweiter Stelle. Die Parteien sollen lediglich mitwirken; sie sollen jedoch den politischen Willen nicht allein formulieren.

Bereits 1949 erörterte man in der Wissenschaft nicht ohne Grund den „Einbruch politischer Stände in die Demokratie“. Und bis heute ist die Frage, ob und wie sich die Verfassungsorgane des Staates an die Volksmeinung halten müssen, eine der zentralsten des modernen Staates. Gegenüber dieser anhaltend wichtigen Fragestellung ist das inhaltslose Geschwätz vom Populismus Zeugnis eines Mangels an politischer Bildung, das den Geschwätzurheber für ein politisches Amt deutlich disqualifiziert. Meinungen, die nicht strafbar sind, sind unterschiedslos zulässig.

Was richtig, angemessen, erwünscht oder dumm ist, entscheidet kein Politiker aus eigenem Dafürhalten. Selbst ein parlamentarischer Mehrheitsbeschluss ist kein Beweis für objektive Richtigkeit, sondern nur die verfassungsgemäße Befähigung für die Ausführung des Beschlusses und verbietet nachfolgende Überlegungen nicht. Wer also das Grundgesetz wirklich achtet, diffamiert kein Andersdenken, sondern sucht das unvoreingenommene sachliche Gespräch mit dem eigentlichen Souverän im Staat, dem Volk.

Dr. Klaus J. Schneider-Haßloff, Berlin

Kein Einzelfall

Zu: Ausverkauf der Kunst (Nr. 50)

Der Begriff „Raubkunst“ ist in den Medien gebetsmühlenhaft mit dem Attribut oder Präfix „NS“ verbunden. Und das in einem Land, das 1945 den vermutlich größten Kunstraub der Weltgeschichte über sich ergehen lassen musste, wobei die Ex-Sowjetunion nach der Wende dieses Vorgehen durch höchste Regierungsvertreter noch sanktionieren ließ.

Während es bei den heutigen Kunstraub-Prozessen in der Regel darum geht, ob die Nationalsozialisten die Emigranten angemessen bezahlt haben oder nicht, gab es 1945 Massenplünderungen in deutschen Museen und Bibliotheken. So sei an dieser Stelle einmal daran erinnert, dass 1944 die Kunstschätze des umkämpften Monte Cassino von zahlreichen deutschen LKW in die sichere Stadt Rom verlagert wurden. Die Medien hingegen stellen Kunstraub als ein singuläres Verbrechen dar.

Wolfgang Glantz, Murrhardt



Es waren immer mehr: Kurz vor Weihnachten versammelten sich auf dem Dresdner Theaterplatz 17 500 Anhänger des von Berliner Politikern attackierten Bürger-Bündnisses Pegida Bild: action press

Kein Riesengeschäft mit Jesus

Zu: Weihnachten: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst (Nr. 50)

PAZ-Autorin Eva Herman beschreibt den konsumorientierten Weihnachtsrummel und die zunehmende Unkenntnis vom Anlass dieses Festes zutreffend und eindrücklich. Wenn sie jedoch gegen Ende des Artikels meint, „Kirchenfürsten“ hätten mit ihrer „verheerenden Botschaft“ von der sündentilgenden Bedeutung des Kreuzestodes Jesu diesen zu einem „Riesengeschäft“ gemacht, so ist dem bereits aus historischen Gründen, nämlich angesichts der Quellenlage, zu widersprechen.

Der Apostel Paulus hatte, wie er selbst im 1. Korintherbrief (Verse 15,1–3) schreibt, schon bei seiner Mission in Korinth (um 50 n. Chr.) auf ein ihm überliefertes Bekenntnis zurückgegriffen, in dem es unter anderem heißt, „dass Christus für unsere Sünden gestorben ist“ (1. Korinther 15,3). Diese Überzeugung war also schon vorher, das heißt in den rund 20 Jahren nach Jesu Tod, verbreitet, zu einer Zeit, als es die Institution Kirche beziehungsweise deren geschäftstüchtige „Fürsten“ noch gar nicht gab. Oder sollen der Apostel Petrus beziehungsweise der Jesusbruder Jakobus als Leiter der Jerusalemer Urgemeinde als solche gelten?

Jesus selbst hat bei seinem letzten Mahl zu seinen Jüngern von einer heilbringenden Wirkung seines Todes für die Menschen gesprochen, wie sämtliche neutestamentlichen Überlieferungen bezeugen. Weg und Werk Jesu sind also von der positiven Relevanz seines Todes nicht zu trennen. Daher wird in Matthäus 1,21 der hebräische Name des Kindes („Jesus“) bereits vor seiner Geburt deutend übersetzt: „Er wird sein Volk retten von ihren Sünden.“

Dieses Kind wird mehr sein als ein Prophet oder Weisheitslehrer, denn seine gesamte Existenz steht bis hin zum Tode unter dem Vorzeichen „für uns“. Darin ist die wahre Weihnachtsfreude begründet.

Prof. Dr. Christian Wolff, Berlin

Als der Terror begann

Zu den Leserbriefen: Der Krieg hatte mehrere Väter (Nr. 48) und Kein „Überfall“ (Nr. 51/52)

Ich bin Jahrgang 1921 und habe zu Hause 35 Kilometer von Danzig im polnischen Korridor gelebt. Wir hatten die polnische Staatsangehörigkeit, obwohl meine Eltern und Geschwister kein Wort Polnisch konnten. Als ich dann zur Schule kam, hatte ich eine Lehrerin aus Warschau, die kein Wort Deutsch konnte. Ich konnte zwar nichts verstehen, aber sehen, was geschrieben wurde, so dass ich keine größeren Schwierigkeiten hatte.

Zu meiner Schulzeit starb der damalige Staatschef Józef Pilsudski. Sein Nachfolger war Rydz-Smigly. Mit ihm ging die Deutschenhetze erst richtig los. Der Anfang war aber schon 1933. Bei deutschen Veranstaltungen wie harmlosen Tanzvergnügen kamen Schlägertrupps, schlugen um sich und alles musste raus.

1938 bis 1939 wurden Deutschen die Fenster eingeschlagen. Die Menschen hatten zum Schluss Angst, im Haus zu schlafen, und nächtigten in Kartoffelmieten. Wir wohnten auf dem Abbau und hatten scharfe Hunde. Es war bekannt, dass meine Brüder Waffen besaßen. Der Terror nahm ab 1939 stetig zu.

Einer meiner Brüder ging schon zu Beginn des Sommers nach Danzig. Der Hoferbe war polnischer Soldat gewesen und bekam Anfang August 1939 Stellungsbefehl, eine Stunde vor Abfahrt des Zuges. Dort stand schon die Polizei und hat gewartet, ob er einsteigt. Als er nicht auf dem Bahnhof erschienen war, war der Polizist bei uns und fragte, wo er sei. Ihm selbst gelang es, über die Grenze nach Danzig zu kommen. Wir, mein Vater und ich, wurden dann besonders beobachtet. Die Hunde bellten die ganze Nacht, als ob sie einen fressen wollten.

Wir hatten einen polnischen Nachbarsjungen als Hilfe für die Landwirtschaft. Der sollte den Hund vergiften, was er aber nicht getan hat. Eines Tages sagt er mitten in der Woche: „Ich muss heute nach Hause gehen.“ Ich sagte: „Heute ist doch kein Sonntag“, darauf die Antwort: „Wenn sie kommen, wissen sie ja nicht, dass ich ein Pole bin und bringen mich auch um.“ Ich sagte: „Du spinnst.“ Wir waren zusammen in eine Schule gegangen. Er ging diesen Abend nach Hause, wie auch bei meinem Onkel gleichzeitig zwei Polen unter jeweils anderem Vorwand. Dass wir noch leben, verdanken wir wahrscheinlich dem raschen Vorgehen der deutschen Wehrmacht. Wir hatten solches nicht vermutet, aber Bromberg bewies es. Im Posener Land soll es ebenfalls ein zweites Bromberg gegeben haben.

Aber wer will das schon wissen? Unsere Regierung jedenfalls nicht.

Dorothea Jahnke, Blaustein

Negatives Soldaten-Bild

Zu: „Nullachtfünfzehn“ (Nr. 48)

Als der Roman „08/15“ von Hans Hellmut Kirst 1954 in Fortsetzungen erschien, saßen noch Zigtausende deutscher Soldaten in Kriegsgefangenschaft. Sogenannte Kriegsverbrecherprozesse beherrschten die Öffentlichkeit, und Deutschland, insbesondere sein Soldatentum, standen (und stehen noch heute) am Pranger. Darüber geben die Ereignisse um die bundesweite Pazifisten-Bewegung „Ohne mich!“ im Zusammenhang mit der Diskussion um die Wiederbewaffnung hinreichend Auskunft.

Natürlich gab es in der riesigen Armee auch Schleifer vom Typ Platzek. Leistungen und Tapferkeit der Wehrmacht waren aber nicht mit Schleifertum und Kadavergehorsam zu erzielen. Meine Kenntnisse und Erfahrungen aus jahrzehntelanger Dienstzeit über deutsche Unteroffiziere und Offiziere der Wehrmacht und der Bundeswehr sind überwiegend sehr positiv.

Das Buch und der daraus entstandene Film "Nullachtfünfzehn" haben mit ihren negativen Bildern Erfolg gebracht. Das erinnert an die unselige Wehrmachtausstellung und den merkwürdigen ZDF-Fernsehhistoriker Guido Knopp. Ich mache um ihn und den besagten Kirst stets einen großen Bogen.

Reinhard Uhle-Wettler, Timmendorfer Strand

Der Wahn der Überfremdung nimmt kein Ende

Zu: Sozialkosten steigen rasant (Nr. 46)

Die Politik mit ihrer irrsinnigen Migrations- und Flüchtlingspolitik trägt intensiv dazu bei, dass Deutschland, das Land der Dichter, Denker und Erfinder, zu einem Land der Hilfsarbeiter wird. Und dies ist jetzt schon unumkehrbar. Es stehen einem die Haare zu Berge, wenn man liest, was hinter den Kulissen dieser Migrations- und Integrationsindustrie so vor sich geht. Das ist die reinste Mafia.

Deutschland wird in absehbarer Zeit auf das Niveau der Türkei und Albaniens zurückfallen. Und es wird von Zuwanderern und Flüchtlingen überrannt. Warum? Ganz einfach auf den Punkt gebracht: Für die „hochqualifizierten“ Flüchtlinge ist Deutschland das Paradies der Welt. Allein das Kindergeld ist in Deutschland höher als das Monatsgehalt eines Lehrers in Rumänien. Ein Flüchtling oder ein Zuwanderer hat monatlich ein höheres Einkommen als eine deutsche Frau, die 45 Berufsjahre nachweisen kann. Wenn Migranten Sozialbetrug betreiben, wird dieser von den Sozialgerichten als „kulturelle Besonderheit“ akzeptiert. Wenn sich das ein Einheimischer leistet, kommt dieser vor Gericht, muss alles zurückzahlen oder findet sich in Haft wieder.

Wenn man den Medien glauben soll, so kostet jeder Zuwanderer pro Jahr rund 50 000 Euro. Allein im Landkreis Sigmaringen hat man für 2015 schon 4,6 Millionen Euro eingeplant. Es werden Immobilien vom Land gekauft und mit einem Millionenaufwand umund ausgebaut. Allein im Land Baden-Württemberg rechnet man bis Dezember 2014 mit über 200 000 Asylsuchenden. Die wahren Kosten werden ohnehin von Berlin verschleiert. Jeder fragt sich, woher eigentlich diese Milliarden von Euro kommen? Jeden Tag hört man, wir müssen sparen, denn es ist kein Geld da für Schulen, Straßen und Infrastruktur. Aber für Armutsflüchtlinge ist Geld da.

Das Tollste: Zuwanderer und Asylanten werden in der medizinischen Versorgung wie Privatpatienten behandelt. Zähne werden gerichtet und alles getan, damit die Herrschaften zufriedengestellt sind. Es handelt sich hier nicht um Millionen, Milliarden, nein, wir sind bereits bei weit über einer Billion Euro angelangt.

Der Wahn dieser Überfremdung nimmt kein Ende, im Gegenteil, Bundespräsident Gauck lädt alle ein, nach Deutschland zu kommen. Dieser Mann scheint den Überblick total verloren zu haben. Im Türkenkrieg von 1683 bis 1699 wurden die Türken vor Wien vertrieben. Heute sind sie in ganz Europa und vor allem in Deutschland. Im Nachhinein hat Europa diesen Krieg verloren. Viele behaupten, die Türken sind die fünfte Besatzungsmacht in Deutschland. Hier nur ein Beispiel von Hunderten in Deutschland, was sich Migranten alles erlauben können:

In Meßstetten auf der Schwäbischen Alb hat man eine ehemalige Bundeswehrkaserne als Unterkunft für die „hochqualifizierten“ Analphabeten eingerichtet. Im Speiseraum soll ein Zuwanderer von der 21-jährigen Bedienung eine weitere Scheibe Käse verlangt haben. Weil dies nicht funktionierte, wurde das Mädchen verprügelt und zu Boden geworfen. Damit nicht genug, trampelte man mit den Füßen auf den Leib dieser Bedienung. Ergebnis: Diese Frau sitzt heute im Rollstuhl. Von den staatlichen Behörden erfährt der Bürger von solchen Verfehlungen absolut nichts. So etwas wird unter den Tisch gekehrt.

Im ZDF war vor einiger Zeit eine Talkshow zu sehen, welche die Willkommenskultur zum Inhalt hatte. Natürlich wurde wie immer alles nur positiv dargestellt. Am Ende dieser Sendung wurde eine jüngere Frau gebeten, ihre Erfahrungen mit Zuwanderern und Asylsuchenden einzuschätzen. Man hat gemerkt, dass sie aus Angst nur von sich Auskunft gab. Über Nacht hat man aus einem Nebengebäude eine Unterkunft für Asylanten gemacht. Die Behörden hielten es nicht einmal für notwendig, die Anwohner darüber zu informieren. Fazit: Ihr Mann ist seitdem in psychiatrischer Behandlung, und ihr Haus, 2012 gebaut, ist laut Makler nur noch die Hälfte Wert. Diese Aussage sagt eigentlich alles.

Für Asylunterkünfte müssen Wachleute oder ein Sicherheitsdienst bereitgestellt werden. Auch in Krankenhäusern gibt es immer mehr gewalttätige Zuwanderer. Putzkolonnen müssen die Unterkünfte sauber halten. Auf die Idee zu kommen, selbst Hand anzulegen, ist wahrscheinlich eine Zumutung.

Wolfgang Rohde, Sigmaringen

Leserbriefe bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt



Nr. 2 – 10. Januar 2015

MELDUNGEN

Änderung beim Drei-Tages-Visum

Königsberg – Das russische Außenministerium stellt das an den Grenzen des Königsberger Gebietes erteilte Drei-Tages-Visum für Bürger der Schengen-Staaten mit Beginn des Jahres 2015 ein. Bald nach Bekanntwerden der Nachricht hagelte es wütende Proteste von Seiten Königsberger Bürgern, die ihr Gebiet noch weiter von Europa abgeriegelt wähnten. In der Praxis hatte das Visum allerdings kaum eine Bedeutung, da die Formalitäten zu kompliziert waren und es daher kaum vergeben wurde. Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2018 plant die russische Regierung jetzt die Einführung von vereinfachten Drei-Tages-Visa, die auch den Besuchern Königsbergs zugute kommen dürften. *T.W.W.*

Skandal im Kinderheim

Königsberg – Ein Fall von Zwangsfütterung im Königsberger Kinderheim macht Schlagzeilen: Von einer Überwachungskamera aufgezeichnet, fütterte eine Angestellte ein zweijähriges Mädchen auf recht rabiate Weise. Dieselbe Erzieherin wurde erst kürzlich landesweit durch eine andere gewaltsame Fütterung bekannt, erstritt sich aber vor Gericht ihre Weiterbeschäftigung während des laufenden Verfahrens. Das Kinderheim, in dem Säuglinge und bis zu vierjährige Kleinkinder untergebracht sind, hat keine Leitung, seit die frühere Chefin nach einer Inspektion der Behörden wegen diverser Vergehen entlassen wurde. *T.W.W.*

Südbahnhof wird Verkehrsknotenpunkt

In Vorbereitung auf die Fußball-WM 2018: Eisenbahngesellschaft zur Modernisierung gezwungen

In Königsberg drehen sich derzeit fast alle Pläne zur Stadtverschönerung um die in der Pregelmetropole geplanten Spiele der Fußballweltmeisterschaft 2018. Nun sollen Südbahnhof und Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB) besser aneinander angebunden werden.

In Königsberg gibt es zwei wichtige Verkehrsknotenpunkte, die beide in unmittelbarer Nähe zueinander liegen. Dies sind der Südbahnhof und der Zentrale Omnibusbahnhof. Die Leitung der staatlichen Russischen Eisenbahngesellschaft plant einen Umbau des Südbahnhofs, der den zentralen Busbahnhof mit der Bahn unter einem Dach vereinen soll. Danach würden Bahnpassagiere bequem auf Busse umsteigen können, da sie sich an einem einheitlichen Transportknotenpunkt befinden.



Umsteigen soll bequemer werden: ZOB und Südbahnhof sollen bald unter einem Dach vereint sein Bild: J.T.

Um diesen Plan verwirklichen zu können, sind Umbauarbeiten in drei Stufen nötig. Die erste Stufe sieht den Umbau der Bahnsteige vor, der zweite die Modernisierung des Bahnhofgebäudes. Diese Arbeiten sollen bis 2018 fertiggestellt sein, vor den in Königsberg stattfindenden Spielen der Fußballweltmeisterschaft. Als dritte Stufe sind Erneuerungsarbeiten des Bahnhofsvorplatzes vorgesehen.

Zurzeit werden die Bahnsteige überprüft. Dafür wurden umgerechnet 164 000 Euro zur Verfügung gestellt. Des Weiteren ist Rekonstruktion der Bahnsteige und ein Rückbau in ihren ursprünglichen Zustand geplant. Die Finanzierung dieser Arbeiten übernimmt die staatliche Russische Eisenbahngesellschaft. Der Südbahnhof gilt als historisches Architekturdenkmal. Er wurde 1929 erbaut und ist bis zur Gegenwart fast unverändert erhalten. 2013 waren 220 000 Fernreisende unter den Passagieren, 550 000 Menschen nutzen den vom Südbahnhof abgehenden Vorortverkehr. In diesem Jahr hat ein Gericht die Königsberger Verwaltung der Russischen Eisenbahn dazu verpflichtet, bis zum 1. März 2015 das Gebäude des Südbahnhofs zu restaurieren.

Der ZOB wurde im Jahr 1971 eingerichtet und ist bis heute der größte in der Region. Vor einigen Jahren wurde im Zuge der Privatisierung des öffentlichen Personennahverkehrs noch ein zweiter Busbahnhof auf der Altstädtischen Langgasse (Moskauer Prospekt) eingerichtet. Er wurde vom Unternehmen „Kenigavto" betrieben. Jedoch kündigte die Regionalregierung 2007 den Vertrag mit dieser Gesellschaft, weil die Sicherheit des Transports nicht gewährleistet sei. Heute gehen von diesem Punkt Fernbuslinien nach der Bundesrepublik Deutschland, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Weißrussland ab. Den Bahnhof nutzen vor allem Russlanddeutsche, die nach Stuttgart, Essen, Potsdam, Hannover und in andere bundesdeutsche Städte reisen. Im Stadtrat gab es vor einiger Zeit den Plan, diesen Bahnhof auf die Vorderhufen in die Hans-Sagan-Straße zu verlegen. Die Idee hatte der Vorsitzende der Kommission für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs Sergej Donskoj. Er wählte diesen Standort, weil es dort eine Halle für Busse gibt. Die Fernbusse könnten außerdem das Stadtzentrum umfahren und so Staus meiden.

Jaroschuk untersützt Umbaupläne

Bürgermeister Alexander Jaroschuk hat sich für den ZOB-Umbau insbesondere in Vorbereitung auf die Spiele der Fußballweltmeisterschaft ausgesprochen. So ist damit zu rechnen, dass es bald einen einheitlichen Verkehrsknotenpunkt in Königberg geben wird.

Jurij Tschernyschew

Erfolgreiche Zusammenarbeit

»Tilsiter Dominanten«: Bildband russischer Partner der Stadtgemeinschaft

Die Zusammenarbeit der Stadtgemeinschaft Tilsit mit der russischen Gesellschaft „Tilsit" hat ein erfreuliches Ergebnis gezeitigt. Angetreten mit dem Ziel, das reiche kulturhistorische Erbe der Stadt am Memelstrom im Gedächtnis der Menschen, Deutscher wie Russen, zu bewahren, ist nun ein Werk mit dem Titel „Tilsitskie Dominanty" (Tilsiter Dominanten) erschienen. In jahrelanger Arbeit haben die Kunsthistorikerin Tatjana Urupina und der Fotokünstler Jakov Rosenblum in Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinschaft Tilsit den kulturhistorischen, städtebaulichen und baukünstlerischen Reichtum, sowohl den bereits verlorenen als auch den noch zu erhaltenden, erforscht und in Wort und Bild dokumentiert, um sie in Buchform den heutigen Bewohnern der Stadt nahezubringen. Die geschichtliche Entwicklung der Stadt wird verknüpft mit dem Wirken Herzog Albrechts und zahlreicher Persönlichkeiten der napoleonischen Kriege und des Tilsiter Friedens, die in Tilsit Geschichte geschrieben haben.

Dokument über die Stadtentwicklung



Bild: Rosenblum

Stolz auf das Ergebnis: Bürgermeister Nikolaj Woischtschew und Urupina

Mit dem Buch „Tilsitskie Dominanty" ist es den Autoren gelungen, auf 352 Seiten und mit 510 Fotos das Antlitz der Stadt lebendig zu machen und seine Aura den Menschen zu präsentieren. In 17 Kapiteln werden Stadtplanung und Stadtentstehung, Gebäude und Fachwerke, mittelalterliche Motive in der Tilsiter Architektur, architektonische Elemente, Türen, Portale, Türme und Türmchen beschrieben. Weitere Betrachtungen sind dem Jugendstil, Baudekor und Funktionalismus gewidmet. Beschreibungen von Gebäuden und Straßen, der Königin-Luise-Brücke, der Parkanlagen und der landschaftlichen Umgebung geben interessante Einblicke in das einstige Stadtbild. Auch der Tilsiter Elch und die Geschichte des Tilsiter Käse dürfen bei den Dominanten nicht fehlen.

Der Buchtext liegt zwar nur in russischer Sprache vor, gleichwohl vermittelt das Werk mit seinen 510 großformatigen Fotos samt deutschen Bildtexten auch dem deutschen Interessenten eindrucksvolle Einblicke in das Antlitz der „Stadt ohne Gleichen".

Interessenten können das Buch bei der Stadtgemeinschaft Tilsit auf Spendenbasis erwerben. Die Bestelladresse lautet Stadtgemeinschaft Tilsit, PF 240, 09002 Chemnitz. *H.Dz.*

Neuer Marschall

Ermländisch-Masurisches Parlament wählte

Nach dem bereits Anfang Dezember bekannt gegebenen Ergebnis der Wahlen zum Woiwodschaftsparlament haben die Abgeordneten des Sejmik (Landtag) nun ihren Woiwodschaftsmarschall (vergleichbar mit einem Ministerpräsidenten) und die Stellvertreter gewählt. Die Ergebnisse der Wahl des Sejmiks der Woiwodschaft Ermland-Masuren liegen nun vor: Gustaw Marek Brzezin wurde zum ermländisch-masurischen Woiwodschaftsmarschall gewählt. Der Kandidat der „Polskie Stonnictwo Ludowe" (PSL) erhielt 26 Ja-Stimmen, einer enthielt sich und einer stimmte dagegen. Der neue Marschall erklärte, dass er gegenwärtig keine schnelle Änderung im Amt beziehungsweise bei den Planstellen erwäge.

Nur zwei stimmten nicht für Gustaw Brzezin

Die Abgeordneten des Sejmik wählten auch die Vize-Marschälle. In dieses Amt wurden Wioletta Slaska-Zysk von der PSL (Vize-Bürgermeisterin von Johannisburg und Direktorin des Arbeitsamtes), der bisherige Marschall Jacek Protas von der „Platforma Obywatelska" (PO), Anna Wasilewska (bisher schon im Amt) und Sylwia Jaskulska von der PSL (frühere Vize-Landrätin von Ortelsburg) gewählt.

Slaska-Zysk weiß noch nicht, für welche Aufgaben sie im Amt verantwortlich sein wird. Protas äußerte die Hoffnung, dass sein Nachfolger so wie er die Arbeit seiner ihm untergebenen Beamten schätzen werde.

Jaskulska fühlt sich gut vorbereitet für die Arbeit im Woiwodschaftsamt.

Vorher wurden die Vize-Vorsitzenden des Sejmiks gewählt. Das wurden Artur Chojacki von der „Prawo i Sprawiedlivosc" (PiS), Jaroslaw Sloma von der PO und Julian Osiecki ebenfalls von der PO. Zum Vorsitzenden des Sejmiks wurde bereits in der vorherigen Sitzung Piotr Zuchowski von der PSL gewählt. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

beim Lesen der Zuschriften, die mich in diesen ersten Wochen des neuen Jahres erreichen, fallen mir die vielen Kindheits- und Jugenderinnerungen auf, die unsere letzten Beiträge bei unseren Leserinnen und Lesern geweckt haben. Vor allem sind es die Erzählungen von dem letzten Weihnachtsfest zu Hause, die manche Landsleute veranlassen, auch von ihrer Weihnacht vor 70 Jahren zu berichten. Aber wie ein Weihnachtsbaum nadelt, wenn er zu lange in der warmen Stube steht, so ist auch die Zeit für den Abdruck dieser Erinnerungen leider vorbei. Doch nach dem Fest ist vor dem Fest – und gut abgelagert wird die eine oder andere Geschichte in der nächsten Adventszeit auf unserer Familienseite erscheinen. Eine ist mit Sicherheit dabei – nicht nur, weil sie eine der eindrucksvollsten ist, die wir in der letzten Zeit aus unserem Leserkreis bekommen haben, sondern weil sie dann zeitgemäß erscheinen kann, denn es handelt sich um das Weihnachtsfest 1945, das der Königsberger **Hans-Georg Balzer** und seine Eltern nach der russischen Okkupation in ihrem Notquartier in Rauschen verlebten. Wie der 13-Jährige gerade aus diesen in bitterster Armut verlebten Stunden Kraft für sein weiteres Leben schöpfte, wie die Erkenntnis „Das Licht ist unbezwingbar" zu seinem Leitmotiv wurde – das beschreibt Hans-Georg Balzer so klar und eindrucksvoll, dass ich diese kleine Geschichte einfach nicht für mich behalten kann. Obgleich es eigentlich von ihm so gedacht war: Das kleine handgebundene Heft sollte ein Dankeschön für meine Tätigkeit für die Ostpreußische Familie sein. Und so sage ich nun meinen Dank hier und heute mit diesen wenigen Worten – und elf Monate später mit der Veröffentlichung auf unserer Familienseite.



Die Palaestra Albertina in Königsberg – heute! Bild: Jörg Pekrul

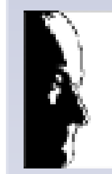
„Wie viel Heimatsehnsucht steckt doch in jedem Rückblick, wie viel Bitterkeit in der Erkenntnis des Heimatverlustes!" Dieser Satz aus den Aufzeichnungen eines Ostpreußen, der als 16-Jähriger seine Heimat verteidigen musste, fällt mir ein, wenn ich die Erinnerungen lese, die in vielen Briefen enthalten sind. Manchmal ist es nur ein notierter Gedankensplitter oder ein plötzlicher Einfall an eine lang vergessene Begebenheit, ausgelöst durch einen unerwarteten Rückblick in einem Beitrag auf unserer Familienseite. So sind auch bei unserem Königsberger Landsmann **Werner Mai** aus Maisach Erinnerungen an die Winter seiner Kindheit wach geworden, darunter auch kleine heitere Episoden, die der Thematik, die in diesen Wochen unsere Kolumne bestimmen wird, etwas die Schwere nimmt. So berichtet er über seine Königsberger Winterfreuden mitten in den Kriegsjahren – dass er mit seiner Mutter zum Sammeln für das Winterhilfswerk ging und zum Ziehen der Nägel aus Brettern und Balken „damit unsere Soldaten sich gute Unterstände bauen konnten". Und er erzählt weiter: „Für unsere Soldaten gingen wir ins Schloss, in den großen Moskowitersaal. In ihm standen viele Nähmaschinen, auf denen aus Pelzspenden und anderen weißen Stoffen Winterausrüstung hergestellt wurde. Einmal ließ uns der Wächter in den Raum mit dem Bernsteinzimmer. Bei der Notbeleuchtung konnten wir nichts erkennen, da wir nicht wussten, dass die ganzen Wandtafeln aus Bernstein waren. Mutter meinte, dass man die Wände doch mal wieder streichen sollte, sie wären ja viel zu dunkel!" Der Wächter wies sie schleunigst wieder hinaus.

Auch eine andere Episode aus seiner Kindheit wird bei manchen Königsbergern Erinnerungen wecken, denn sie spielt in der Palaestra Albertina, dem kurz vor der Jahrhundertwende erbauten Haus des Sportes in der Fließstraße, das der Ertüchtigung der Studenten dienen sollte. Es galt mit seinen Turn- und Fechtsälen, den Tennisplätzen, der Kegelbahn und vor allem mit dem großzügigen Hallenbad für die damalige Zeit als vorbildlich, zumal es auch der Jugend zugutekam, denn schon die jüngsten Königsberger lernten dort schwimmen. Und zu diesen zählte auch der kleine Werner Mai, der über sein Erlebnis in der Palaestra so berichtet: „Ich stand am Beckenrand, als mich ein Erwachsener plötzlich packte, mich auf seine Schultern hob und dann rein ins Wasser! Es war mein Bruder Alfred, 20 Jahre älter als ich, der als Soldat Urlaub bekommen hatte. Als er erfuhr, wo seine Geschwister waren, kam er uns nach. Wir haben toll herumgetobt. Am anderen Tag stand ich als ‚Dreikäsehoch als Wasserreiter' in der ‚Königsberger Zeitung'. Da war ich aber stolz!" Solch ein Ereignis bleibt natürlich unvergessen.

Die Vergangenheit holt ihn aber auch auf problematische Weise ein, und die bezieht sich auf seinen Nachnamen. Der müsste auf „**May**" lauten, denn so hat sich die Königsberger Bäckerfamilie geschrieben. Aber irgendwer muss dann nach der Vertreibung aus dem „y" ein „i" gemacht haben, denn als im Jahr 1957 der 19-Jährige zum Eintritt in die Bundeswehr seine deutsche Abstammung belegen sollte, erhielt er auch aus Berlin die betreffende Bescheinigung, die allerdings auf den Namen „Werner Mai" lautete, den er dann auch behalten musste. Bis heute. Das will er nun ändern und bat uns, die betreffenden Namensträger aus dem Königsberger Adressbuch herauszusuchen. Ergebnis: Die Ausgabe von 1941 weist 68 unter diesem Namen eingetragene Königsberger Bürgerinnen und Bürger auf, darunter auch zwei Bäckermeister, von denen einer der Vater von dem 1938 geborenen Werner sein dürfte. Hoffentlich bekommt er nun seinen echten Namen ohne Schwierigkeiten zurück – und vielleicht noch ein paar entfernte Verwandte dazu, die von dieser Namenssuche lesen. Deshalb hier seine Anschrift: Werner Mai, Bürgermeister Balsstraße 8 in 82216 Maisach OT Malsching.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Wo die alte Grenze zu Westpreußen grüßen lässt

Auf dem Lindenhof von Lydia und Horst Zander in Schimmerwitz Wald

Ein Jahr ist vergangen, seit wir von Lydia und Horst Zander und ihrem Lindenhof in Hinterpommern ausführlich berichteten. Von der Mühe, der Arbeit, den Unmöglichkeiten, denen sie beim Auf- und Ausbau von Lydias väterlichem Hof ausgesetzt waren, aber auch von der Freude und Befriedigung über das Geschaffte. Der Bericht fand so viel Anklang, dass wir unsere Leserinnen und Leser auch weiterhin mit „Neuigkeiten vom Lindenhof" versorgten und daraus ergab sich wieder, dass alte und neue Freunde auf den einsamen Hof in Schimmerwitz Wald kamen, der nur einen Kilometer von der ehemaligen westpreußischen Grenze entfernt liegt. Da gab es manch freudiges Wiedersehen und ein ebenso freudiges Kennenlernen, wie Horst Zander in seinem Jahresrückblick erzählen kann – aber nicht von diesen Besuchen wollen wir berichten, sondern von der weiteren Entwicklung des Lindenhofes im vergangenen Jahr, die mit kleinen, mühsamen Schritten erfolgte. Lydia Zander hat über sie geschrieben, und wir wollen ihren Aufzeichnungen einige Passagen entnehmen, die Einblicke in das nicht leichte, aber ausgefüllte Leben der „Spätheimkehrer" geben. Lydia Zander schreibt:

„Nun geht in unserer Heimat ein weiteres Jahr dem Ende entgegen. Es war voller mühsamer Arbeit auf dem Hof und drum herum. Auch viel Freude war dabei, wenn ich sah, was alles getan wurde. Einen sehr notwendigen Vorbau vor der Haustür ließen wir errichten, damit es uns nicht in den Kragen regnet, wenn wir hinaus oder hinein wollen. Eine Ecke zwischen Haus und uraltem Pumpenhäuschen wurde überdacht. Den Boden habe ich mit Steinen vom ehemaligen Backofen ausgelegt. So entstand eine Nische zum Sitzen und auch mal was abzustellen. In der kalten Jahreszeit werden meine drei Katzen dort mit Futter versorgt.

Der alte Obstgarten ist nun abgezäunt, damit die Hühner einen großen Freilauf bekommen. Im Wonnemonat Mai haben wir mit Horst zehn Hühner in Säcken hier angeschleppt. Sie stammen aus einer Legefarm und waren alle zum Schlachten verdammt. Sie haben sich bei uns gut eingelebt und sind sehr fleißige Legehennen. Zahme Tiere sind es, die mir viel erzählen, was auf Gegenseitigkeit beruht. Den weiß-rot geperlten Hahn hat mir meine Nachbarin geschenkt. Er ist zu einem hübschen wachsamen Gockel über seine Damen geworden. Beim erwähnten Pumpenhaus waren wir gezwungen, eine neue Tür einzubauen. Die alte war im Lauf der Zeit so sehr ramponiert, dass Wind, Regen, Schnee und vierbeinige geheime Gäste Ein- und Ausgang hatten.

Im Sommer waren wieder unsere Freunde aus Deutschland bei uns mit ihrem ‚Schlafwagen'. Sie haben mit viel Ehrgeiz und Freude ein Herzhäuschen aus Holz gezimmert. Dies habe ich mir auf dem Hof schon immer gewünscht. Nun steht es stolz und prächtig dort, wo eins schon vor vielen Jahren stand. Was auch sehr wichtig ist für uns: Es wurde eine Grube für Abwasser vom Haus auf dem Gelände der alten Pferdekoppel meines Opas ausgehoben und ein sehr großes Sammelbecken eingelassen. Da ein ziemlich tiefes und breites Loch ausgegraben werden musste, habe ich den guten Mutterboden mit Hilfe meines Enkels verteilt. Unser Nachbar, der schon mit mir zur Schule ging, hat mir ein Stückchen Land urbar gemacht. Es liegt direkt hinter der Koppel, und er hat mitbekommen, was wir da getan haben. Er meint, das ist so eben wie auf einem Tisch geworden, das Gras wird sich nun gut mähen lassen. Es ist eine Anerkennung für mich, wie sie besser nicht sein kann. Mancher wird nun denken: Die hat ja nur noch gearbeitet. Es ist so, ich habe viel gearbeitet, aber nicht nur. Sehen und genießen kann ich noch die Schönheit der Natur, das saftige Grün und die leuchtenden Farben der Blumen, den blauen Himmel und das Weiß der Wolken. Dies sieht der Mensch nur in der Heimat, meiner pommerschen Heimat.



Über weites Land geht der Blick bis zur alten westpreußischen Grenze Bild: Horst Zander

Seit Ende Juli lebt mein einziger Sohn Robert bei uns im Haus. Er hat vor Jahren einen Verkehrsunfall mit schweren inneren Verletzungen überlebt. Seitdem muss er mit Schmerzen, die immer stärker werden, sein mühseliges Leben meistern. Er hat mit seiner Familie im Dorf Schimmerwitz gelebt, wo Horst und ich ihn immer wieder besucht haben, ehe wir hierher zogen. Als er jetzt zum Pflegefall wurde, haben wir beschlossen, ihn zu uns zu holen. Robert hat seine Kindheit hier in diesem Haus und auf dem Hof verbracht. Später, nach dem frühen Tod seines Vaters, sind wir zu zweit sehr oft zu meiner Mutter, seiner Oma, gekommen. Vor allem die Weihnachtsfesttage wurden in meinem Großelternhaus gefeiert. Und war es noch so einfach und karg, war der Frost noch so stark und Schneewehen so hoch, zu Hause ist zu Hause."

So verlebten nun auch die Bewohner vom Lindenhof das letzte Weihnachtsfest in alter Tradition und Geborgenheit.

Und nun bekommt unser alter Kollege Horst Zander das Wort, der zuerst auf seine Arbeit als Redakteur eingeht.

„Das Erscheinen der neuen Doppelfolge 19/20 meiner ‚Kösliner Nachrichten' am 21. November im zehnten Jahrgang ihres Bestehens war ein Anlass, endlich Briefpost zu beantworten, die schon lange unerledigt in einem Briefkorb lag. Wie in den ‚KN' erläutert, schaffe ich es hier in der Heimat nur mit Müh und Not, die Zeitschrift fertig zu stellen. Bisher erschien sie zweimal im Jahr, am 1. März und am 8. Oktober. Doch leider muss ich den Schreibtisch vernachlässigen, denn die Arbeit auf dem großen Grundstück nimmt vorläufig kein Ende.

Nach wie vor freue ich mich über Anrufer per Telefon. Da geschieht aber mitunter Seltsames. Glaubt der Telekom nicht, wenn gesagt wird: ‚Die Nummer ist uns nicht bekannt' oder ‚Der Teilnehmer ist nicht erreichbar.' Alles falsch! Die Fehler liegen bei den verschiedenen polnischen Netzsystemen. Wichtig: Ich bin nach wie vor unter der deutschen Handy-Nummer erreichbar (kein Festnetz möglich). Das Lebensmittelangebot hat sich seit meinem ersten längeren Aufenthalt 1993 in Hinterpommern enorm entwickelt. Es gibt fast alles zu kaufen, aber nicht alles entspricht meinem Geschmacksempfinden. Die einheimischen Wurstwaren lassen noch zu wünschen übrig, und polnische Käsesorten schmecken fast alle gleich. Negativ beurteile ich die polnischen Brotprodukte. Ich erkenne an, dass nun endlich auch Roggen- und Mehrkornbrote gebacken werden. Aber mit unserer deutschen Qualität kann ich sie nicht vergleichen. Polnische Brote entsprechen nicht unserem Geschmack. Damit habe ich Probleme.

In Schimmerwitz Wald machte ich die Erfahrung, dass man sich auch im Alter in seinem Verhalten umstellen kann. Ging ich im Westen, beruflich bedingt, erst gegen oder nach Mitternacht zu Bett und stand gegen 7 Uhr auf, so gehe ich hier schon kurz nach 22 Uhr schlafen und stehe um 6 Uhr auf, um den Tag zu nutzen. Das Arbeiten mit Holz ist meine Hauptbeschäftigung."

Der Horst nun wieder nachgehen kann, seitdem der abgetrennte Mittelfinger, mit dem er vor anderthalb Jahren in die Kreissäge geriet, nach einer Operation im Lauenburger Krankenhaus wieder angewachsen war.

Soweit einige Ausschnitte aus dem Jahresrückblick von Lydia und Horst Zander, der mit seinem letzten Satz in einen Ausblick übergeht: Herzliche Grüße und viele gute Wünsche für 2015 senden aus Hinterpommern Lydia und Horst Zander, Pieski 40, PL-84-313 Siemirowice/Pomorze – Telefon 0049/160/97 924 837. *R.G.*



ZUM 108. GEBURTSTAG

Lange, Hildegard, geb. **Dobrindt**, aus Wehlau, am 12. Januar

ZUM 102. GEBURTSTAG

Knapp, Charlotte, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 15. Januar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Haekel, Richard, aus Gollen, Kreis Lyck, am 10. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Winkler, Edith, geb. **Wedel**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 15. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Thiede-Klaiber, Gabriele, geb. **Tetzlaff**, aus Lötzen, am 2. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Christoph, Gertrud, geb. **Szabang**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 8. Januar
Trautmann, Marta, geb. **Kerwel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Granholm, Adolf, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 47, am 10. Januar
Mauer, Artur, aus Treuburg, am 11. Januar
Pichler, Helmut, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 3. Januar
Reinert, Elfriede, geb. **Freynik**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 12. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Becker, Willi, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Lau, Martha, geb. **Engelke**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 7. Januar
Tuchlinski, Erna, geb. **Schulenburg**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Voss, Esther, geb. **Schellwat**, verwitwete **Ochmann**, aus Insterburg und Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 12. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Frahm, Johanna, geb. **Hapke**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Jülich, Herta, geb. **Wippich**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 14. Januar
Lachenwitzer, Ursula, geb. **Mex**, verwitwete **Vogt**, aus Treuburg, am 16. Januar
Macht, Felicitas, geb. **Sakowski**, aus Germau, Kreis Samland, am 10. Januar
Mauritz, Gertrud, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 13. Januar
Müller, Vera, geb. **Milbrett**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Schenkewitz, Lotte, geb. **Kowalewski**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 10. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dombrowski, Heinz, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 10. Januar
Giese, Kurt, aus Treuburg und Berndhöfen, Kreis Lyck, am 15. Januar
Glashagel, Margarete, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 15. Januar
Gonska, Horst, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar
Krautscheid, Herta, geb. **Koprek**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. Januar
Marczinski, Arno W., aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg und Rundfließ, Kreis Lyck, am 29. Dezember
Masuch, Käthe, geb. **Lomoth**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 6. Januar
Neuland, Elsa, geb. **Wenzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. Januar
Rohn, Käthe, geb. **Podszun**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. Januar
Ruhstein, Elli, geb. **Wippich**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 16. Januar
Stankewitz, Ernst, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 15. Januar
Uszpelkat, Max, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Waschk, Susanne, aus Lyck, Am Rathaus 2, am 11. Januar
Witt, Frieda, geb. **Quednau**, aus Lyck, Yorkstraße 1, am 14. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Drebot, Gertrud, geb. **Seidler**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Heinemann, Ruth, geb. **Sütterlin**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 13. Januar
Knorr, Meta, geb. **Knorr**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Kowalzig, Horst, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Januar
Kröhnert, Gerda, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Laszig, Hedwig, geb. **Diehl**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 3. Januar
Malis, Hedwig, geb. **Neumann**, aus Radnicken, Kreis Samland, am 13. Januar
Marchlowitz, Heinz, aus Ortelsburg, am 14. Januar
Mühlfellner, Edith, geb. **Broszeit**, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 4. Januar
Müller, Edith, Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 15. Januar
Romanowski, Manfred-L. aus Wiesendorf, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar
Salecker, Kurt, aus Ebenrode, am 7. Januar
Sasse, Erna, geb. **Kriese**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 16. Januar
Scheller, Hildegard, geb. **Dronsek**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 16. Januar
Scheller, Hildegard, geb. **Kühn**, aus Hennenberg, Kreis Lyck, und Kreis Treuburg, am 16. Januar
Sembach, Ruth, geb. **Pilchowski**, aus Lyck, Blücherstraße 2, am 13. Januar
Sudau, Brigitte, aus Bieskobnicken, Kreis Samland, am 15. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Abendroth, Christel, geb. **Torner**, aus Lyck, am 15. Januar
Brosowske, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 15. Januar
Gatzke, Helene, geb. **Deckmann**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Gerhardi, Traute, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. Januar
Hoppe, Maria, geb. **Zidorn**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Jebramek, Edith, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Januar
Lehmann, Alfred, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar
Lorenz, Emil aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, am 3. Januar
Murr, Edith, aus Lyck, am 11. Januar
Nachtweyh, Waltraut, geb. **Zyiewitz**, aus Neidenburg, am 11. Januar
Plaga, Gerhard, aus Lyck, am 16. Januar
Rottschalk, Margarete, geborene **Werner**, aus Neukirch, im Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Stralla, Hildegard, geb. **Simanski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Weiß, Heinz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Altmeyer, Heinz, aus Lyck, am 14. Januar
Bieber, Elfriede, geb. **Kischkel**, aus Lyck, am 11. Januar
Daniels, Hildegard, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 11. Januar
Girth, Walter, aus Ruß, Kreis Heydekrug, am 13. Januar
Harder, Sigismund, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. Januar
Kowalewski, Siegfried, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Januar
Krause, Gertrud, geb. **Rehberg**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 10. Januar
Krupinski, Bruno, aus Rehfeld, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Kutnick, Gerda, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Liebert, Ursula, aus Lyck, am 11. Januar
Reichel, Helene, geb. **Lauff**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 10. Januar
Seiffert, Liselotte, geb. **Kanschat**, aus Treuburg, am 14. Januar
Skupsch, Werner, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar
Stengel, Grete, geb. **Blaurock**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 14. Januar
Wedler, Hermann, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 11. Januar
Wiese, Irmgard, geb. **Launus**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albat, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Januar
Beinert, Walter, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 3. Januar
Boe, Irene, geb. **Zöllner**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Januar
Brauch, Lonny, geb. **Stolz**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 15. Januar
Fiebig, Siegfried, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 5. Januar
Godau, Grete, geb. **David**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Gödecke, Gerda, geb. **Nötzel**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 13. Januar
Grunwald, Georg, aus Hütte, Kreis Elbing, am 16. Januar
Hasselberg, Leo, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 9. Januar
Hildebrandt, Anni, aus Heiligenkreutz, Kreis Samland, am 12. Januar
Hunze, Gertrud, geb. **Czayka**, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. Januar
Jansen, Hannelore, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 11. Januar
Kahl, Horst, aus Ortelsburg, am 15. Januar
Kirner, Magdalene, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Januar
Klewitz, Gerhard, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 1. Januar
Koschorrek, Horst, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 14. Januar
Kreutzer, Klaus, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 11. Januar
Lenz, Brigitte, geb. **Link**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 12. Januar
Ludwig, Charlotte, geb. **Britschin**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 9. Januar
Lukas, Hedwig, geb. **Brosda**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. Januar
Martens, Gerda, geb. **Herrmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Januar
Möller, Hannelore, geb. **Serrek**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 14. Januar
Müller, Werner, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 13. Januar
Papajewski, Heinz, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 14. Januar
Pidun, Willy, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 11. Januar
Sanden, Helmut, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 11. Januar
Sauerteig, Ilse, geb. **Braeuer**, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 11. Januar
Schultz, Willy, aus Wehlau, am 14. Januar
Schulz, Hans-Jürgen, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 13. Januar
Schulz, Paul, aus Garbseiden, Kreis Samland, am 10. Januar
Taucher, Ursula, geb. **Mattulat**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Vent, Annilore, geb. **Schiffke**, aus Wehlau, am 12. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bareiß, Hannelore, geb. **Schenk**, aus Kleinsommershöfen, Kreis Elchniederung, am 3. Januar
Becker, Lydia, geb. **Jeromin**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 11. Januar
Besken, Ruth, geb. **Seelow**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar
Bieder, Horst, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 9. Januar
Brangewitz, Willi, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar
Busch, Ursula, geb. **Sakrzewski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 13. Januar
Christochowitz, Heinz, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 11. Januar
Falkenau, Kurt, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 10. Januar
Fischer, Gerda, geb. **Heller**, aus Krattlau, Kreis Samland, am 10. Januar
Gritzo, Siegfried, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 15. Januar
Gudat, Martha, geb. **Zielassek**, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 11. Januar
Heinrich, Rosemarie, geb. **Tiegs**, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 13. Januar
Holubink, Lilly, geb. **Lipinski**, aus Groß Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar
Jeschik, Karl, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 14. Januar
Köhn, Gertrud, geb. **Holtey**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 4. Januar
Kowallik, Ruth, geb. **Laskowski**, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 14. Januar
Kristandt, Erna, aus Peyse, Kreis Samland, am 11. Januar
Kunz, Walter, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 8. Januar
Lenski, Dietrich, aus Königsberg, am 9. Januar
Matten, Heinrich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 16. Januar
Matzke, Erna, geb. **Orlowski**, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, am 9. Januar
Nötzel, Gisela, geb. **Schmitt**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar
Pareigat, Dieter, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 7. Januar
Paukstat, Helmut, aus Klein Warnau, Kreis Lötzen, am 4. Januar
Schönherr, Marianne, geb. **Glowatz**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 15. Januar
Siegmon, Edith, geb. **Augustin**, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 15. Januar
Splettstößer, Adeltraut, geb. **Lietke**, aus Kirpehnen, Kreis Samland, am 11. Januar
Stöllger, Ulrich, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Terner, Alfred, aus Ebenrode, am 15. Januar
Ullmann, Elfriede, geb. **Brandtner**, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 12. Januar
Vogeè, Dieter und Jürgen, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 2. Januar
Waschkewitz, Paul, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Januar
Waschnewski, Heinrich, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 16. Januar
Wedler, Harry, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, am 7. Januar
Widder, Willi, aus Hohenwalde und Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 13. Januar
Winter, Heinz, aus Gehmau, Kreis Ebenrode, am 6. Januar
Zachrau, Hermann, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Both, Manfred, aus Ortelsburg, am 3. Januar
Brost, Wilhelm, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. Januar
Budischewski, Günther, aus Urbanken, Kreis Treuburg, am 13. Januar
Deptolla, Bernhard, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar
Frütel, Waltraud, geb. **Kurscheit**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 7. Januar
Gosdzinski, Brigitte, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 3. Januar
Heims, Fritz, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 8. Januar
Hoffmann, Lothar, aus Königsberg, Donaustraße 15, am 10. Januar
Jurklies, Lothar, aus Allgau, Kreis Elchniederung, am 8. Januar
Kiaulehn, Horst, aus Brüsterort, Kreis Samland, am 14. Januar
Kniep, Gerda, geb. **Haack**, aus

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Termine der LO

Jahr 2015

7. bis 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter, Bad Pyrmont.
13. bis 15 März: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
11. bis 12. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13. bis 15. April: Arbeitstagung der Landesfrauen, Bad Pyrmont.
22. bis 25. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Grünhayn, Kreis Wehlau, am 10. Januar

Lüchau, Sabine, geb. **Goldenbaum**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 11. Januar

Luig, Christel, geb. **Marquardt**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 9. Januar

Lumma, Winfried, aus Rastenburg, am 16. Januar

Meschkat, Dieter, aus Kleinheidenstein, Kreis Elchniederung, am 9. Januar

Nyvlt, Erika, geb. **Schulz**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 11. Januar

Rautenberg, Heinz, aus Gutten, Steintal und Lötzen, 15. Januar

Rosenberger, Edeltraut, geb. **Andreas**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 16. Januar

Stanko, Hartmut, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 10. Januar

Taday, Irmgard, geb. **Kosiath**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 4. Januar

Taudien, Christel, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 14. Januar

Vaak, Günter, aus Budeweg, Kreis Elchniederung, am 9. Januar

Waschnewski, Kurt, aus Lykusen, Kreis Neidenburg, am 12. Januar

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 10. Januar, 14.30 Uhr, Einsfestival: Der Mann, der Old Shatterhand war – Karl May – ein Porträt.

Sonnabend, 10. Januar, 18.25 Uhr, Das Erste: Die Mannschaft. Dokumentation über den Fußballweltmeister 2014.

Sonnabend, 10. Januar, 18.30 Uhr, 3sat: Die Callcenter-Falle – Abzocke am Telefon.

Sonnabend, 10. Januar, 18.30 Uhr, Hessen: Die Zarinnen aus Hessen.

Sonnabend, 10. Januar, 20.15 Uhr, Arte: Napoleon Bonapartes Russland-Feldzug. Doku-Fiktion, F 2014.

Sonnabend, 10. Januar, 20.15 Uhr, ZDFneo: Tannbach – Schicksal eines Dorfes. TV-Drama, D/CZ 2015.

Sonnabend, 10. Januar, 20.15 Uhr, ZDFinfo: Mythen der Geschichte (11): Die Bundeslade.

Sonnabend, 10. Januar, 21 Uhr, ZDFinfo: Mythen der Geschichte (3): Das Bernsteinzimmer.

Sonnabend, 10. Januar, 23.05 Uhr, n-tv: Die Wolfsschanze – Hitlers geheimes Hauptquartier.

Sonnabend, 10. Januar, 1.25 Uhr, Arte: Enstation Sehnsucht. Drama, USA 1951.

Sonntag, 11. Januar, 20.15 Uhr, NDR: Landpartie: Pommersche Bucht – Unentdecktes Paradies an der Ostsee.

Sonntag, 11. Januar, 21.47 Uhr, SWR/SR: Die Geschichte der Zeppeline – Vom Bodensee in alle Welt. Dokumentation, D 2014.

Montag, 12. Januar, 15 Uhr, Einsfestival: Die Klüngel-Republik

Montag, 12. Januar, 17.25 Uhr, Arte: Die ersten Windsors (1/2): King George V.

Montag, 12. Januar, 20.15 Uhr, Bayern: Jetzt mal ehrlich: Krankenhauskeime: Haben wir kapituliert?

Montag, 12. Januar, 22.45 Uhr, Das Erste: Jagd auf Snowden – Wie der Staatsfeind die USA blamierte.

Dienstag, 13. Januar, 22.45 Uhr, RBB: Die Stasi in West-Berlin. Dokumentation, D 2010.

Mittwoch, 14. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Katharina die Große – Die Zarin aus Zerbst. Dokumentation, D 2006.

Donnerstag, 15. Januar, 15.30 Uhr, ZDFneo: Verführer Supermarkt – Wie der Kunde getäuscht und betrogen wird.

Freitag, 16. Januar, 3sat: 21 Uhr, 3sat: makro: Die Steuertricks der Multis.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Bund Junges Ostpreussen

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Bad Pyrmont – Freitag, 20. bis Sonntag, 22. Februar, Ostheim: BJO-Frühjahrsseminar mit den Themen „2015 – Jahr der Jahrestage: Deutschland und (die) Ostpreußen im 20. Jahrhundert“. Die bekannte DDR-Bürgerrechtlerin und ehemalige Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld zieht eine Bilanz zur Aufarbeitung des SED-Unrechts im Jahr 2015, während Dr. Heike Amos vom Institut für Zeitgeschichte auf die Aktivitäten der Staatssicherheit der DDR in Bezug auf die Vertriebenen eingeht. Der Altsprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, und der LO-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Manfred F. Schukat, können uns aus erster Hand über die Bedeutung des Mauerfalls für die Vertriebenen informieren. Dabei werden persönliche Erfahrungen aus der Zeit der DDR ebenso in den Fokus genommen wie die Herausforderungen diesseits und jenseits von Oder und Neiße nach 1990. Dr. Walter T. Rix teilt seine Erkenntnisse zum Ersten Weltkrieg in Ostpreußen mit uns, während wir zu den Geschehnissen im Frühjahr 1945 noch einmal Zeitzeugen zu Wort kommen lassen möchten. Auskünfte und und Anmeldung bei Jochen Zauner unter Presse@Ostpreussen-NRW.de.

Baden-Württemberg

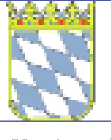
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Donnerstag, 8. Januar, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Stammtisch und BdV-Neujahrsumtrunk – Jeden dritten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Begegnungshaus, Friedrichstraße: Treffen des Ostdeutschen Lesekreises.

Ludwigsburg – Donnerstag, 15. Januar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Ulm – Sonnabend, 10. Januar, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 14. Januar, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe mit einer Rückschau auf das vergangene Jahr und dem Gedenken an Lieselotte Westphal, die am 5. Januar 2014 im Alter von 84 Jahren verstarb. Danach werden Wintergeschichten und Gedichte vorgelesen sowie liebe Erinnerungen aus der Heimat getauscht.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Sonnabend, 10. Januar, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Jahreshauptversammlung.

München – Sonnabend, 24. Januar, 14.30 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: „Danzig meine Heimatstadt“ – Vortrag mit Bildpräsentation von Rafael Brutzki, dem stellvertretenden BJO-Bundesvorsitzenden. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Weiden – Sonntag, 1. Februar, 14.30 Uhr, Café Mitte, Am Stokkerhutpark 1, 92637 Weiden: Nächstes Treffen.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Frauengruppe – Mittwoch, 14.. Januar,13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Rechenschaftsbericht und Kassenbericht. Danach Gedichte zum Jahrswechsel. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 771 23 54.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

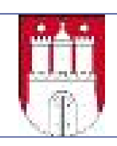
Landesgruppe – Schon wieder liegt ein Jahreswechsel hinter uns! Möge das neue Jahr Ihnen Gesundheit und die Erfüllung Ihrer Wünsche bringen. Vor allem aber wünschen wir uns allen gute Gesundheit und die Bewahrung des Friedens in einer unruhiger gewordenen Welt.

Im vergangenen Jahr war der 50. Todestag Agnes Miegels ein wichtiger Gedenktag für die Bremer Ostpreußen. Agnes Miegel steht für einen bedeutenden Beitrag Ostpreußens zur deutschen Literatur. Leider wurde ihr Andenken gelegentlich böswillig verunglimpft; auch in Bremen. Ihre formelle Mitgliedschaft in der NSDAP und ein „Huldigungsgedicht“ für Hitler werden nicht im zeitlichen Kontext hinterfragt, sondern grob vereinfachend zur Selbstprofilierung der meist literaturfernen „Ankläger“ benutzt. Die Vertreter der Landesgruppe hatten sich vorgenommen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, gegen diese Böswilligkeit anzugehen und waren überrascht, sogar einen bremischen Bezug Agnes Miegels zu entdecken. Informationen zur Freundschaft Agnes Miegels mit der Bremer Schriftstellerin Alma Rogge verdanken wir einem wunderbar erarbeiteten Vortrag, den die Literaturwissenschaftlerin und Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft Dr. Marianne Kopp während unserer Veranstaltung zum Sommerausklang am 7. September 2014 gehalten hat. Was wir von ihr erfuhren, erschien uns so bedeutend und wichtig, dass wir uns entschlossen, den Vortrag für alle, die ihn nicht hören konnten, aber auch für die Nachwelt, gemeinsam mit der Agnes-Miegel-Gesellschaft zu veröffentlichen. Mit dem so entstandenen Heftchen sind wir dann „für Agnes Miegel auf die Straße gegangen“ und haben es in alle 56 Briefkästen der Bewohner der Bremer Agnes-Miegel-Straße verteilt. Die dort wohnenden Menschen sollen zukünftig über Informationen verfügen, wenn vielleicht wieder einmal eine Diskussion um eine Umbenennung dieser Straße begonnen werden sollte.

Leser der *PAZ*, die Interesse an Agnes Miegel haben, können noch vorhandene Exemplare der Schrift: Marianne Kopp, – „So von Herzen lachen kann ich bloß mit Dir – Agnes Miegel und ihre Freundschaft mit Alma Rogge” - zum Einzelpreis von 2 Euro zuzüglich Porto bei der Geschäftsstelle der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen e.V., Parkstraße 4, 28209 Bremen, gerne anfordern.



Frauengruppe – Jeder 3. Donnerstag im Monat, 15 Uhr, Hotel zur Post, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen: Gemeinsames Treffen.



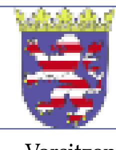
Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

BEZIRKSGRUPPEN

Bergedorf – Freitag, 23. Januar, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Neujahrsempfang der Frauengruppe.

Harburg – Sonntag, 11. Januar, 11 Uhr, St. Johanneskirche Harburg: Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält die Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss wird zum Gespräch bei Kaffee, Tee und Gebäck in das Gemeindehaus eingeladen. Verwandte, Freunde und Bekannte sind herzlich zur Veranstaltung eingeladen.



Hessen

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 17. Januar, Luise-Büchner-Haus, Grundweg 10, Darmstadt-Kranichstein: Erstes Treffen im neuen Jahr mit einem Beitrag über Agnes Miegel „die „Mutter Ostpreußens“. Alle Mitglieder der Landsmannschaft, sowie interessierte Gäste, sind herzlich eingeladen.

Wetzlar – Montag, 12. Januar, 19 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Jahreshauptversammlung.

Wiesbaden – Dienstag, 13. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Heimatnachmittag der Frauengruppe.

Sonnabend, 17, Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Das erste Monatstreffen in 2015 ist der Heimat gewidmet. Es gibt Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute zu hören. Zudem ist etwas über das derzeitige Geschehen in Ost- und Westpreußen zu erfahren. Wer selbst etwas zum Nachmittag beitragen möchte, seien es Erzählungen, Gedichte und/oder Informationen und Bilder, meldet sich bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358.

Hannelore Neumann wird zudem weitere Einzelheiten zum Projekt „Die Kinder Königsbergs“ bekanntgeben: In einer Dokumentation soll das Schicksal von Königsberger Kindern geschildert werden, deren Eltern tot oder verschleppt waren, und die dann allein in der zerstörten Stadt lebten. Die Erlebnisse sollen gesammelt und dann gedruckt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Wer sich schon vorher informieren möchte oder Material beisteuern kann: Berichte Königsberger Mitbürger, die in dunkler Zeit als Kinder im Raum Königsberg gelebt haben erbittet Ingrid von der Ohe, Mittelweg 6, 21391 Reppenstedt, Telefon (04131) 63202.

Donnerstag, 22. Januar, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach; Stammtisch. Anmeldungen bitte bis spätestens Freitag 16, Januar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.

– Bericht –

Beim letzten Monatstreffen lud der Vorsitzende, Dieter Schetat, zu einer Bilderreise nach Masuren und in die Kaschubische Schweiz ein. Hier ein kurzer Abriss seines stimmungsvollen Vortrages: Bevor es in das „Land der tausend Seen“ ging, beeindruckte die westlich von Danzig gelegene Hügellandschaft mit ihren Wäldern und unzähligen kleinen Seen. Von der Lebensweise und Kultur der slawischen Volksgruppe erzählt das kaschubische Museum in Karthaus. Dort fallen die klassischen Stickereien in den sieben Farben und die seltsamen Musikinstrumente wie Teufelsgeige und Brummbass ins Auge.

In Elbing, das 1945 nur noch in Trümmern lag, blieb der 95 Meter hohe Turm der Nikolaikirche wie ein Wunder stehen. Heute zieren neue bunte Häuserfronten den Alten Markt im Bereich des Markttors. Wenige Meter dahinter setzt man das Privathaus der Familie Schichau wieder instand.

Lebhaftes Treiben zeigt sich in Allenstein, der größten Stadt des Ermlandes und Wirkungsstätte Nikolaus Copernicus. Ausgrabungen am Stadttor zeugen offensichtlich von historischen Funden.

Als nächste Ortschaften, die endlose Tunnel uralter Alleen verbinden, sahen die Besucher die Försterei Kleinort, den Geburtsort des Dichters Ernst Wiechert, und Sorquitten mit der einzigartigen barocken Innenausstattung der evangelischen Kirche: hervortretend der Schnitzaltar mit masurischen Elementen und der schwebende Taufengel.

In Eckertsdorf, dem Mittelpunkt der damaligen Philiponenkolonie, lädt die russisch-orthodoxe Kirche am Dußsee mit ihren wertvollen Ikonen zum Besuch ein. Den Zauber des kleinen beschaulichen Flüsschens Kruttinna lässt eine Stakenbootfahrt erleben, wenn sich Baumkronen über dem glasklaren Wasser zu einem grünen Tunnel schließen und tiefblaue Libellen neben den Holzbooten schwirren.

Der wohl bedeutendste Wallfahrtsort in Masuren und im Ermland ist die barocke Basilika Heilige Linde mit der berühmten Orgel von Johann Josua Mosengel aus Königsberg, bei deren Spiel sich zahlreiche Figuren im Takt der Musik bewegen und Instrumente spielen. In einigen mitgeschnittenen Filmaufnahmen des Referenten konnten die Zuhörer das faszinierende Schauspiel miterleben. In Nikolaiken sichert der an der Brücke angekettete Stinthengst den Fischern guten Fang. Auch im Stadtbild ist das Sagentier des Öfteren anzutreffen.

Masuren ist immer noch Heimat der Wisente. Im Borkener Wald der Rominter Heide, wo 80 bis 90 reinrassige Tiere ausgebracht sind, konnten die Zuhörer einige der stattlichen Bullen in der Bildfolge betrachten.

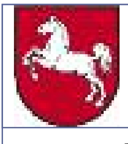
Sichtbare Fortschritte macht die Restaurierung des Schlosses der Grafen Lehndorff in Steinort am Mauersee; doch bei vielen notwendigen Baumaßnahmen hapert es dem Vernehmen nach noch am nötigen Geld.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Ein Stück altes Ostpreußen vermittelt das kleine masurische Heimatmuseum der Familie Dickti in ihrem 200 Jahre alten Bauernhaus in Zondern, ausgestattet mit altertümlichen Möbeln, Bildern und Haushaltsgegenständen. In Anwesenheit des Schriftstellers Arno Surminski waren die Ausstellungsräume seinerzeit eingeweiht worden.

Im Laufe der Jahre hat sich in Masuren so manches verändert, aber geblieben ist die Einzigartigkeit und Schönheit der Landschaft mit den abertausend Seen, die man in Fülle auch von der Jägerhöhe bei Angerburg im Auge hat, und die von Schetat in stimmungsvollen Bildern eingefangen waren.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 15, Januar, 15 Uhr, Begegnungsstädte Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen der Landmannschaft der Ost- und Westpreußen.

Osnabrück – Dienstag, 13. Januar, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenthaller Weg 152: Kegeln.

Freitag, 16. Januar, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43; Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 15. Januar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis ostpreußisches Platt – Donnerstag, 22. Januar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Essen – Freitag, 16. Januar, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Vortrag „Zehn Tage in Sorquitten“ von Anneliese und Bernhard Kehren.

Dortmund – Jeden dritten Montag im Monat, 14 bis 17 Uhr, Landgrafenschule, Eingang Märkische Straße, 44139 Dortmund: Treffen der Frauengruppe. Gäste sind willkommen.

Düsseldorf – Donnerstag, 15. Januar, 10 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Tagung der Arbeitsgemeinschaft Ostdeutscher Museen zum Thema „Heimatstuben und Sammlungen in NRW“ – Sonntag, 18. Januar, 16.30 Uhr, Raum 412, G e r h a r t - H a u p t m a n n - H a u s (GHH), Bismarckstraße 90: „Die Ratten von Gerhart Hauptmann“, Vortrag von Winfried Halder – Montag, 19. Januar, 19 Uhr, Ausstellungsraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Ausstellungseröffnung „Erinnertes leben – gelebte Erinnerung“ von Arno Surminski.

– Bericht –

Liebe Landsleute, liebe Freunde und Förderer, das Jahr 2014 war für die Kreisgruppe ein Jahr schöner Gemeinsamkeiten. Es gelang, im Mai am gut besuchten Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel teilzunehmen, wo wir in unmittelbarer Nähe ein Trakehnergestüt besichtigten. Im Juni fuhren wir zum schönen Kleve an den Niederrhein und nahmen an einer hochinteressanten Führung durch das Landwirtschaftszentrum Haus Riswick teil. Wir blieben am Niederrhein, besuchten Brügge und Camp Lintfort. Hier befand sich einst die älteste Zisterzienser-Abtei Deutschlands, wo nach alten Aufzeichnungen der Terrassengarten wieder angelegt worden ist.

Wir sahen uns noch in Bochum die alte Stiepeler Dorfkirche und das große Universum im neuen Planetarium an. Dabei kamen unsere kleinen Wanderungen zu den Heimatmuseen nicht zu kurz.

Der Karnevalsnachmittag, das Erntedankfest – zusammen mit den Pommern und Schlesiern veranstaltet – waren gut besucht. Im Dezember bauten wir unseren Weihnachtsmarkt auf mit unserer Heimatliteratur, den Landkarten, dem Marzipan und Pillkaller, und nicht zu vergessen die Schabberecke mit dem selbstgebackenen Kuchen.

Nebenbei sangen wir mit der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpeußen-Sudetenland“ auf landsmannschaftlichen Weihnachtsfeiern und zum Weihnachtsgottesdienst in der Kirche, wo wir mit großem Applaus bedacht wurden. Am 14. Dezember fuhren wir mit einem 50er-Bus zur „Ostdeutschen Weihnachtsfeier“ nach Schloss Burg. An dieser Fahrt haben sich die Schlesier und Pommern beteiligt und Werbung betrieben.

1951 widmete der Schlossbauverein den Batterieturm von Schloss Burg zu einer „Gedenkstätte des deutschen Ostens“ um und Bundespräsident Theodor Heuss hielt bei der Einweihung seine erste Rede an die Heimatvertriebenen.

Zum ersten Mal seit Kriegsende wurden drei ostdeutsche Glocken geläutet, die Silberglocke aus dem Königsberger Dom und zwei Glocken aus der St. Jakobus Kirche zu Breslau (vom Hamburger Glockenfriedhof hierher geholt). „Die Glocken“, so sagte Bundespräsident Heuss, „sollen die Seelen derjenigen trösten und festigen, die durch unmenschliche Machtentscheidung zur Heimatlosigkeit verurteilt worden sind. Das deutsche Volk werde das Recht auf den deutschen Osten nicht preisgeben, aber der Weg dorthin dürfe nicht an frischen Soldatengräbern vorbeiführen.“

Abschließend möchte ich allen Spendern unseren innigen Dank sagen. Mit Ihrer Hilfe ist es uns gelungen, unsere Landsmannschaft aufrechtzuerhalten, und wir bitten Sie, uns weiterhin zu unterstützen und nicht im Stich zu lassen. Trotz unserer ehrenamtlichen Arbeit fallen Druck- und Versandkosten, Telefongebühren und mehr an, die beglichen werden müssen. Ich wünsche Ihnen allen Gesundheit und Gottes Segen im neuen Jahr 2015.

Für den Vorstand Edith Koitka

Köln – Dienstag, 20. Januar, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41-43 (Die Zufahrt mit dem Pkw ist wegen fehlender Parkmöglichkeiten nicht empfehlenswert. Günstiger sind die Linien der KVB Nummer 1, 7, und 9): Treffen der Ostpreußenrunde zur monatlichen Versammlung.

Remscheid – Jeder zweite Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der evangelischen Johannes-Kirchengemeinde in der Eschenstraße: Treffen der Frauengruppe. Jeder dritte Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, „Zunftstuben“, Palmstraße 10: Treffen der Ostpreußenrunde.

Witten – Montag, 19. Januar, 14,30 Uhr, Versammlungsraum der Evangelisch-Lutherischen Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Vorstellung des Jahresprogramms. Danach der Vortrag: „Der große Angriff durch die Rote Armee in Ostpreußen“.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 10. Januar, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Jahreshauptversammlung

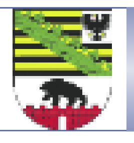
– Bericht –

Grußwort und Veranstaltungshinweise von Johannes Freitag, Vorsitzender der Kreisgruppe Mainz/Stadt: Schon hat das neue Jahr 2015 begonnen. So wünsche ich Ihnen einen guten Anfang. Ebenso wünsche ich (Ihren Lieben mit Kindern und Enkelkindern ein gutes und gesundes neues Jahr 2015. Etwa 69 Jahre sind vergangen, seitdem uns Flucht, Vertreibung, Verschleppung und vielfache Mühsal durch Zwangsarbeit angetan wurden. Die Erinnerung an unsere Heimat Ostpreußen lebt in uns wie eine moralische Forderung fort. Wir stehen stolz zu unserem Heimaterbe und geben es pflichtbewusst an die nachwachsende Generation weiter.

Besinnlich feierten wir am 29. November in der Mundus Residenz den Advent und jetzt am 10. Januar halten wir unsere Jahreshauptversammlung und anschließend närrischen Heimatnachmittag mit Kreppelkaffee.

Sodann darf ich schon jetzt auf unseren Heimatnachmittag am 7. März mit einer Biografie über „Ähnchen von Tharau“ und am 16. April den Videofilm „Ostern in Ostpreußen“ hinweisen. Ferner am 21, Mai auf die „Skatertour von Mainz nach Masuren“. Am 18. Juni fahren wir per Zug zum Weingut Rapp nach Ebernburg.

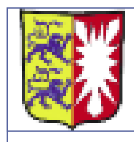
Vielen Dank für die Teilnahme an unseren Heimatnachmittagen. Wir werden auch im Jahr 2015 Unterhaltsames und Lehrreiches bringen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Sonntag, 11. Januar, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: „Winter in der ostpreußischen Heimat“,



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Donnerstag, 8. Januar, 17 Uhr, „Neue Mensa“, Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule, Schulstraße 8–10, Bad Schwartau: Traditionelles Fleckessen (Alternativ gibt es Gulaschsuppe). Durch den Nachmittag begleitet der Entertainer Erwin Haase – ein Bad Schwartauer Ostpreuße, der weiß, was Ostpreußen bei solchen Gelegenheiten gern hören und singen. Und wer noch nie einen Pillkaller getrunken hat, kann am 8. Januar beim Fleckessen diese Wissenslücke schließen. Da sich beim Adventsnachmittag nicht alle eingetragen haben, bitte bald bei Gisela Rowedder Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau Telefon (0451) 26706 anmelden. Gäste sind herzlich willkommen!

Fehmarn – Dienstag, 13. Januar, 15 Uhr, „Haus im Stadtpark“, Burg: Treffen der Landmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig. Hartmut Steffen, Leiter der Polizeistation in Burg, berichtet an diesem Nachmittag über den „Enkeltrick“. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Winfried Brandes, Vorsitzender des Kreisverbandes Vereinigte Landsmannschaften Flensburg, über die Änderungen im Jahr 2014: Der Vorsitz des Kreisverbandes Vereinigte Landsmannschaften Flensburg wurde von Wilfried Pollack, Flensburg, an Winfried Brandes, Harrislee, übergeben. Die Stellvertreterin ist Edelgard Fischer, Schatzmeisterin Birgit Hein, Schriftführerin Renate Kunde, Beisitzerin Inga Kanstorf und Waltraut Christiansen. Das Amtsgericht Flensburg hat diesen neuen Vorstand registriert. In diesem Kreisverband sind auch alle Damen und Herren der ehemaligen deutschen Ostprovinzen einbezogen. Sie sind schon vor langer Zeit in der pommerschen und ostpreußischen Landmannschaft durch diesen Verband vereint.

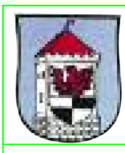
Kiel – Sonntag, 18. Januar, 10 Uhr, Haus der Heimat: Preußentag. Auf dem Programm stehen folgende Vorträge: Gisela Harder, „Rund um das Trakehner Pferd“, Peter Gerigk, „Bericht von der Ostpreußischen Landesvertretung in Bad Pyrmont“, Professor Detlev Kraak, „Die Preußen kommen – Deutsch-Dänischer Krieg in Schleswig-Holstein (1864)“.

Neumünster – Mittwoch, 14. Januar, 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz, Kantplatz 1, 24537 Neumünster: Dia-Vortrag „Eine Reise durch das nördliche Ostpreußen“.

Pinneberg – Sonntag, 11. Januar, 15 Uhr: Filmvortrag „Ostpreußischer Winter“ von Dr. Hinkelmann. Voranmeldung unter Telefon (04101) 62667 oder (04101)

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Es ist zur Tradition geworden, dass wir das neue Jahr mit einer heimatpolitischen Tagung einleiten. Die Tagung findet vom Sonnabend, 21., bis zum Sonntag, 22. Februar. in 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16, Theodor-Heuss-Schule, statt. Die Theodor-Heuss-Schule befindet sich neben dem Ratsgymnasium. Zu der Auftaktveranstaltung laden der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger der Angerburger und die Kreisgemeinschaft Angerburg geschichtlich und kulturell interessierte Ost- und Westpreußen und deren Nachkommen sowie die Freunde der Angerburger aus nah und fern sehr herzlich ein.

Für die Tagung konnten wir wieder kompetente Referenten gewinnen. Am 21. Februar 2015 ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee/Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Teilnehmer in der Aula der Theodor-Heuss-Schule wird Dr. Dr. Wolfgang Dörfler mit seinem Referat „Das junge Land Niedersachsen und die Heimatbewegung“ die Tagung einleiten. Nach einer kurzen Pause hören wir einen Vortrag von Hartmut Vollmer „Die Ablösung der Grundherrschaft in der Börde Sittensen“. Nach den Vorträgen ist eine kurze Aussprache vorgesehen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und guten Gesprächen in angenehmer Atmosphäre mit interessanten Gesprächspartnern lassen wir bei einem Glas Wein den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 22. Februar, wird die Tagung um 9.30 Uhr mit einem Vortrag von Archäologieoberrat Dr. Stefan Hesse „Moorleichen – Germanen – Burgen. Aktuelle archäologische Projekte im Landkreis Rotenburg“ fortgesetzt.

Mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder» wird die Tagung gegen 12 Uhr beendet sein. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldungen, für das Elchbratenessen zum Preis von 25 Euro pro Person und für eventuelle Übernachtungswünsche, bis spätestens 15. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg.

Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Außerordentliche Versammlung

Zur außerordentlichen Mitgliederversammlung lädt die Heimatkreisgemeinschaft am Mittwoch, 4. Februar, in den Raum des Heimatvereins Wunstorf im Alten Rathaus, Südstraße 1, in 31515 Wunstorf ein. Tagungsbeginn ist um 16.30 Uhr. Das Sitzungsende ist gegen 19 Uhr vorgesehen. Wir möchten darauf hinweisen, dass gemäß unserer geltenden Reisekostenrichtlinie keinerlei Reisekosten der Teilnehmer im Zusammenhang mit der Mitgliederversammlung durch die Heimatkreisgemeinschaft übernommen werden. Die Tagesordnung:

1) Eröffnung der Sitzung
2) Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung
3) Feststellung der Zahl der stimmberechtigten Mitglieder
4) Genehmigung der Tagesordnung
5) Beschlüsse
5.1. Beschluss über das Stiftungsgeschäft der Stiftung Kreis Gerdauen
5.2. Beschluss über die Satzung der Stiftung Kreis Gerdauen
6) Anfragen und Anregungen
7) Schließung der Sitzung

Die Entwürfe von Stiftungsgeschäft und Stiftungssatzung, wie sie der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden, werden im Heimatbrief Kreis Gerdauen Nr. 54 (Dezember 2014) abgedruckt. Teilnahme- und stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen e.V. gemäß § 2 der Satzung der Heimatkreisgemeinschaft in der Fassung vom 29. September 2012.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt-Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@kreis-gumbinnen.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

Neuer Vorstand

Mit dem Jahr 2015 beginnt eine neue Legislaturperiode in der Kreisgemeinschaft Gumbinnen. Der langjährige Vorsitzende E k - kard Steiner stand für eine weitere Kandidatur nicht mehr zur Verfügung, so dass es zu einem Wechsel im Vorstand kam. Auch Artur Meitsch schied nach fast 20 Jahren als Schatzmeister aus. Neu gewählt wurden:

Erste Vorsitzende: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt-Wieren

Stellvertreter: Walter Fenselau, Höhenweg 18, 31303 Burgdorf

Schriftführerin: Helga Roths, Escherheimer Landstraße 311, 60320 Frankfurt a. M.

Schatzmeisterin: Maria Deutschmann, Auestraße 5, 52382 Niederzier

Schriftleiter und Homepage: Horst Deutschmann, Auestraße 5, 52382 Niederzier

Kreisdatei/Daten/Genealogie: Klaus Stephan, Tengshausen 15, 26434 Wangerland

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Digitales Archiv: Gerhard- D. Thies, Matthias-Grünewald-Str.34a, 31515 Wunstorf

Auch die Posten für die Vertreterinnen und Vertreter für Stadt und Kreis Gumbinnen konnten wieder besetzt werden, ebenso der Beirat der „Stiftung Gumbinnen“.

Selbst wenn ein vollständiger Geschäftsführender Vorstand mit Orts- und Kirchspielvertretern zur Verfügung steht, darf das nicht darüber hinweg täuschen, dass sich die Altersschraube dreht. Auch wenn für die nächsten fünf Jahre die Arbeit in der Kreisgemeinschaft Gumbinnen wie bisher fortgeführt werden kann, muss an strukturellen Veränderungen gearbeitet werden. Eine Herausforderung, der sich wohl alle Kreisgemeinschaften stellen müssen. Neben dieser Zukunftsaufgabe gibt es allerdings gegenwärtig noch genug Arbeit zu bewältigen, vorrangig bei der Intensivierung der Mitgliederbetreuung, aber auch der Stärkungder Zusammenarbeit mit der Stadt Gusev/ Gumbinnen und die weitere Ausgestaltung des Museums dort zur Sicherung des kulturellen Erbes sowie die Einbindung der Patenstadt Bielefeld in diese Aufgabe.

Karin Banse



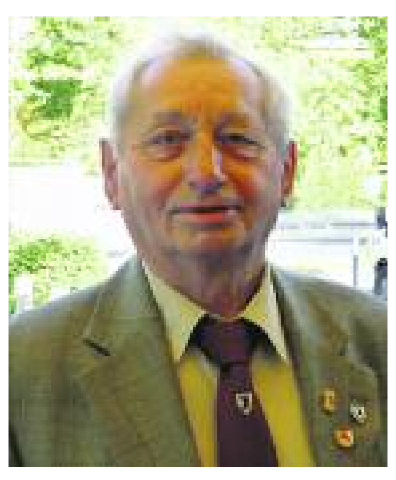
HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Gratulation zum 80. Geburtstag

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft gratuliert Otto Ferdinand Grohnert recht herzlich zum 80. Geburtstag.

Geboren wurde Otto Ferdinand Grohnert am 2. Dezember 1934 in Königsberg. Er wohnte mit seinen Eltern Rudolf Grohnert und Eva Margarete Gertrud, geborene Pietsch, in Barsen, Kirchspiel Pörschken, Kreis Heiligenbeil.



Otto Grohnert Bild: privat

Seine Liebe zu seiner ostpreußischen Heimat bringt er unter anderem dadurch zum Ausdruck, dass er seit 1986 ununterbrochen die Landsleute von Barsen als Gemeindevertreter betreut.

In der Zeit von 1976 bis 1984 war er außerdem stellvertretender Kirchspielvertreter und von 1984 bis 2005 erster Kirchspielvertreter von Pörschken, anschließend von 2005 bis 2006 noch einmal stellvertretender Kirchspielvertreter. Für seine besonderen Verdienste wurde er 1990 mit der Silbernen Ehrennadel und 2002 mit der Goldenen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil ausgezeichnet. Otto Grohnert lebt in Dörentrup in Nordrhein-Westfalen.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil wünscht ihm für die weitere Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit, und hofft und wünscht, dass er noch lange für die Kreisgemeinschaft tätig sein möge.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Nach Königsberg im Juni

Hinweis auf eine eine zehntägige Busreise nach Königsberg vom Freitag, 5. Juni, bis Sonntag, 14. Juni: Abfahrt ist in Duisburg um 6 Uhr mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl im Hotel Rodlo. Weiterfahrt nach Marienburg, Braunsberg zur Grenze Richtung Königsberg, Hotel Kaliningrad, sieben Übernachtungen. Tagesfahrt am 7. Juni: Richtung Tilsit über Labiau. 8. Juni: Waldau, Heiligenwalde. 9. Juni: Richtung Kurische-Nehrung über Cranz.

10. Juni: Zur freien Verfügung. 11. Juni: Palmnicken-Rauschen. 12. Juni: Letzter Tag in Königsberg noch mal zur freien Verfügung. 13. Juni: Richtung Stettin, Hotel Panorama. 14. Juni: Richtung Deutschland. Änderungen vorbehalten. Weitere Informationen und das komplette Programm sowie Anmeldungen erhalten Sie bei, Willi Skulimma Aakerfährstr. 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746. Oder; Greif Reisen, Rübezahlstr. 7, 58455 Witten-Heven, Telefon (02302) 24044.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Zum 90. Geburtstag

Heinz Bartschies wurde am 24. Dezember 1924 in Lyck geboren. Sein Vater war Tischlermeister und wohnte in der Steinstraße 2. Heinz Bartschies ist verwitwet. Er war mit Ingeburg, geborene Padberg, aus Hindenburg in Oberschlesien verheiratet. Aus der Ehe gingen zwei Söhne hervor (einer wurde Arzt, der andere Industrie-Manager). Schon mit 14 entdeckte er sein Interesse für die Segelfliegerei. In Nidden auf der Kurischen Nehrung und an anderen Orten machte er Segelscheine. Es war naheliegend, dass er während des Krieges zur Luftwaffe kam. Er wurde beim fliegenden Personal als Kampfbeobachter eingesetzt. Im März 1945 geriet Heinz Bartschies in englische Kriegsgefangenschaft, aus der er erst im Mai 1948 entlassen wurde. Nach dem Notabitur in Lyck studierte er nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft Bau-Ingenieurwesen in Nienburg an der Weser. Als Diplom-Ingenieur war Heinz Bartschies, zuletzt als Referatsleiter bei der Landesversicherungsanstalt Hannover beschäftigt. Aktiv war Heinz Bartschies auch in der Kreisgemeinschaft, von 1992 bis 2013 als Mitglied des Kreistages. Mehrere Jahre auch als Kassenprüfer. Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee gratulierte Heinz Bartschies zu seinem Geburtstag herzlich. Möge sein Schlachtruf „Erbarmung!“ noch viele Jahre erklingen.

Ihr Ansprechpartner in der Redaktion

Für die Heimatseiten ist Frank Horns zuständig. Ihre Texte, Terminankündigungen und Fotos senden Sie bitte an:
Das Ostpreußenblatt
z. H. Frank Horns
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Oder per E-Mail:
horns@ostpreussenblatt.de

Freya Klier kommt

Große Lesetour für ihr Ostpreußen-Buch

Mein elftes Gebot: Du sollst Dich erinnern“, heißt es auf ihrer Internetseite. Mit ihrem jüngsten Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens“ erinnert Freya Klier an ein wichtiges Stück deutscher Geschichte, nämlich Flucht und Vertreibung. Die 64-jährige Autorin und Filmemacherin zeichnet in ihrem Buch die dramatischen Lebenswege von drei Jungen und vier Mädchen aus Schuditten, Königsberg, Stallupönen und Mallenuppen nach. Ausgehend vom Sommer 1944 werden ihre Schicksale bis in die Gegenwart beleuchtet.

„Ich wollte dieser Generation unbedingt eine Öffentlichkeit verschaffen. Ich möchte, dass die Kinder von damals Anerkennung und menschliche Wärme erfahren“, betonte Freya Klier in einem Interview mit der *PAZ* im November letzten Jahres. Nach zahlreichen Auftritten bei den Jubiläumsveranstaltungen zum Fall der Berliner Mauer ist die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin nun wieder auf Lesereise. Die Resonanz auf das Buch sei ungewöhnlich groß, berichtet sie. *PAZ*-Leser, die ihre Veranstaltungen besuchten, berichteten gleiches. Hier ihre nächsten Lese-Termine:

Mittwoch, 14. Januar, 19 Uhr: Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg

Donnerstag, 22. Januar, 17 Uhr: Landeszentrale für politische Bildung, Taunusstraße 4-6, 65183 Wiesbaden

Freitag, 23. Januar, 13.30 Uhr: Erbacher Hof, Grebenstraße 24, 55116 Mainz

Sonntag, 22. Februar, 11 Uhr: Abtei Stift Neuburg, Stiftweg 2, 69118 Heidelberg

Sonntag, 22. Februar, 17 Uhr: Beginen-Klösterle Buchen, Obergasse 6, 74722 Buchen

Montag, 23. Februar, 20 Uhr: Katholisches Gemeindehaus, Heilig Geist-Kirchplatz 4, 72336 Balingen

Dienstag, 24. Februar, 20 Uhr: Bildungszentrum Singen, Zelglestraße 4, 78224 Singen

FH



Von Lüneburg bis Singen: Freya Klier auf Lesetour Bild: Nadja Klier

Eine literarische Rarität

Die Lebenserinnerungen der Gutsbesitzerin Ella Brümmer reichen bis in die Kaiserzeit

Nur selten erreichen uns noch Veröffentlichungen von detaillierten und umfassenden Zeitzeugnissen aus Ostpreußen, die in die Jahre der Kaiserzeit zurückreichen. Eine solche kostbare Rarität liegt mit den nun veröffentlichten Lebenserinnerungen von Ella Brümmer vor. Sie war die letzte Besitzerin von Gut Steffenswalde im Kreis Osterode.

Das Buch trägt den Titel „Ein Leben zwei Seiten. Glanz- und Schicksalsjahre einer Gutsbesitzerin in Ostpreußen“. Ella Brümmer (1882–1977) und ihr Mann Hans Brümmer (1878–1945) waren von 1901 bis 1945 zunächst einige Jahre Pächter der Witwe Emilie Brümmer, dann Eigentümer von Gut Steffenswalde. Ella Brümmer erlebte dort gute und schlechte Zeiten. Sie überlebte zwei Weltkriege, einen Fluchtversuch ab Januar 1945 und schließlich die Vertreibung aus ihrer geliebten Heimat im Oktober und November 1945.

In einem Heim der evangelischen Frauenhilfe im nordrheinwestfälischen Laggenbeck, wo sie nach einem Krankenhausaufenthalt in Heidelberg aufgenommen wurde, entstanden dann 1948/49 die vorliegenden Aufzeichnungen. Die Schilderung ist geprägt von der nationalkonservativen Einstellung der Autorin und ihrer tiefen Religiosität.

Ella Brümmer kam 1882 auf dem väterlichen Gut Bärting im Kreis Osterode zur Welt. Ihre Mutter entstammte einer um 1770 aus Salzburg nach Ostpreußen eingewanderten Familie von protestantischen Gutsbesitzern, die Güter in den Kreisen Osterode und Neidenburg besaßen. Trotz der Sparsamkeit ihres Vaters wurden sie und ihre Geschwister standesgemäß erzogen. 1898 verbrachte sie einige Monate in einem Mädchenpensionat in Lausanne.

Im Jahr darauf lernte sie auf einem Ball im Osteroder Offizierskasino ihren späteren Mann Hans Brümmer kennen, Sohn des Rittergutsbesitzers von Steffenswalde und ein ausgezeichneter Pianist. 1901 wurde die Hochzeit im Kurhaus von Zoppot gefeiert. Fortan war Ella Brümmer Herrin auf Gut Steffenswalde mit seinerzeit 2400 Morgen Land.

Zum Gut gehörten eine Brennerei und eine Krugwirtschaft im Dorf Steffenswalde. Ellas Aufgabenbereich waren der Garten und die Hauswirtschaft, aber sie teilte auch die Interessen ihres Mannes an der Landwirtschaft. Um 1900 machten mehrere Rittergutsbesitzer in der Umgebung bankrott, daher wurde auf Steffenswalde sehr vorsichtig disponiert. Trotzdem kam die Geselligkeit nicht zu kurz. Die Eheleute legten einen Tennisplatz an wie andere Gutsbesitzer auch. Ein bedeutendes gesellschaftliches Ereignis waren die Treibjagden im Herbst mit anschließender Bewirtung der Gäste im Gutshaus. Alle zwei Jahre wurde auf Steffenswalde ein Ball ausgerichtet.

Tennis, Treibjagden und Bälle

Ein umfangreiches Kapitel des Buches ist den Ereignissen während des Ersten Weltkriegs gewidmet, ein anderes der Errichtung des Tannenbergdenkmals von 1924 bis 1927. Da ihr Mann Kreisstahlhelmführer war, wurde er im Juni 1936 von der Gestapo verhaftet, kurz darauf aber frei gelassen.

„Wahres Geschehen im Kreis Osterode 1944 bis 1946“ („1945“ müsste es heißen) ist der zweite, sehr ausführliche Teil der Aufzeichnungen überschrieben. Seinerzeit war Hans Brümmer bereits schwerkrank und kaum noch ansprechbar. Erschütternd sind die Berichte der Autorin von ihrem Fluchtversuch im Januar 1945 und der Rückkehr im Juni, nachdem die Russen von Gut Steffenswalde Besitz ergriffen hatten. Im Laufe des Sommers vertrieben Polen und Russen in der ganzen Gegend die zurückgekehrten Deutschen aus den nicht niedergebrannten Häusern. Von früh bis spät wurden die ausgehungerten Menschen zur Arbeit auf den Feldern gezwungen. Raubüberfälle waren an der Tagesordnung. Tief ergriffen beobachtete die Chronistin die zahllosen verbrecherischen Vorkommnisse. Im Oktober 1945 stiegen sie und ihr todkranker Ehemann auf Anordnung der Besatzer zusammen mit einer Gruppe ausgewiesener Deutscher auf dem Osteroder Bahnhof in einen Viehwaggon, der sie über Thorn, Bromberg und Küstrin nach Berlin brachte. Kurz vor Rostock starb Hans Brümmer. Er wurde in Rostock bestattet.

Mit vielen historischen Fotos

Im November 1945 gelangte Ella Brümmer, selbst gesundheitlich schwer angeschlagen, zusammen mit ihrer Nichte und deren Kindern mit einem Bahntransport über Helmstedt-Marienborn in den Westsektor. Sie reiste dann zunächst nach Heidelberg weiter. Im Buch enthalten sind zahlreiche historische Aufnahmen, denen zum Teil Fotos gegenübergestellt sind, die Gerda Hildbrand, die Enkelin der Autorin, 2012 aufgenommen hat. Vom Gutshaus Steffenswalde stehen nur noch einige Hofgebäude. Gerda Hildbrand hat dankenswerterweise die Aufzeichnungen ihrer Großmutter herausgegeben, um sie nachfolgenden Generationen zugänglich zu machen.

Dagmar Jestrzemski

Ella Brümmer: „Ein Leben zwei Seiten. Glanz- und Schicksalsjahre einer Gutsbesitzerin in Ostpreußen“: *erschienen im Eigenverlag (Gerda Hildbrand, Wilstorfstraße 25, 78050 Villingen-Schwenningen), gebunden, 279 Seiten, 24 Euro (inklusive Versand*



Umfassendes Zeitzeugnis von 1901 bis 1945 Bild: Hildbrand

Tilsit erinnert sich

Deutschlandfunk sendet Reportage über Stadtrundgang

In Tilsit, dem heutigen Sowjetsk, besinnt man sich immer mehr der preußischen Geschichte der Stadt. Bei einem Rundgang ist dies deutlich zu spüren: Denkmäler, Hinweisschilder und Straßenschilder zeugen von preußischen Spuren.

Die Stadt an der Memel erhielt 1946 den Namen Sowjetsk. Damals waren die Sowjets bemüht, alles, was an die deutsche Vergangenheit erinnerte, zu tilgen. Umso mehr überrascht es, wie viel Preußisches noch vorhanden ist. Dies wurde den Teilnehmern des 7. Deutsch-Russischen Forums in Tilsit deutlich, als Anschelika Schpiljowa, Direktorin des städtischen Geschichtsmuseums, die Gruppe am 19. Oktober vergangenen Jahres zu den Plätzen führte, die für die Geschichte der Stadt eine besondere Rolle gespielt haben etwa dem Lenin-Denkmal auf dem Platz, der einst Hohes Tor hieß. Gegenüber steht die überlebensgroße Skulptur des Tilsiter Elchs, des ostpreußischen Wappentiers, das 2006 nach einem jahrzehntelangen Exil im Königsberger Tiergarten nach langem Hin und Her und dank der Unterstützung der Tilsiter Stadtgemeinschaft an seinen angestammten Platz zurückgekehrt ist. Ob preußischer Adler am Gerichtsbrunnen, Gedenkstein am Herzog-Albrecht-Platz oder Tilsiter Stadttheater: Vieles erinnert an das preußische Erbe.

Schpiljowa berichtete, dass 2011 das historische Wappen zum offiziellen Wappen der Stadt erklärt wurde und auch die alte Flagge Tilsits jetzt die offizielle von Sowjetsk sei. Im Sommer 2014 dann kehrte auch das Königin-Luisen-Denkmal nach Tilsit zurück. Bei einer feierlichen Zeremonie wurde es im Park Jakobs-ruh im Beisein von Bürgermeister Nikolaj Woischtschew und Ver-tretern der Stadtgmeinschaft Tilsit der Öffentlichkeit übergeben.

Das Deutschlandradio sendete am 2. Januar dieses Jahres eine Reportage über diesen Stadt-rund-gang, Autor ist der Radiojournalisten Henning von Löwis, der auch Teilnehmer des von der Landsmannschaft Ostpreußen ausgerichteten Deutsch-Russischen Forums war. Interessenten finden die etwa sechseinhalb minütige Reportage „Königin Luise und der Preußische Adler. Traditionspflege in Sowjetsk. Von Henning von Löwis“ unter www.deutschlandfunk.de.

Manuela Rosenthal-Kappi

Von Löwis (mit Mikro) befragt Anschelika Schpiljowa Bild: Rosenthal



Ostpreußische Augenblicke; Auf der Rückfahrt vom Osteroder Jugendadventsseminar besuchte Rainer Claaßen (links) von der LOW-Bayern spontan den jetzt in Hinterpommern lebenden früheren „Chef vom Dienst“ der *PAZ*, Horst Zander, und seine Frau. Das Foto entstand vor dem Haus der Zanders in Schimmerwitz. Beide erfreuen sich bester Gesundheit und lassen die Leser herzlich grüßen! (Siehe auch Horst Zanders ganz persönlichen Jahresrückblick auf Seite 14)"

Trakehner-Hengst führt Weltrangliste an

Die Nachricht sorgte für Stolz und Freude in der Familie der Trakehner Züchter: Der Trakehner Elite-Hengst Gribaldi von Kostolany führt die Welt-Zuchtrangliste Dressur der World Breeding Association for Sport-horses (WBFSH) an. Mit 29,497 Punkten steht der Hengst aus der Zucht von Marika Werner auf Position eins der Vererber-Rangliste 2014. Der im Februar 2010 plötzlich und viel zu früh verstorbene Gribaldi hat gewaltige Vererberqualitäten entfaltet, sowohl innerhalb der Trakehner Zucht, als auch in anderen Warmblutzuchten. Prominente Beispiele dafür sind der niederländisch gebrannte Hengst Totilas, der weit über die Pferdewelt hinaus immer und immer wieder verzaubert und auch sein Sohn Unee BB, der im Nürnberger Burg-Pokal begeisterte und mit Jessica von Bredow-Werndl im Sattel zum deutschen Championatskader zählt. Weitere Informationen: www.trakehner-verband.de

Nicht nur eine Augenweide

Dieser Kalender bietet auch Rezepte und Lebensweisheiten

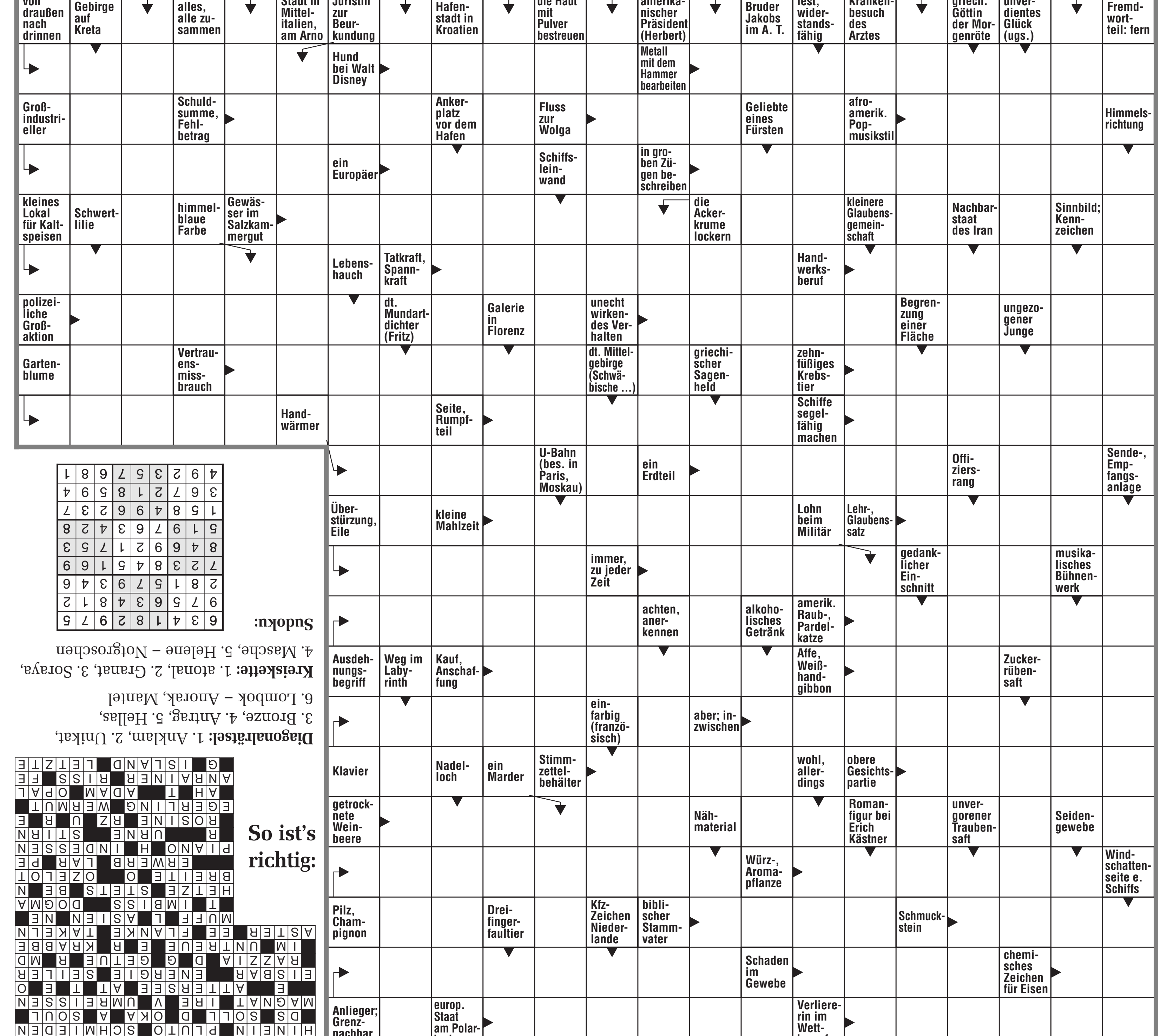
Gerade zur Jahreswende sind eine Reihe neuer Bücher über Rezepte, aber auch Fotobände und Erzählbände über Ostpreußen, Schlesien und andere Vertreibungsgebiete erschienen. Eine gelungene Mischung für das noch junge Jahr ist der Lempertz GmbH mit ihrem Kalender „Ostpreußen 2015“ gelungen. Umrahmt von Postkartenmotiven zum Beispiel aus Königsberg, Lötzen, Pillau oder den Ostseebädern Cranz und Rauschen, finden sich jeweils Gedichte bekannter Persönlichkeiten im Wechsel mit typisch ostpreußischen Küchenrezepten.

Wer Lust hat, zu probieren, wie „Ostpreußische Schmandwaffeln“ oder „Klunkermus“ schmecken, findet die Anleitung zur Herstellung dieser Speisen. Als Zugabe stehen hinter jedem Rezept Weisheiten im ostpreußischen Dialekt. wie „Gode Frind un trie Noawersch send nich met Gild to betaole“ (Gute Freunde und treue Nachbarn sind nicht mit Geld zu bezahlen) Der Kalender ist sowohl optisch, kulinarisch und literarisch eine Freude. *MRK*

*„**Ostpreußen 2015 – Erinnerungen an die alte Heimat**“: Querformat 47 x 33 Zentimeter mit Spiralbindung, 13 Seiten im Vierfarb-Kunstdruck, Brandenburgisches Verlagshaus, 14,99 Euro*



47 mal 33 Zentimeter Ostpreußen Bild: Lempertz GmbH

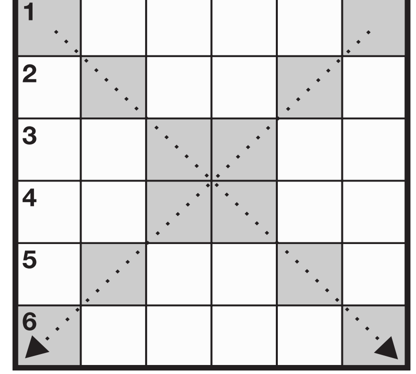


Sudoku

6		4	1		2	9		5
			6		4			
	8						4	
7				4				9
8		6				7		3
5				6				8
	5						3	
			2		8			
4		2	3		7	6		1

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



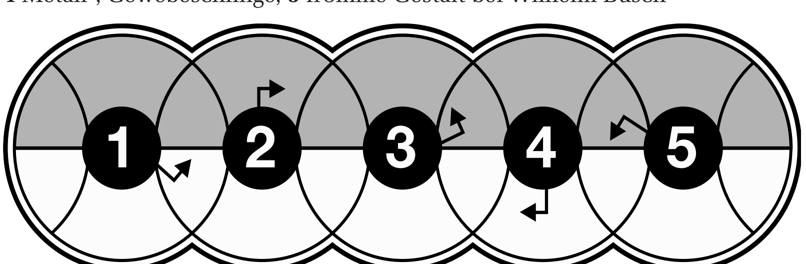
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kleidungsstücke.

1 Stadt an der Peene
2 einzige Ausfertigung
3 Kupferlegierung
4 Gesuch, schriftliche Bitte
5 Name Griechenlands
6 eine der Kleinen Sundainseln

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein altes Wort für gespartes Geld für schlechte Zeiten.

1 an keine Tonart gebunden, **2** Schmuckstein, **3** die zweite Frau des Schahs, **4** Metall-, Gewebeschlinge, **5** fromme Gestalt bei Wilhelm Busch



»Viele gute Gespräche«

Tage in Schönheit, legendäre Orte und moderne Helden: Die Ostpreußenreise der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit

Fast jeder, der eine Reise macht, bereitet sich vor. Wenn diese Reise dann, jeweils nur leicht variiert, zum fünften Mal stattfindet, dann sind die Reisen davor Bestandteil der Vorbereitung. Drohen da nicht Wiederholungen und Langeweile? Dass dem nicht so sein muss, soll sich zeigen.

Doch zunächst ein bisschen was zur Reisegruppe, die zunächst mit 16 Teilnehmern in aller Frühe am 24. Juli 2014 am Bahnhof Mönchengladbach-Rheydt startete, um sich dann im Laufe des Tages bis hin nach Berlin auf 34 zu komplettieren. 13 der 34 Reisenden sahen für sich einen „familiären ostpreußischen Hintergrund“. 30 reisten zum ersten Mal in das Zielgebiet.

Am nächsten Tag führte die Reise weiter von Schneidemühl aus durch das schöne Pommern über Marienburg und Braunsberg zum russischen Grenzübergang, um dann auf dem heutigen Gebiet der Oblast Kaliningrad zügig nach Tilsit voranzukommen. Diese ehemals so schöne deutsche Stadt ist in einer unübersehbaren Aufwärtsentwicklung begriffen. Bemerkenswert: Der Gedenkstein von 2011, den wir in der Nähe des Hotels fanden. Er enthält nicht nur das Tilsiter Wappen, sondern in russischer und deutscher Sprache folgenden Text: „Dieser Platz trug den Namen des Herzogs Albrecht, dem Gründer der Stadt, welcher am 2. November 1552 der damaligen Siedlung Tilse die Stadtrechte verliehen hatte. Bereits unter seiner Anwesenheit wurde der erste Stadtrat und auch das erste Gericht gewählt. Gleichzeitig entstand das Stadtwappen.“



Kirche in Gumbinnen: Auszug der Salzburger Bild: Coenen

Mal Hand aufs Herz: Wäre so viel Respekt vor alter Stadtgeschichte und -kultur noch vor wenigen Jahren in der russischen Oblast Kaliningrad denkbar gewesen, geschweige denn realisiert worden? Solchermaßen ermutigt eilten wir gleich zu einer nicht erst seit heute sensationellen Schönheit: dem Königin-Luise-Denkmal im Park Jakobsruh in Tilsit, rekonstruiert von einer Petersburger Firma, finanziert im Wesentlichen aus Brüssel und wieder aufgestellt an alter Stelle just in diesem Jahr. Es versteht sich, dass die Reisegruppe am dritten Tag der Fahrt dort gerne das Gruppenfoto machen wollte. Alles stimmte: Der Ort, die Stimmung, das Wetter.

Weiter ging es danach zu Jurij Userzow. Er erwartete uns bereits in der Schule in Kraupischken. Sein herzlicher Empfang sowie die sehenswerten sportlich-künstlerischen Darbietungen der Schülerinnen und Schüler zwischen sechs und vierzehn Jahren rührten ans Herz. Sein legendäres „Ostpreußenmuseum“ war natürlich auch wieder für uns geöffnet. Die schier endlosen deutschen und russischen Exponate, die Jurij hier in Jahrzehnten sammelt, und die ihm teilweise aus aller Welt zugeschickt wurden, spiegeln auf ihrer Ebene einzigartig die Brüche, die die Ostpreußen in den letzten 70 Jahren erleben und auch erleiden musste.

So eingestimmt ging der Tag in Schönheit weiter. Die Georgenburg ist an sich ja schon ein attraktives Ziel, aber dass ein leibhaftiges russisches Hochzeitspaar für uns posierte, hat uns nicht nur gefallen, sondern auch gerührt. Unser Beifall hat sie dann sehr gefreut. Hoffentlich hat das Paar ein glückliches Leben in dieser Region am Instertal. Gumbinnen ist bei Kennern ganz klar besetzt: eine aufstrebende Stadt, die sich von 2005 bis 2010 des jungen Bürgermeisters Nikolaj Zukanow erfreute, der in Gumbinnen so tüchtig wirkte, dass man ihm ab 2010 als Gouverneur die ganze Oblast Kalinigrad anvertraute. Eine gigantische Aufgabe. In Gumbinnen kreuzten sich seine Wege und die der Nachfahren der „Salzburger“. Als man Zukanow fragte, ob es erlaubt sei, aus der früheren Kirche der Salzburger – die zwischenzeitlich den Zustand einer verwahrlosten Autowerkstatt erreicht hatte – wieder eine Kirche zu machen, reagierte er auf typische Art: Ob das erlaubt sei, sei nicht klar, aber man könne ja schon mal mit den Arbeiten beginnen ...

Erlaubt? Fangen sie doch erst mal an!

So jedenfalls berichtet uns Alexander Michel, Direktor der Diakonie, Nachfahre von Auswanderern aus Süddeutschland, die dem Ruf Katharina der Großen (1729–1796) nach Russland gefolgt waren.

Das Diakonie-Zentrum „Haus Salzburg“ ist seit 1998 in drei Bereichen tätig: Pflegedienst, Kinderspeisung, Behindertenfreizeiten. Es versteht sich, dass dies alles unter schwierigsten Bedingungen geleistet wird. Ob Alexander Michel und seine Freundinnen und Freunde moderne Helden sind, müssen wir hier nicht entscheiden, aber dass ihr Tun das Wohlgefallen der Salzburger haben würde, da sind wir sicher, ganz sicher. Jedenfalls hat der sehr authentische (und bescheidene!) Alexander Michel nur wenige Minuten gebraucht, um von der ganzen Reisegruppe ins Herz geschlossen zu werden.

Natürlich standen auch die Klassiker Königsberg und die Vogelwarte Rossitten auf der Tagesordnung der Reise. Für die Oblast Kaliningrad als einen heutigen Teil Ostpreußens sollen aber zwei Beobachtungen stehen: In Tilsit wurden vier junge Männer gesehen, die aus einem Auto an unserem Hotel ausstiegen. Einer der Vier trug ein T-Shirt mit einem „Claas“-Aufdruck, dem Signum der weltbekannten Agrarfirma aus Harsewinkel in Westfalen. Befragungen der vier Mittzwanziger ergaben folgendes Bild: Sie waren Studenten der Agrarwissenschaften und arbeiteten als schon sehr qualifizierte Fachleute für einen Münsteraner Unternehmer, der im Raum Tilsit 30 000 Hektar bewirtschaftet. Unter ihrer Anleitung sind schon viele örtliche Mitarbeiter damit beschäftigt, riesige Flächen zu „entbuschen“. Der richtige Weg.

Die zweite Beobachtung: Wir waren schon zügig Richtung Grenzübergang Preußisch-Eylau unterwegs, als uns Herr Krause aus Meckenheim darauf aufmerksam machte, dass wir ja wohl Mühlhausen passieren würden, und ob wir vielleicht dort anfahren und pausieren konnten? Wir sind seinem Wunsch nachgekommen und wurden im reichem Maß belohnt: Wir sahen nicht nur Mühlhausen [Gwardeskoje], wo beide Elternteile von Herrn Krause gelebt hatten, uns begegnete auch eine Kirche in ihrem ursprünglichen gepflegten Zustand, wie man sie nur ganz, ganz selten findet.

Abgerundet wurde der schöne Moment dann auch noch durch einen russischen Beamten am Grenzübergang Preußisch-Eylau, der die Passkontrolle tatsächlich mit einem freundlichen „Guten Tag“ und „Auf Wiedersehen“ begleitete. An den Reaktionen in der Reisegruppe konnte man ablesen, wie wichtig und schön ein kultiviertes Auftreten ist.

Der polnische Teil bietet – ganz abgesehen von der natürlichen Schönheit Masurens – eine lange Liste von Sehenswürdigkeiten, die hier gar nicht alle beschrieben werden können. Da waren das Gestüt Lisken, das sich am schwierigen Markt für Klassepferde behaupten muss – und das schafft. Da war Allenstein, Copernicus‘ wichtige Lebensstation. Da war in Kleinort das Geburtshaus Ernst Wicherts, dem erfolgreichen Schriftsteller mit Millionenauflage, der mit einem Grundton schrieb, als ob er ahnte, dass seine Heimat bald abhandenkommen würde. Die Herren in Deutschland zwischen 1933 und 1945 mochten das aber gar nicht, und deshalb landete Wichert im KZ Buchenwald, wo er nur aufgrund internationalen Drucks entlassen wurde.

Muss man zur monumentalen Orgel in Heilige Linde noch was sagen? Oder die unverwechselbare Schönheit der Kruttinna neu besingen? Der Sohn von Renate Marsch-Potocka, Witwe eines polnischen Grafen, hat das verfallene Jagdschloss der Lehndorffs in Steinort abgebaut und in Nickelhorst, einem Dorf der Altgläubigen, wieder aufgebaut. Renate Marsch-Potocka, ehemalige hochrangige ARD-Korrespondentin in Osteuropa, hat daraufhin – „War mein Sohn völlig verrückt geworden?“ – beschlossen, in dem Gebäude ein Zimmer zum Gedächtnis an die mit ihr befreundete Gräfin Dönhoff einzurichten. Konzept, Hausherrin und Exponate waren sehr überzeugend. Zum Abschluss unserer Reise erwiesen wir dann der Jahrhunderte alten Schönheit Danzig wieder einmal gerne unsere Referenz.

Gedächtniszimmer für Gräfin Dönhoff

In Danzig und anderswo ganz bezeichnend für die Teilnehmer dieser Ostpreußenfahrt 2014 war, dass sich hier im Prinzip alle aktiv mit großer Aufmerksamkeit bei den angebotenen Punkten der Fahrt einbrachten, was zu vielen guten Gesprächen und konkreten Anregungen führte.

Heiner J. Coenen



Gruppenfoto vor einer „sensationellen Schönkeit“: dem rekonstruierten Königin-Luise-Denkmal in Tilsit Bild: Coenen



Kleine Ballerinas: Sehenswerte Vorführungen in der Schule in Kraupischken Bild: Paulißen

Keine Sicherheit in der Privat-Festung

Hausbesitzer machen es Einbrechern immer schwerer – Die lassen sich nicht abschrecken und wenden brachialere Methoden an

In der dunklen Jahreszeit fühlen sich finstere Gestalten besonders wohl. So haben Einbruchsdiebstähle, die bevorzugt in den langen Winternächten verübt werden, von 2009 bis 2013 um ein Drittel auf 149 500 Taten zugenommen. Für 2014 liegt noch keine Bilanz vor, aber es steht Schlimmes zu befürchten.

Deutschland ist, so der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), ein „Paradies für Einbrecher“, besonders „paradiesisch“ ist das Rheinland: 564 Einbrüche pro 100 000 Einwohner in Bonn, 517 in Aachen, 494 in Köln, aber nur 54 in Augsburg. Ähnlich ist es bei den Bundesländern: 51 Einbrüche in Bayern, 55 in Thüringen, aber 313 in Nordrhein-Westfalen und 525 in Bremen.

Dabei ging die Aufklärungsquote zurück, von 20 Prozent 2007 auf 15,5 Prozent 2013. Eine personell und kriminalistisch ausgedünnte Polizei verfolgt fast hilflos, wie überörtlich reisende Täter, vorwiegend Banden aus dem „südosteuropäischen Raum“, rauben, stehlen, einbrechen. Köln hatte 2001 ein augenfälliges „Hoch“ an Straftaten, was wohl mit kosovarischen Verbrechern zu tun hatte, die in ihrer Heimat nicht mehr so recht zum Zuge kamen und sich nun in Westeuropa schadlos hielten. Sechs Jahre später nutzten Rechtsbrecher aus dem Osten die nunmehr offenen EU-Grenzen massenhaft für Straftaten.

Die Grenzöffnung von Ende 2007, euphorisch als „Zugewinn an Freiheit“ gefeiert, war vor allem Anschauungsunterricht eines Wohlstandsgefälles, das mittels krimineller Energie leicht überwindbar schien. Dabei gingen die Einbrecher erstaunlich dreist vor, so dass jede Tageszeit auch Tatzeit für Ganoven sein konnte. Jedoch agierten sie betont gewaltfrei, in Köln gab es 2011 bei 5660 Einbrüchen eine einzige Gewalttat, weswegen man gegen einen auf frischer Tat gestellten Einbrecher nicht aggressiv auftreten sollte. Das sagen selbst die Strafverfolger, die ansonsten zunehmend ratloser wurden – sie konnten nicht mehr sagen, wer wann wo „arbeitet“.



Rohe Gewalt: Wurde früher das Schloss geknackt, wird jetzt die ganze Tür aufgebrochen Bild: pa

Selbst die Täterprofile gerieten ins Schwimmen, beispielsweise sind die Täter immer jünger und 13- bis 15-jährige Einbrecher längst keine Ausnahme mehr. Ein paar alte „Faustregeln“ gelten noch: In der Dämmerung wird häufiger als sonst eingebrochen, weswegen von Oktober bis März die Straftaten ansteigen. Freistehende Einfamilienhäuser sind signifikant hoch gefährdet, besonders wenn sie von der Rückfront her angreifbar sind. Die meisten Einbrüche geschehen „ebenerdig“, weil die Täter leichter einsteigen und leichter flüchten können. Doch auch von der Frontseite wird eingebrochen, wenn etwa Gebüsch tarnt, oder in höheren Stockwerken, wenn diese über Mülltonnen, Bäume oder Baugerüste erreichbar sind.

Alle Einbrecher wollen Beute machen, wie Kriminalisten aus Schadensmeldungen ersehen: Am begehrtesten sind Zahlungsmittel, die jedoch in Haushalten immer mehr durch Kreditkarten verdrängt werden. Dadurch werden Goldschmuck, Laptops, Kameras und Uhren zu Objekten der Begierde. TV-Geräte mit großen Bildschirmen sind nur interessant, wenn ein verkaufstüchtiger Hehler bereitsteht. Einbrecher sind kontaktscheu, sie flüchten noch aus dem Haus, wenn die Bewohner plötzlich heimkommen, wogegen sie Vorkehrungen für eine rechtzeitige Flucht treffen – Auto vor den Eingang, schwerer Tisch vor die Tür und so weiter.

Das Wort „Einbruch“ signalisiert splitternde Türen und brechendes Glas, was es eigentlich nur noch in älteren Kriminalfilmen gibt. Auch das im Kino so beliebte Ausschneiden kreisförmiger Löcher in Scheiben hat in kriminalistischer Realität nie eine große Rolle gespielt, auch nicht das Eindrücken oder Einspringen von Türen. In Köln waren in den 1970er Jahren 70 Prozent aller Einbrüche „Glasangriffe“, die nach der Einführung von Sicherheitsglas bis 1989 auf 30 Prozent sanken. Inzwischen sind es nur noch sechs Prozent. Glasscherben verursachen blutende Verletzungen, die dank DNA-Analysen die Täterfahndung erleichtern. Durch Dreifachverglasungen sollen Fenster in Zukunft noch sicherer werden, sofern sie nicht aufzuhebeln sind – eine Einbruchstechnik, deren Tatanteil mittlerweile auf fast 50 Prozent gestiegen ist. Rückläufig sind Aufbohren oder Aufbrechen von Schlosszylindern, die bis 2002 bei einem Viertel aller Einbrüche im Spiel waren, heute aber bei unter vier Prozent liegen, weil moderne Schlösser zu kompliziert sind.

Alarmanlagen sind teuer, aber ineffektiv

Alarmanlagen sind teuer in der Wartung, jedoch ineffektiv. Laut Polizei geben sie zu 95 Prozent Fehlalarme. Selbst nach einem korrekten Alarm dauert es etwa zehn Minuten bis zum Eintreffen der Polizei, was für einen erfahrenen Einbrecher Zeit genug ist. Wenig Sinn haben Beleuchtungsmelder im Garten, die oft nur Nachbars Katze melden. Nicht einmal trainierte Wachhunde bewirken viel, falls die Täter Erfahrungen mit Hunden haben. Als effektiv haben sich Handys erwiesen, die keinen Stromkreis benötigen und Notsignale aussenden.

Eine 100-prozentige Sicherheit gibt es nicht, wohl aber wirkungsvolle Vorkehrungen. Laut polizeilichen Untersuchungen haben einbruchshemmende Bauelemente oder Nachrüstungen bewirkt, dass Einbrecher bei der Hälfte ihrer versuchten „Brüche“ aufgegeben haben. Grundsätzlich gilt, dass Mechanik mehr als Elektronik hilft, weil sie solider und verlässlicher ist: Ein gut gesichertes Fenster hält 40 Jahre, kann das ein Bewegungsmelder auch?

Am besten sind wechselnde Licht- und Tonquellen, die menschliche Anwesenheit signalisieren und Einbrecher verscheuchen. Wirksamer Einbruchsschutz beginnt bei Eigeninitiative: „Auf unser Wohngebiet passen wir auf, wir schauen hin und kontrollieren es.“ Die Polizei unterstützt das mit Prüfplaketten, die signalisieren Schutz für Bürger und Schock für Ganoven. 2009 wurden im Rheinland Plakettenhinhaber befragt, keiner hatte mehr Einbrüche erlebt. *Wolf Oschlies*

Es passt nicht

Falsches Geschenk – Nach Weihnachten beginnt der Umtauschstress

Trotz bester Absicht treffen Freunde und Verwandte nicht immer den Geschmack des Beschenkten. Bevor das Geschenk, das man vielleicht gerade zu Weihnachten erhalten hat, im Müll landet oder in der Ecke verstaubt, sollte man es umtauschen. Damit das ohne Probleme gelingt und Weihnachten nicht enttäuschend endet, sollte man aber seine Rechte kennen und Stolperfallen aus dem Weg gehen.

Grundsätzlich gilt: Ein Recht auf einen Umtausch gibt es im normalen Einzelhandel nicht. Selbst einwandfreie Ware muss nicht zurückgenommen werden. Viele Händler ermöglichen ihren Kunden dennoch einen Umtausch im Rahmen der Kulanz, solange der Einkäufer die Rechnung vorzeigen kann.

Die größten Chancen hat derjenige, der dem Händler freundlich die Umstände erklärt und höflich um einen Umtausch bittet. Bietet der Händler dann allerdings statt Bargeld nur einen Einkaufsgutschein an, muss das der Kunde akzeptieren. Ein Recht auf Barauszahlung hat er in dem Fall leider nicht.

Wurde das Geschenk in einem anderen Ort gekauft, ist das übrigens meist kein Problem. Viele Handelsketten wie Douglas und Ikea, aber auch Elektronik-Märkte wie Saturn und Media-Markt machen bei einem Umtausch keinen Unterschied zwischen verschiedenen Filialen.

Sollte dem Geschenk keine Rechnung beigelegen haben, ist dies nicht zwangsläufig ein Hindernis. Der Beschenkte sollte einfach den Freund oder Verwandten nach einem Beleg fragen, solange dies nicht die Gefühle verletzt und die Beziehung gefährdet hat. Hat auch der Schenkende keinen Kassenbon, gibt es nur noch eine Chance: Wurde das Geschenk per EC- oder Kreditkarte bezahlt, genügt bereits die jeweilige Abrechnung als Zahlungsbeleg. Diesen muss der Händler bei Garantieansprüchen akzeptieren, sollte sich also nicht alles andere als kulant zeigen und den freiwilligen Umtausch ablehnen.

Wurde das Geschenk im Internet gekauft, gelten andere Regeln als im normalen Einzelhandel. Hier haben Kunden durch das sogenannte Fernabsatzgesetz grundsätzlich ein 14-tägiges Rückgaberecht. Manche Online-Händler bieten zudem spezielle Rückgaberegelungen zur Weihnachtszeit an. Amazon beispielsweise gewährt besondere Rückgabefristen: Waren, die zwischen dem 1. November und 31. Dezember 2014 gekauft wurden, können bis einschließlich 31. Januar ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden.

Auf eine Rückgabe der Ware in einer unbeschädigten Originalverpackung kann der Händler übrigens nicht bestehen. Solange die Ware selbst nicht beschädigt oder offensichtlich gebraucht ist, muss der Online-Anbieter sie auf jeden Fall zurücknehmen. Gleiches gilt auch bei Garantieansprüchen im Einzelhandel.

Hält man sich an diese Regeln und Tipps, hat ein Umtausch unerwünschter Weihnachtsgeschenke recht gute Erfolgschancen – vorausgesetzt, man weiß, wo diese gekauft wurden. Es ist also auf jeden Fall einen Versuch wert, ein unliebsames Geschenk auf diesem Wege loszuwerden.

Klappt der Umtausch nicht, bleibt noch ein Verkauf des unerwünschten Geschenks über das Internet. Vor allem nach der Weihnachtszeit sollten man dabei jedoch vorsichtig vorgehen und wesentliche Grundregeln und Sicherheitstipps beachten, um keinem Betrüger auf den Leim zu gehen. *Martin Römhild*

Bild: pa

Zurück zum Verkäufer: Das Tütenschleppen nimmt kein Ende

Hund oder Katze?

In den USA hat der Puma keine guten Karten gegenüber dem Wolf

Als 1995 in den USA im Yellowstone-Nationalpark nach 60 Jahren wieder Wölfe angesiedelt wurden, galt das als großer Artenschutzerfolg. Die Rudel dezimierten flugs die Wapitihirsch-Population, den dortigen Erzfeind allen Baumaufwuchses und hielten den Grizzlys damit Konkurrenz bei der Beeren-Ernte vom Leib. Zudem lockten sie indirekt Biber in den Park, denn die fanden jetzt junge Bäume als Nahrung und für ihre Bauten. Nur einer wurde in der Ökobilanz vergessen: der Puma. Denn den einzelgängerischen Großkatzen gehen in der Region die Reviere aus, weil Wölfe vor allem für junge Berglöwen eine tödliche Gefahr sind.

Wo Wölfe neu angesiedelt werden, ziehen sich Pumas konsequent zurück. Das fanden Forscher der auf den Schutz von Großkatzen spezialisierten New Yorker Organisation Panthera sowie zweier Naturschutzbehörden im US-Bundesstaat Wyoming heraus. Das Team um die Panthera-Biologen Patrick Lendrum und Mark Elbroch hatte über zehn Jahre hinweg in den Rocky Mountains Pumas mit Radio- und GPS-Halsbändern ausgestattet, Ortungsdaten gesammelt und ihre Aufenthaltsorte analysiert. Die Katzen wurden zuvor unter Mithilfe von Suchhunden aufgespürt und mit einem Narkosegewehr betäubt.

Von 28 Pumas wurden die Streifgebiete im Grand Teton-Nationalpark im Süden des Yellowstone-Naturraums ausgewertet. Die Reviere der Wölfe waren den Biologen zuvor bekannt. Die Forscher wollten herausfinden, ob den Berglöwen der Schutz vor Wolf und Mensch wichtiger ist als ein gutes Futterangebot. Den Menschen fürchten Pumas von Natur aus, zudem werden sie in Wyoming außerhalb der Parkgrenzen gejagt.

„Überall wählten Pumas Streifgebiete mit nur einem Sicherheitsmerkmal: Distanz zu Wölfen“, erklärten die Forscher. Die Raubkatzen wählten als Revier stets die Areale mit dem besten Nahrungsangebot, es sei denn, Wölfe waren in der Nähe.



Auf dem Rückzug: Der Puma Bild: Angell Williams

Die Forscher erstaunte, dass die Pumas nicht die Nähe zu Straßen und damit zu menschlicher Nähe scheuten. Wie sich zeigte, stehen die Großkatzen vor einem Dilemma. Die Straßen im Park folgen Gewässern, an denen sich wiederum Wild sammelt – die Beute der Pumas.

Der Wolf-Effekt beeinträchtigt laut den Forschern die Überlebensaussichten junger Pumas sowie auch ihre Chancen, später neue Reviere zu finden. Damit gerate die ganze Populationsdynamik ins Wanken. Möglicherweise federn die Pumas die Bedrohung durch Wölfe aber durch Verhaltensänderungen ab, indem sie in ihren Revieren entgegen ihrem üblichen Verhalten Artgenossen tolerieren. Lendrum und Elbroch gelangen im Grand Teton-Park mit Kamerafallen ungewöhnliche Aufnahmen: darunter mehrfach Bilder ausgewachsener Pumas, die sich mit fremden erwachsenen Pumas die Beute teilten, ein anderes Mal Aufnahmen eines Puma-Weibchens, das die verwaisten Jungen einer geschossenen Artgenossin adoptiert hatte.

Pumas sind Generalisten bei der Wahl ihres Lebensraums. Gebirgswald, Halbwüste, Tropen, Steppe – jede Landschaft zwischen Kanada und Patagonien ist ihnen recht. So wurden sie zum Landsäugetier mit der weitesten Verbreitung in der gesamten westlichen Hemisphäre. Während Pumas in Mittel- und Südamerika durch Wilderei und Zerstörung von Lebensraum unter Druck stehen, breiten sie sich in den USA wieder nach Osten aus und sind in vielen Staaten des Mittleren Westens erneut heimisch. 2011 machte ein zugewanderter Puma Schlagzeilen, der es bis an die Nordostküste der USA geschafft hatte und auf einer Autobahn in Connecticut totgefahren wurde.

Pumas sind nicht die ersten Raubtiere, für die die Rückkehr des Wolfs in die Yellowstone-Region Folgen hat. Vor Jahren hatten Zählungen ergeben, dass sich die Zahl der Kojoten im Yellowstone-Park binnen einer Dekade nach dem Comeback der Wölfe halbiert hatte. In zentralen Wolfsgebieten war sie gar um 90 Prozent gesunken. *Kai Althoetmar*



DDR versus EU

Ein satirischer Vergleich

Ist die Entwicklung vom Gesellschaftssystem der DDR zu dem der heutigen Bundesrepublik beziehungsweise der Europäischen Union tatsächlich eine Verbesserung? Diese interessante Frage versucht der Satiriker und Karikaturist Bernd Zeller in seinem Bändchen „Hat sich die Wende überhaupt gelohnt?“ zu beantworten.

Dabei geht der Verfasser ausnehmend systematisch vor, indem er eine Liste von Vergleichskriterien abarbeitet, welche immerhin 80 Punkte umfasst – beginnend mit „A“ wie „Antifaschismus“ und endend mit „Z“ wie „Zeitungen“. Das klingt trocken, ist es aber nicht, da Zeller so manches erheiternde Bonmot liefert, wie: „Angela Merkel war in der DDR Physikerin und ist jetzt Bundeskanzlerin. Ohne Frage geht der Punkt an die DDR.“ Oder nehmen wir den ebenso kurzen und gleichfalls höchst treffenden Kommentar zum Gejammer der anderen EU-Länder, Deutschland exportiere zu viel: Dann sollen diese Staaten doch „eben weniger importieren“. Genau!

Manchmal kommt es sogar noch ätzender: „Die Schule ist Teil des Verdummungsapparates. Gelehrt werden ‘Keineausgrenzung’ und ‘Ohnerassismus’. Verlernt werden Schreiben und Sprechen. Das dient dazu, dass bald niemand mehr die Verordnungen der Europäischen Kommission lesen, geschweige denn verstehen kann. Daran wird die EU nicht zugrunde gehen, das wird ihren Erhalt stützen.“ Was dann natürlich einen Punkt für die Europäische Union ergibt.

Ebenso weiß Zeller Bemerkenswertes über die „friedlichste Religion der Welt“ zu berichten: „Die Ansage, der Islam gehöre zu Deutschland, hat ihn bei antideutschen Deutschen in ein ungünstiges Licht gerückt.“

Das ist eigentlich schon keine Satire mehr, sondern eine präzise Beschreibung der aktuellen Konstellationen hierzulande, welche sowohl die hilflosen Lagebeschreibungen des Verfassungsschutzes als auch das gewundene Geschwurbel der Mehrheit der akademischen Politologen und Soziologen in den Schatten stellt.

Und als ob er die Reaktionen der Mainstream-Medien und Politikerkaste auf die Pegida-Demonstrationen in Dresden vorausgeahnt hätte, stellt der gebürtige Thüringer dann noch zum Thema „Ossis und Wessis“ fest: „Der Ossi ist deutsch, deshalb können alle Ressentiments, die sich bei den Westdeutschen angestaut haben, endlich heraus und auf die Ossis entladen werden; ist ja nicht rassistisch. Die Ossis erfüllen somit eine Funktion, wie sie die Prostitutionslobbyisten den Prostituierten zuschreiben, nämlich der Triebabfuhr.“

Früher Gag-Schreiber bei Harald Schmidt

Andererseits ist aber auch nicht alles witzig oder zumindest demaskierend-tiefsinnig, was der frühere Gag-Schreiber für die Harald-Schmidt-Show und „Titanic“-Redakteur zu Papier gebracht hat – insofern wäre weniger manchmal mehr gewesen.

Ach ja, und wer hat denn nun am Ende bei Zeller die Nase vorn: die „Deuschemokraschepublik“ (wie der verblichene Erich Honecker zu sagen beziehungsweise zu nuscheln pflegte) oder die EU mitsamt BRD? Das soll natürlich nicht verraten werden. Nur soviel: Das Ergebnis fiel überaus knapp aus und sein Zustandekommen erforderte einige intellektuelle Klimmzüge vonseiten des Autors.

Wolfgang Kaufmann

***Bernd Zeller: Hat sich die Wende überhaupt gelohnt? Der große Vergleich DDR-EU**, Solibro-Verlag, Münster 2014, broschiert, 121 Seiten, 8,95 Euro.*

Ein Buch, zwei Meinungen

Kontroverse Ansichten über Wendy Lowers Buch zum Thema Kriegsverbrechen

„Hitlers Helferinnen‘ bedeute einen Wendepunkt für die Frauengeschichte ebenso wie für die Geschichte des Holocaust“, lesen wir auf der Rückseite des Buches von Wendy Lower. Stimmt das?

Lower ist Professorin für Geschichte in den USA und Fachberaterin für das Holocaust-Memorial-Museum in Washington. Sie hat den Inhalt ihres Buches überzeugend gegliedert. Auf die Einleitung folgt, was deutsche Frauen in den Osten gelockt hat: „Der Osten braucht dich!“ Dann werden „Augenzeuginnen“, „Komplizinnen“, und „Täterinnen“ geschildert. „Warum haben sie gemordet?“ lautet das Thema, bevor wir abschließend erfahren, was mit ihnen geschah.

Wer sind „Hitlers Helferinnen“? Sie waren, so Lowers Antwort, „eifrige Verwalterinnen, Räuberinnen, Peinigerinnen und Mörderinnen in den Bloodlands. Sie mischten sich unter die Hunderttausende von Frauen – es waren mindestens eine halbe Million –, die in den Osten gingen.“

Daniel Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ lässt grüßen, wenn es am Ende der Einleitung heißt: „Im Bereich der Genocide Studies besteht Konsens darüber, dass die Systeme, die Massenmord möglich machen, ohne die breite Beteiligung der Gesellschaft nicht funktionieren würden.“ Auf Belege dafür verzichtet die Autorin, die sonst mit Belegen nicht geizt. Was also heißt „Beteiligung“ und was gar „breite Beteiligung“?

Die Antwort finden wir im Buch selbst, wo es von den Krankenschwestern der deutschen Streitkräfte heißt, sie seien „Vertreterinnen eines verbrecherischen Regimes, schuldig durch Zugehörigkeit“. Vor und nach Kriegsende vertrat keine der Siegermächte einen so harschen Schuldmaßstab!

Schwimmt im Strom der Zeit

Unter „Augenzeuginnen“ wird eingeräumt: „Die meisten Frauen wurden nicht unmittelbar zu Augenzeugen der Massenerschießungen von Juden, sondern kamen mit einem bestimmten Aspekt davon in Berührung.“ Doch der Text verrät nicht, mit welchem. Dann lesen wir: „Daheim im Reich jedenfalls interessierte sich kaum jemand dafür, was mit den Juden passierte.“ Woher weiß das die Autorin? Und wie hätte man die Wissbegierde befriedigen können? Viele solche Sätze verraten, dass sie sich nicht in die Zeit und die Umstände hineinversetzen kann und nicht jedes ihrer anklagenden Worte genau bedacht hat.

Kühn geht es im Kapitel „Täterinnen“ weiter: „Nehmen wir den Anteil an Morden, die von Frauen in friedlichen Gesellschaften begangen werden, und übertragen ihn auf eine genozidale Gesellschaft wie das ‚Dritte Reich‘, so kommen wir auf ... mehrere tausend Mörderinnen.“ Diese Hochrechnung ist völlig absurd.

Abschließend: Was geschah mit den Täterinnen? 13 Hauptpersonen werden von Lower als „Augenzeuginnen, Komplizinnen, Mörderinnen“ besonders herausgestellt. Dann: „Aber nur eine wurde schuldig gesprochen.“ Und der Schlusssatz: „Die meisten Mörderinnen kamen ungestraft davon.“ Ist es nicht ungeheuerlich, dass in dem Buch Frauen als Mörderinnen diskriminiert werden, obwohl sie vor Gerichte keines Verbrechens überführt werden konnten?

Fazit: Den hohen Erwartungen, von denen eingangs die Rede war, wird das Buch nicht gerecht. Es schwimmt im Strom der Zeit.

Konrad Löw

Recht hat Konrad Löw. Allzu schnell urteilt Wendy Lower in ihrem Buch über Hunderttausende von Krankenschwestern, Sekretärinnen und Lehrerinnen, die der Krieg in den Osten verschlagen hatte. „Angesichts der Kultur genozidaler Gewalt, die in die Eroberung und Kolonisierung durch die Nationalsozialisten eingebettet war“, so die Begründung der Autorin, rückt sie rigoros alle in die Nähe von Kriegsverbrecherinnen und Holocaust-Täterinnen. Hier hätte man sich eine deutlichere Trennlinie gewünscht.

Bei den 13 Frauen, deren Lebenswege detaillierter betrachtet werden, geht die Autorin ähnlich simpel vor. Der Stenotypistin Liesel Riedel und ihrem späteren Ehemann Gustav Willhaus, dem späteren Lagerkommandanten eines Konzentrationslagers, bescheinigt sie einen „zweifelhaften Charakter“. Sie würden wie „zwei Kleinstadtbetrüger“ wirken. Die Sekretärin Vera Stähli, später mit dem Kommandeur des Reserve-Polizeibataillons 101 verheiratet, sei eine „durchaus gerissene“ Person gewesen. So klingt Stammtisch-Psychologie, aber nicht Wissenschaft.

Dennoch beruht das Buch zweifellos auf gründlicher Recherche. Die Historikerin hat Verhörprotokolle ausgewertet, Interviews mit Zeitzeugen geführt und viele andere Quellen in Deutschland und auch vor Ort in Osteuropa genutzt. Sie hat dabei Pionierarbeit geleistet, denn Wendy Lowers Werk schwimmt nicht, wie Konrad Löw glaubt, „im Strom der Zeit“. Wie ungewöhnlich, ja geradezu unerhört ihr Blickwinkel ist, zeigt sich anhand einer einfachen Frage: Was wäre eigentlich passiert, wenn ein männlicher Historiker dieses Buch verfasst hätte? Die Antwort: Seine Karriere wäre mit Erscheinen des Buches höchstwahrscheinlich beendet gewesen. Er hätte beschrieben, was nicht sein darf. Ein Galileo Galilei, der auf der Rotation der Erde beharrt, ein Andrei Dmitrijewitsch Sacharow, der in der Sowjetunion den Kommunismus in Frage stellt. Laut feministischer Ideologie sind Frauen stets die Opfer und nicht die Täter. Das hat für die Gegenwart ebenso zu gelten wie für die Antike, das Mittelalter und die Neuzeit. Wer weiß, welche Machtpositionen die Anhänger von Feminismus und Genderismus mittlerweile an deutschen Universitäten innehaben, kann sich die Anfeindungen vorstellen, denen ein männlicher Autor ausgesetzt gewesen wäre.

So ist es eben nicht übertrieben, wenn der Hanser-Verlag in seinem Klappentext Wendy Lowers Buch als Wendepunkt der Frauengeschichte beschreibt. Trotz aller Kritikpunkte widerlegt sie den feministischen Opfer-Mythos ausgerechnet bei einem der größten und schrecklichsten Menschheitsverbrechen. Frauen im Dritten Reich? Sie haben sich natürlich nicht ausschließlich in die innere Emigration zurückgezogen. Sie haben nicht in stiller Genügsamkeit das Ende des Krieges abgewartet, um dann als Trümmerfrauen beiseite zu räumen, was ihre verblendeten Männer angerichtet hatten. Sie waren ebenso und zu Tausenden Verführte, Überzeugte, und Fanatisierte unter dem Hakenkreuz. So ist das Buch ein wichtiger Betrag für eine echte und wirkliche Gleichsetzung der Geschlechter.

Ungewöhnlich, geradezu unerhört

Frank Horns

***Wendy Lower: „Hitlers Helferinnen. Deutsche Frauen im Holocaust“**, Carl Hanser Verlag, München 2014, gebunden, 335 Seiten, 24,90 Euro*

Trägt Russland die Hauptschuld?

Nach St. Petersburg blickt Autor Hans Fenske, wenn er den Verursacher des Ersten Weltkriegs sucht

Hans Fenske ist emeritierter Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg im Breisgau. Sein Werk „Der Anfang vom Ende des alten Europa – Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914–1919“ ist vor allem eines: Eine Sammlung all des Unrechts, das den Deutschen in jenen Jahren zugefügt worden ist. Es geht um die internationalen Verwicklungen nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers am 28. Juni 1914, um die Friedensbemühungen der Mittelmächte und des US-Präsidenten Woodrow Wilson sowie um das Zustandekommen des Friedens von Brest-Litowsk im März 1918, Breiten Raum nimmt dann die Pariser Friedenskonferenz ab Januar 1919 ein und der anschließende Friedensvertrag von Versailles mit seinen wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen für Deutschland.

Ausführlich wird auf die Frage der Kriegsschuld eingegangen, die von den Siegern ja im Versailler Vertrag mit Nachdruck den Deutschen angelastet worden ist. Der Autor kommt zu einem anderen Ergebnis. „Unzweifelhaft: Russland wollte 1914 den Krieg. Die Hauptverantwortlichen für den Zusammenprall der europäischen Großmächte saßen in St. Petersburg. Da Frankreich die russische Politik in der Julikrise bedingungslos stützte, hatte es ein erhebliches Maß an Mitverantwortung für die Katastrophe.“

Bei der Darstellung des Versailler Vertrages weist Fenske eindringlich darauf hin, dass nicht nur deutsche, sondern auch ausländische Stimmen (in der Schweiz, den Niederlanden und Norwegen – alle drei während des Krieges neutral) die Schuldzuweisung ablehnten. Einiges an Mühe verwendet er darauf, die Verträge von Versaille und Brest-Litowsk zu vergleichen. Seine These: Die Russland und dessen frischgebackener bolschewistischen Regierung vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn auferlegten Friedensbedingungen seien deutlich weniger einschneidend ausgefallen.

Wie das Zarenreich überlebt hätte

Eine hauptsächliche These des Autors besagt: „Hätten sich die Alliierten auf das Friedensangebot der Mittelmächte vom Dezember 1916 oder das wenig später erfolgte Vermittlungsangebot des US-Präsidenten eingelassen, so wäre ein weitaus gerechteres Friedenswerk zustande gekommen als das von 1919/20.“ Noch eine Spekulation des Autors: „Auch wäre vermutlich das Zarenreich nicht zusammengebrochen, mithin Russland nicht zu einer bolschewistischen Diktatur geworden, sondern auf Reformkurs gegangen.“

Mit „vermutlich“ lässt sich nicht allzu viel anfangen. Hier liegt auch eine Lücke der Darstellung vor: Die Geheimverhandlungen zwischen Deutschland und dem Zarenreich über einen Sonderfrieden werden nicht erwähnt. Diese waren ergebnislos, aber sie hätten beide Mächte gegenüber ihren Bündnispartnern schlicht zu Verrätern gemacht. Natürlich fällt auch unter „Verweigerung von Friedensgesprächen“, dass die Sieger die Bestimmungen des Friedensvertrages unter sich ausgehandelt haben und den Deutschen keine andere Wahl ließen, als sie zu akzeptieren oder sich einem alliierten Einmarsch auszusetzen. All dies ist in einer leicht zu lesenden, knappen Zusammenfassung dargestellt. Restlos Neues bringt sie nur darin, dass sie Russland die Hauptschuld am Ausbruch des Weltkrieges 1914 zuweist. Das lässt sich jedoch auf nur 15 Seiten, die das ganze diplomatische Pandämonium der Juli-Krise 1914 ausleuchten sollen, nicht ausreichend untermauern. Aber als Einstieg in die Werke von Autoren, die ausführlich Stellung beziehen – es seien nur Herfried Münkler oder Christopher Clark genannt –, ist das Werk allemal zu empfehlen.

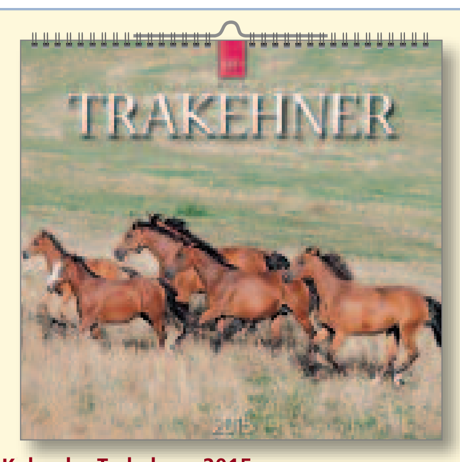
Bernd Rill

***Hans Fenske: „Der Anfang vom Ende des alten Europa“**, Olzog, München 2014, gebunden, 144 Seiten, 19,99 Euro*

Kalender Ostpreußen gestern 2015
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Ostpreußen.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P A0764 Kalender 14,80 €



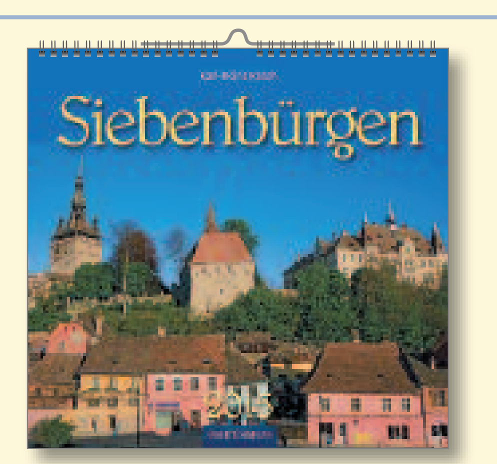
Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535345 Kalender 14,95 €



Kalender Trakehner 2015
Mit 12 brillanten Motiven von Trakehner-Pferden.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535340 Kalender 9,95 €



Kalender Pommern gestern 2015
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Pommern.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P A0765 Kalender 14,80 €



Kalender Siebenbürgen in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Siebenbürgen.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535349 Kalender 14,95 €

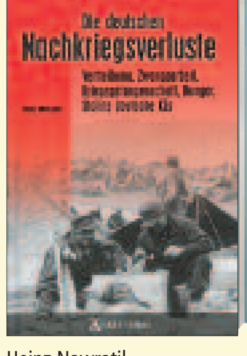


Helma Herrmann-Schicht
Eine Mutter und sieben Kinder
Schicksalstage in Ostpreußen 1945–1948 174 Seiten
Nr. P 533129 Geb. 14,95 €

Ostpreußen 1945. Mit ihrer Mutter und sechs Geschwistern, erlebt Helma Schicht, gerade 10 Jahre alt, den Einmarsch der Russischen Armee in Ostpreußen und die Besatzungszeit bis 1948. Der tägliche Kampf ums Überleben beginnt. Immer in der Angst vor russischen Übergriffen, besteht der Alltag im Beschaffen des Nötigsten. Durch den Einfallsreichtum der Mutter findet sich aber immer ein Weg, etwas zu essen, eine Unterkunft und ein paar Kleidungsstücke zu organisieren. Das Glück des Tages besteht darin, ein sättigungsähnliches Gefühl zu haben. 1948 muss die Familie ihre Heimat verlassen. Der erschütternde Erlebnisbericht aus der Sicht eines Kindes ist ein wertvolles Dokument dieser entbehrungsreichen Zeit.

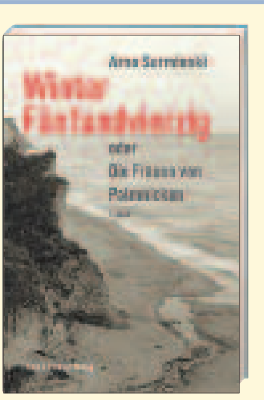


Flucht und Vertreibung – Sonderausgabe!
Europa zwischen 1939 und 1948 – Mit einer Einleitung von Arno Surminski
Von den dramatischen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts mit Flucht und Vertreibung, Verschleppung und Zwangsarbeit infolge des Zweiten Weltkriegs waren Millionen Menschen in Ost- und Mitteleuropa betroffen. Der vorliegende Titel vereint Berichte von Zeitzeugen und Nachgeborenen mit Beiträgen von namhaften Historikern und Schriftstellern. Es werden sowohl die Vorgeschichte als auch die Spätfolgen dieses verheerenden Krieges beleuchtet. Ein ausführliches Glossar vervollständigt den mit zahlreichen historischen Fotos und Kartenmaterial bebilderten Band. Die Einleitung hat Arno Surminski verfasst, der aus Ostpreußen stammt und mahnt: Schweigen ist keine Antwort. 280 Seiten
Nr. P A0503 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Heinz Nawratil
Die deutschen Nachkriegsverluste – Vertreibung, Zwangsarbeit, Kriegsgefangenschaft, Hunger, Stalins deutsche KZs
Gebunden, 144 Seiten
Nr. P 9918 14,95 €

Gestützt auf amtliche Dokumentationen und internationale Studien belegt der Verfasser die kaum bekannte Tatsache, dass die sogenannte Befreiung in den Jahren 1945–1948 mehr Deutsche das Leben gekostet hat als Diktatur und Krieg in den Jahren 1933–1945. Nawratils kleines, übersichtlich gestaltetes Buch trägt durch seine sachliche, jede Anklage vermeidende Art dazu bei, dass diese Opfer nicht einfach aus dem Bewusstsein verdrängt werden ... Auch der Leser, dem Ereignisse, Umstände und Zahlen durch jahrzehntelange Beschäftigung mit diesem Geschehen vertraut sind und der hier und da Bedenken methodischer Art vorbringen muss, kann das schmale Bändchen nicht ohne Erschütterung aus der Hand legen.

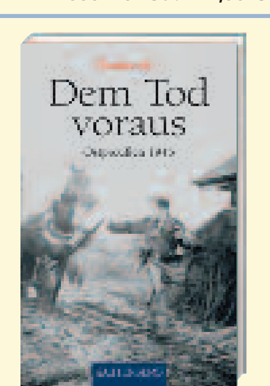


Arno Surminski
Winter Fünfundvierzig
oder Die Frauen von Palmnicken
Gebunden mit Schutzumschlag.
336 Seiten
Nr. P A0222 19,95 €

Der bewegende Ostpreußen-Roman erzählt das Schicksal von sechs Frauen, die nur eines wollen: überleben. Levine Gedeitis aus Memel wird mit ihrer Tochter an die Bernsteinküste nach Palmnicken umgesiedelt. Lisa lebt mit ihren vier Kindern auf einem Bauernhof. Mit dem Pferdewagen versucht sie, wie Tausende, über die zugefrorene Ostsee zu fliehen. Im Ghetto in Lodz leben vier junge jüdische Frauen, die von dort in Konzentrationslager deportiert werden. Ihr Leidensweg, der in den Todesmarsch nach Palmnicken mündet, bildet den Mittelpunkt dieses erschütternden Zeitpanoramas. Arno Surminskis Roman ist ein aufwühlendes Zeugnis der letzten Kriegstage.

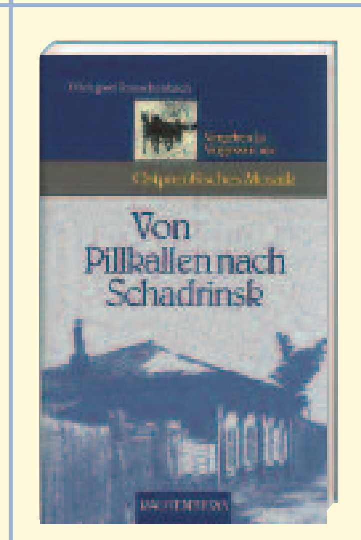


Bärbel Beutner
Auf der Flucht geboren
Kinder und Mütterschicksale
Obwohl Flucht und Vertreibung Jahrzehnte zurückliegen, ist die Erinnerung an das einschneidende Erlebnis, ein Kind auf der Flucht geboren zu haben, frisch geblieben. Die authentischen Berichte – zusammengestellt von Bärbel Beutner, selbst als „Fluchtkind" geboren – enthalten viele Details: Da wurde ein vergessenes Fläschchen zur Katastrophe; unmittelbar nach einer Geburt flogen bei einem Fliegerangriff Fenster und Türen auf das Bett der Wöchnerin, die das Neugeborene mit ihrem Körper schützte. Man wollte überleben – die doppelte Herausforderung von Flucht und Vertreibung und dazu noch die Strapazen einer Geburt, setzte wohl besondere Kräfte frei. Das Kind, das überlebte, wurde zum Zeichen neuer Hoffnung. 176 S.
Nr. P 533100 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Herbert Noé
Dem Tod voraus
Ostpreußen 1945
Ein Zeitzeugenbericht.
67 S/W-Abbildungen
168 Seiten/Gebunden
Nr. P 533131 Geb. 14,95 €

„Wir mussten mit den Wölfen heulen", das ist die Erkenntnis von Herbert Noé, als er 1945 nach vier Jahren Einsatz an der Ostfront, einem russischen Militärgericht und seiner Flucht aus dem Gefangenenlager, nach Hause kommt. Schon im gleichen Jahr schreibt er in teilweise erschütternder Direktheit nieder, was er in den letzten Kriegsmonaten im eingeschlossenen Königsberg in Ostpreußen und nach seiner Gefangennahme erlebte, um nichts in Vergessenheit geraten zu lassen. Seine schriftlichen Ausführungen werden durch zahlreiche Originalfotografien von Begebenheiten und Schauplätzen aus der Zeit ergänzt.



Hildegard Rauschenbach
Von Pillkallen nach Schadrinsk
Vergeben ja, vergessen nie
In diesem zweiten Teil ihrer Autobiografie schildert die Autorin die bewegenden Umstände des Lagerlebens in Sibirien, das sie am eigenen Leib erfahren musste. Sehr oft konnte sie vor Hunger nicht einschlafen, obwohl sie von der schweren Arbeit total erschöpft war. Hoffnungslosigkeit griff um sich.
192 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag.
Nr. P 5055 12,95 €



Charlotte und Renate Kuhr
Flucht auf dünnem Eis
Der Weg aus Ostpreußen 1945
Taschenbuch. 64 Seiten
Nr. P A0694 6,90 €

In dem verzweifelten Bestreben, der heranrückenden Kriegsfront zu entkommen, verließ im Januar 1945 eine familiäre Schicksalsgemeinschaft das ostpreußische Heilsberg. Vier Monate lang irrte Charlotte Kuhr mit ihren Töchtern, Renate und Sigrid, und ihrer Mutter gen Westen, ehe sie etwas zur Ruhe kamen. Sie wollten dem Grauen entfliehen, doch auch die Flucht war grauenvoll. Mehrfach drohten die Gefährten vom Tod eingeholt zu werden. Hunger, Angst und Erschöpfung begleiteten ihren Weg, das wenige verbliebene Hab und Gut ging verloren, doch sie begegneten auch hilfreichen Menschen. Alle vier blieben am Leben und fanden schließlich in Berlin-Wannsee Zuflucht. Renate Kuhr hat die lebendigen Aufzeichnungen ihrer Mutter vollendet.



Jörg Baberowski
Verbrannte Erde
Stalins Herrschaft der Gewalt
Die Bolschewiki wollten eine neue Gesellschaft erschaffen und träumten vom neuen Menschen, doch Stalins Gewaltherrschaft erstickte diesen Traum im Blut von Millionen. Intensiv und packend schildert der renommierte Historiker Jörg Baberowski, wie der Psychopath und Sadist Stalin eine Ordnung des Misstrauens und der Furcht schuf, in der jedermann jederzeit zum Opfer werden konnte. Er blickt in die Seelen der Täter wie der Opfer und zeigt das ganze Ausmaß der sowjetischen Tragödie: Wer in dieser Weise den inneren Kitt einer Gesellschaft zerstört, der hinterlässt auch in den Seelen der Menschen verbrannte Erde. 608 Seiten
Nr. P A0788 Taschenbuch 16,99 €



Martha Schad
Stalins Tochter
Das Leben der Swetlana Allilujewa
Swetlana war Stalins einzige Tochter. Sie liebte ihren Vater bedingungslos, bis sie als junge Erwachsene die Unmenschlichkeit des Sowjetdiktators erkannte. Beschämt harrte sie in Russland aus, bis ihr 1967, inmitten des Kalten Krieges, die Flucht in die USA gelang – ein Ereignis, das weltweit für Schlagzeilen sorgte. Anhand von Dokumenten, Zeitzeugenberichten und langen Gesprächen mit Stalins Tochter zeichnet die Historikerin Martha Schad den ebenso tragischen wie außergewöhnlichen Lebensweg der Swetlana Allilujewa nach, der es nicht gelang, aus dem Schatten ihres übermächtigen Vaters herauszutreten. Ein einfühlsames Porträt und ein packendes Stück gelebter Zeitgeschichte. 272 Seiten
Nr. P A0754 Gebunden mit Schutzumschlag 19,99 €



Emmerich Vondran
Ostpreußen im Fegefeuer
Die letzten Tage am Frischen Haff
Roman. Gebunden mit Schutzumschlag, 528 Seiten
Nr. P 533102 14,95 €

Ein bewegender Roman über die letzten Tage in Ostpreußen: Emmerich Vondran schildert eine Reihe von Einzelschicksalen, die sich im Verlaufe der Ereignisse miteinander verketten. So das des Unteroffiziers Anton Thimm, der bei eisiger Kälte quer durch Ostpreußen marschieren muss, um den Sowjets in die Flanke zu fallen. Angesichts der Wallfahrtskirche Heiligelinde erhalten die Soldaten noch einmal wunderbarerweise Post von ihren Familien. Thimms Frau schreibt von ihrem Entschluss nicht zu fliehen, was den Unteroffizier wie sein eigenes Todesurteil trifft. Thimm entschließt sich, sich von der Truppe zu entfernen und nach Hause zu kommen, um seine Familie zur Flucht zu bewegen ...



Karl Knoblauch
Dem Ende entgegen
Mit dem Fallschirm-Panzerfüsilier-bataillon 2 „Hermann Göring" in Ostpreußen 1944/1945
121 S/W-Abb., 221 Seiten
Nr. P 575720 Geb. 14,95 €

Leutnant Karl Knoblauch, nach Stationen bei der Radfahrschwadron 195 der 95. Infanteriedivision und als Beobachter in der 4.(F)/14 Fernaufklärerstaffel der Luftwaffe bei einem Einsatz schwer verwundet, meldet sich nach seiner Genesung im Lazarett zum Fallschirm-Panzerkorps „Hermann Göring". Als Zugführer eingesetzt, erlebt der Autor die schweren Abwehrschlachten um Ostpreußen 1944/45. Die Schilderungen dieser grauenvollen Abwehrkämpfe gegen einen übermächtigen Gegner, das schreckliche Schicksal der Zivilbevölkerung während der Kämpfe und auf der Flucht zeigen das ganze Grauen des Krieges.

Günter Emanuel Baltuttis
Auf verlorenem Posten
Ostpreußen 1944/1945
222 Seiten
Nr. P 533117 Geb. 14,95 €

Ein bewegender Erlebnisbericht über die letzten Tagen in Ostpreußen: Ein junger Soldat, gerade einmal 18 Jahre alt, erlebt die letzten drei Monate an der Front in Ostpreußen. Schon die erste Nacht führt zu einer maßlosen Ernüchterung und lässt ihn das ganze Grauen des Krieges spüren. Die Erfahrungen sind niederschmetternd – Kälte, Nässe, Schlafmangel, mangelhafte Ausrüstung und Ausbildung lassen die Zweifel an der politischen und militärischen Führung schnell wachsen. Der Autor Günter Emanuel Baltuttis wurde 1926 geboren und erlebte als Freiwilliger die letzten Kriegsmonate in Ostpreußen. Als Verwundeter erlebt der Autor das unbeschreibliche Flüchtlingselend beim Treck über die Kurische Nehrung.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

MELDUNGEN

Juden verlassen Frankreich

Paris – Rund 7000 Juden sind 2014 von Frankreich nach Israel ausgewandert. Hauptgrund ist laut Berichten eine Verdoppelung antijüdischer Drohungen und Übergriffe gegenüber 2013. Damit kamen aus Frankreich, dem Land mit der drittgrößten jüdischen Gemeinde der Welt (über eine halbe Million Menschen), erstmals mehr Juden nach Israel als aus jedem anderen Land. Die Attacken gingen insbesondere auf das Konto muslimischer Extremisten. Für 2015 wird gar mit 10 000 Auswanderern gerechnet. *H.H.*

Türkei erlaubt Bau von Kirche

Istanbul – Erstmals seit Gründung der Republik 1923 darf in der Türkei wieder eine Kirche gebaut werden. Das Gotteshaus soll auf städtischem Grund in Istanbul entstehen und syrischen Christen dienen. Bislang war Kirchenbau in der Türkei faktisch verboten, Christen wurden immer wieder Opfer religiös motivierter Gewalt. Zurzeit leben noch etwa 100 000 Christen im Land. *H.H.*

ZUR PERSON

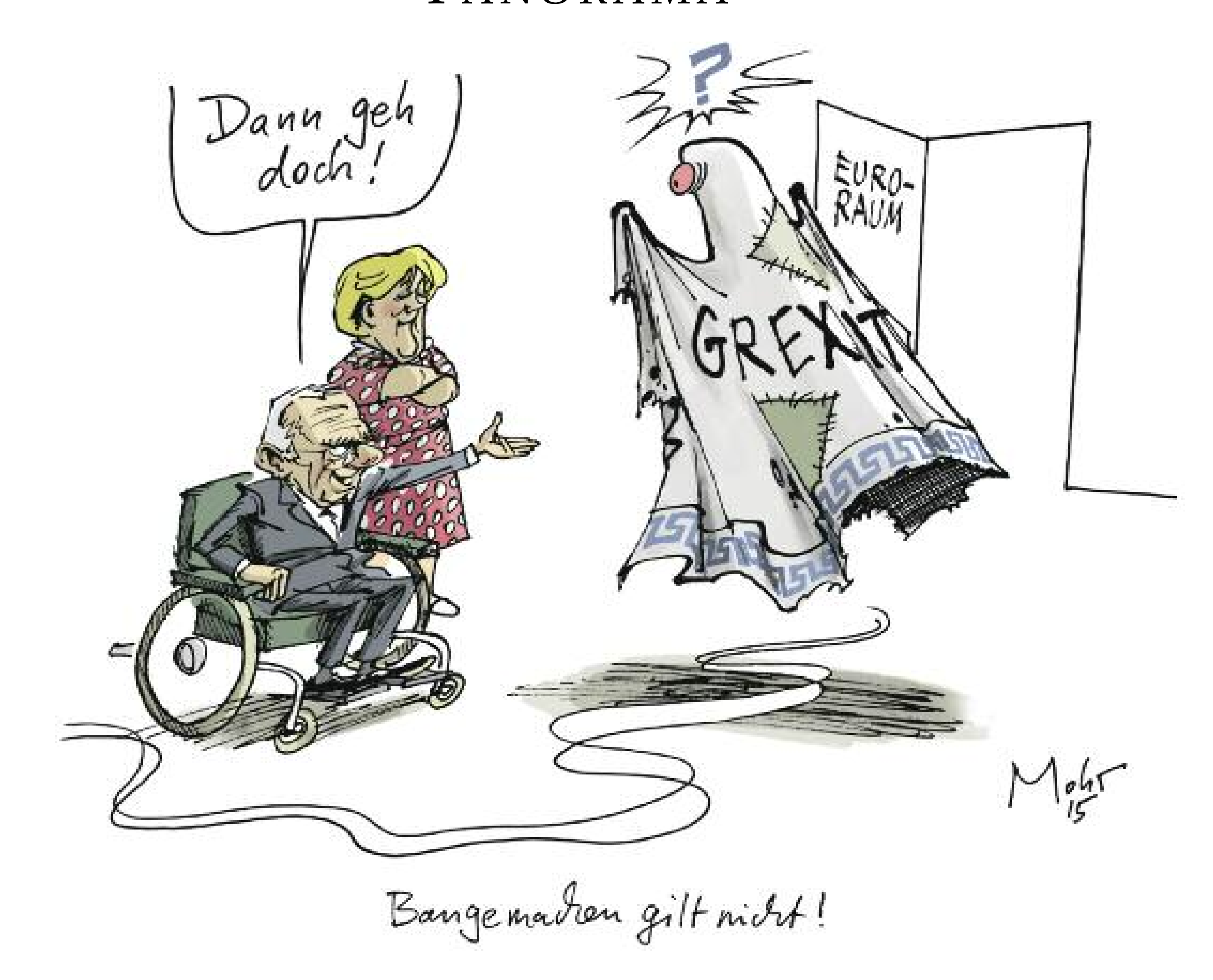
Die lettische Angela Merkel

Wäre der Titel „Europäer des Jahres" zu vergeben, dann würden ihn für 2015 wohl die Balten für sich beanspruchen. Seit dem 1. Januar ist Litauen als letzte Baltenrepublik Mitglied in der Euro-Zone, während der nördliche Nachbar Lettland die EU-Ratspräsidentschaft für ein halbes Jahr innehat. Damit liegt viel Verantwortung auf der „lettischen Angela Merkel". So wird **Laimdota Straujuma** von den heimischen Medien allein wegen ihrer äußerlichen Ähnlichkeit mit der deutschen Bundeskanzlerin gern bezeichnet.

Doch es gibt weitere Parallelen: Beide sind fast im gleichen Alter – die 1951 geborene Straujuma ist drei Jahre älter als die Kanzlerin –, beide haben Physik studiert, beide kamen über eine akademische Tätigkeit in die Politik und beide vertreten ähnliche politische Auffassungen. Hinsichtlich der Ukraine-Krise befürwortet auch Straujuma ein hartes Sanktionsregime gegen Russland und fordert eine „Langzeitpräsenz der Nato" in der Ostseeregion.



Doch anders als die bald zehn Jahre regierende Kanzlerin ist Straujuma ein Neuling im Amt. Kurz nach der Euro-Einführung Anfang 2014 stürzte der bisherige Ministerpräsident Valdis Dombrovskis wegen des Einsturzes eines Supermarkes in Riga, bei dem 54 Menschen ums Leben kamen. Die damals noch parteilose Landwirtschaftsministerin Straujuma wurde daraufhin im Januar 2014 von Präsident Andris Berzinš zur neuen Regierungschefin gekürt. Seit den Parlamentswahlen im Oktober steht die inzwischen der konservativen Partei „Einigkeit" beigetretene Politikerin einer Drei-Parteien-Koalition vor. Mit der EU-Ratspräsidentschaft hat sie bis zum 31. Juli eine weitere Baustelle am Laufen. Viel zu sagen hat sie in der Funktion, die eher repräsentative Aufgaben erfüllen soll, allerdings kaum. *Harald Tews*



Die Maske rutscht

Was wir nicht mehr haben möchten, was ein »breites« Bündnis ausmacht, und was passiert, wenn die Bürger ihre Angst verlieren / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Ab jetzt wird eingeheizt! In der „Bild"-Zeitung vom Dienstag haben 50 Prominente laut „Nein zu Pegida" gesagt. Politiker aller etablierten Parteien, Verbands- und Kirchenfürsten, Gewerkschafter, Sportler, Arbeitgebervertreter und Künstler werfen sich vor Courage bebend ins Gefecht. Der Schauspieler Michael Gwisdek ist auch dabei. Er fühle sich angesichts von Pegida „in ein Deutschland versetzt, das ich noch miterlebt habe, aber nie wieder haben möchte".

Obwohl er bei Kriegsende erst drei Jahre alt war, meint er vermutlich den NS-Staat. Ja, das war schlimm damals. Kurz vor der Machtübernahme durch die Nazis versank Deutschland in bürgerkriegsähnlichen Zuständen, dann begann der offene Terror.

Erzählungen aus solchen Tagen lassen einen schaudern. Etwa die hier: Da rauften sich 14 Bürger zusammen, um gemeinsam etwas für ihr Land zu tun. Es wurde ein Höllenritt. Erst einmal fanden sie kein Lokal, in dem sie sich treffen konnten. Überall rannten sofort finstere Schlägertrupps herbei und bedrohten Gastwirte, subversive Elemente auf keinen Fall in ihre Gaststätte zu lassen, sonst ... Die Wirte verstanden die Drohung. Einer nach dem anderen sagte den wackeren 14 ab.

Die ließen sich nicht beirren und trafen sich darauf heimlich in einer Hotelbar. Doch die Rollkommandos bekamen auch das spitz. Prompt rotteten sie sich vor der Herberge zusammen und trommelten martialisch mit aller Macht gegen die Fensterscheiben. Schließlich drangen sie in die Hotelhalle ein und schoben die beiden Polizeiposten, welche die 14 schützen sollten, beiseite. Erst als ein Beamter seine Waffe zückte, wichen sie zurück, schmissen aber noch einen Silvester-Sprengsatz zwischen die 14 Versammelten. Die mussten danach von der Polizei nach Hause eskortiert werden, weil ihnen die gewaltgierige Rotte immer noch auflauerte.

Nein, lieber Michael Gwisdek, so etwas wollen wir in Deutschland „nie wieder haben". Das Dumme ist, wir haben es längst. Was sich liest wie eine Erzählung vom Schicksal der letzten Aufrechten Anfang 1933 ist in Wahrheit der Erlebnisbericht eines Bürgers, der in Frankfurt am Main dieser Tage einen Ableger von Pegida namens „Fragida" gründen wollte.

Halt! Das kann man nicht vergleichen. Immerhin landet heute wegen Pegida keiner im Knast oder gar im Lager und außerdem wurde die Polizei damals wie alle staatlichen Stellen zum ideologischen Instrument der neuen Herren degradiert, während sie heute weltanschaulich streng neutral ist, wie es sich für das hoheitliche Organ eines Rechtsstaats geziemt.

Oder? Nun ja, lesen Sie mal das hier: „Ich kann den demokratischen Protest gegen den Aufzug von Pegida gut verstehen. Hetze gegen Flüchtlinge und Muslime ist Hetze gegen Humanität und alle gläubigen Menschen." Woher wir das haben? Aus einer Erklärung der Linkspartei? Der Antifa? Nein, das ist ein wörtliches Zitat des Kölner Polizeipräsidenten Wolfgang Albers, veröffentlicht in einer Pressemitteilung der Kölner Polizei. Über die Aktion von Erzbischof Woelki und Dompropst Feldhoff, die Beleuchtung des Doms als Protest gegen Pegida auszuschalten, schwärmt Albers im gestanzten Ton von Antifa-Pamphleten: „Licht aus für Rassisten ist eine kreative, gewaltfreie Aktion, um sich klar gegen Fremdenfeindlichkeit zu positionieren!" Darüber „freue" er sich „sehr".

> Auch Kölns Polizeipräsident stampft gegen Pegida: »Licht aus für Rassisten!«

Da klärt sich manches bislang Unerklärliche plötzlich auf. Aus Kölns Nachbarstadt Bonn berichten Demonstranten, dass im Dezember von rund 1000 angereisten „Bogida"-Freunden nur etwa 300 zum Demo-Platz gelangt seien, weil die Polizei die übrigen 700 nicht durchgelassen habe. „Passt scho'!", möchte man nach dem Albers-Zitat auf gut Bayrisch dazu sagen. Staats- und Konzernmedien freuten sich diebisch, dass Bogida wegen der geringen Teilnehmerzahl als ziemlicher Reinfall geendet sei. Ja, alle ziehen an einem Strang in jenem „breiten Bündnis gegen Pegida", auf das die Obrigkeit so stolz ist. „Breit" in jeder Hinsicht: Im Netz kursiert ein Foto des Kölner Oberbürgermeisters Jürgen Roters, wie er auf der Anti-Pegida-Demo posiert vor einem Schild mit der Parole „Kiffen gegen Rechts". Gleich daneben ermuntert ein weiteres Schild zum „Wixen gegen Nazis".

Bei der „Bild"-Aktion exponiert sich auch Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier. Bis er sich mit den Grünen verbündete, galt der Mann übrigens als „Konservativer in der CDU", das nur am Rande. Bei „Bild" bietet Bouffier gegen Pegida auf, was er in Sachen „differenzierte Kritik" und „Dialog mit dem Bürger" im Ärmel hat: „Für Dumpfbacken-Parolen, Intoleranz und Gewalttätigkeit gibt es kein Verständnis." Damit geht der Vorwurf der Gewalttätigkeit also an die 14 Hessen, welche in Frankfurt durch die Stadt gejagt wurden, nicht etwa an ihre Jäger von der Antifa. Bravo! Ein Konservativer? In der Stunde der Not rutschen die Masken vom stressverschwitzten Gesicht.

Immerhin können die Pegida-Fresser seit vergangenem Montag wieder etwas ruhiger schlafen, was fürs kraftvolle Weiterhetzen schon aus Gründen der Kondition unerlässlich ist: Unter Aufbietung aller Kräfte schafften es die Mächtigen, mehrere tausend Menschen gegen die Bürgerbewegung auf die Straße zu bringen.

Ein von Anfang an erhobener Vorwurf gegen Pegida ist bekanntlich, dass diese Typen vor „Islamisierung" warnen, obwohl es in Dresden kaum Moslems gebe. Das zeige doch, wie hergeholt diese Bewegung sei. Das meinten auch die 8000 Demonstranten, die gegen Pegida in Stuttgart aufmarschiert sind, wo es noch nie eine Pegida-Kundgebung gegeben hat.

Ich weiß, das ist jetzt eine gemeine Retourkutsche. Die Anti-Pegida-Marschierer haben es schließlich in vielerlei Hinsicht nicht leicht. Die meisten stammen aus dem linken Demo-Milieu, wo man sich viel darauf einbildet, stets und ständig im „Widerstand" zu sein. Das Gefühl, nunmehr auf Geheiß der Mächtigen, bis hinauf zur Kanzlerin und zum Bundespräsidenten, unterwegs zu sein, müsste eigentlich schmerzhaft am Selbstverständnis dieser „Widerständler" nagen, so sie denn noch eines haben.

Über eine der vielen kleinen Pegida-Versuche, die im Geschrei der Gegendemo untergingen, lästert eine Zeitung, wie jämmerlich die Pegidas mit ihren primitiven Pappschildchen ausgesehen hätten gegen das stolze Fahnenmeer der perfekt ausgestatteten Anti-Pegida-Demonstranten. Das muss ein Fest gewesen sein.

Moment: Kennen wir das nicht irgendwoher? Perfekt ausgerüstete Marschierer mit staatlichem Auftrag gegen ein klägliches Häuflein Bürger mit selbstgebastelten Schildchen? Und ob wir das kennen. Wir wissen auch, wie es ausgegangen ist: Die mit den Schildchen haben gewonnen, damals, vor gut 25 Jahren.

Böse Parallele! Der arme Anti-Pegide hat noch mehr auszuhalten: Er marschiert durch ein Meer von Zuschauern, von denen laut Umfrage jeder zweite mit Pegida sympathisiert, aber nicht einmal jeder vierte mit ihm. Das ist die Krux, wenn eine Minderheit die Mehrheit derart unter der Knute hat, dass die Mehrheit sich nicht mehr heraustraut. Man marschiert am Ende ins Leere, dreht sich im Kreis um sich selbst und seine Parolen und steht da wie der einsame Schreihals, den die anderen nur reden lassen, weil er der Lauteste ist, während sie innerlich mit dem Kopf schütteln.

Gut, damit könnte man leben, wenn es dabei bleibt und die Macht in den „richtigen" Händen verharrt. Doch, wie gesehen, lehrt die Erfahrung: Irgendwann reicht es den Schweigenden, irgendwann verlieren sie ihre Angst vor Gewalt und Verleumdung. Dann kommen sie heraus aus ihren Häusern und schieben den Schreihals beiseite, dem vor Schreck der Atem stockt.

In dem Moment kann es ganz schnell vorbei sein, und die stolzen Fahnen der Staatsdemonstranten wandern ins Museum für historische Irrtümer.

MEINUNGEN

Der Ökonom, bekannte Autor und Fondsmanager ***Max Otte*** *hält die gegenwärtige Lage für die* ***gefährlichste seit dem Zweiten Weltkrieg****. Im Gespräch mit der „Wirtschaftswoche" (30. Dezember) wirft er den USA vor, auf eine Eskalation zuzuarbeiten:*

„Amerika will diese Auseinandersetzung, um Russland in die Knie zu zwingen. Das macht die Situation so gefährlich. Die USA sehen die Chance zur Expansion und Putin wehrt sich – nicht gerade überraschend ... Merkel macht das Spiel mit und agiert amerikahörig. Amerika setzt darauf, dass Russland irgendwann einknickt. Die potenziellen Schäden bis hin zur kriegerischen Auseinandersetzung in Europa sind zumindest einigen Strategen in Amerika relativ egal. Kein Wunder, dass drei Altkanzler der Bundesrepublik eine andere Russlandpolitik gefordert haben."

Der Wirtschaftsjournalist ***Manfred Gburek*** *bringt auf seinem Blog „gburek.eu" die* ***bizarre Debatte um Pegida*** *auf den Punkt:*

„Die Demos richten sich gleichermaßen gegen Politiker und Medien. Die Reaktion beider Gruppen ist beschämend: Die einen labern mehrheitlich um den heißen Brei herum, die anderen wissen nicht, wie sie reagieren sollen. Ergebnis: Gelaber und Reaktionen werden in Talkshows mit dürftigem Inhalt fortgesetzt, während draußen die Demos zunehmen."

Torsten Oelsner *beleuchtet im Portal „Freie Welt" (30. Dezember) die Behauptung, dass es* ***in Sachsen kaum Moslems*** *gebe:*

„Die sächsische Statistik bringt wohl als einzige in der Welt das Kunststück fertig, aus den rund 10 000 Muslimen, die allein in Leipzig leben, 4000 in ganz Sachsen zu machen."

Die Schriftstellerin und DDR-Bürgerrechtlerin ***Monika Maron*** *kritisiert in der „Welt am Sonntag" (4. Januar) den* ***Umgang mit Pegida****, nachdem sie die letzte Demonstration vor Weihnachten besucht hatte:*

„Wir müssen wieder lernen, andere Meinungen zu ertragen, ohne in ihren Vertretern nur Feinde und Abschaum zu sehen. Wir preisen die offene Gesellschaft und verweigern die offene Diskussion. Pegida ist nicht die Krankheit, Pegida ist nur ein Symptom."

Der ***Kölner Dom*** *schaltete als Zeichen gegen Pegida seine Außenbeleuchtung ab. Der Blogger* ***Klaus Lelek*** *kommentiert dies in seinem Portal „Taunuswolf" (4. Januar):*

„Die Kirche, die zu den Christenverfolgungen im Nahen Osten beharrlich schweigt, die sich auf keiner Demo der Aramäer auf der Domplatte sehen ließ, verbrüdert sich mit jenen, die alle Errungenschaften der Aufklärung abschaffen wollen, allen voran die Meinungsfreiheit."

Alexander Grau *resümiert zur* ***Pegida-Kontroverse*** *im „Cicero" (2. Januar):*

„Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik wurde der Souverän (das Volk) in einer solchen Weise von den Etablierten in Parteien, Medien und Verbänden beschimpft."